

Die kanadische Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg

Von Prof. F. H. Soward

Director of International and Asian Studies, Department of History, University of British Columbia, Vancouver

Der nachfolgende Beitrag über die kanadische Außenpolitik schließt sich den außenpolitischen Länderberichten an, in denen wir jeweils Politiker und Publizisten des behandelten Landes zu Wort kommen lassen. (Vgl. u. a. K. P. Karunakaran, „Die Stellung Indiens in der Weltpolitik. Eine Uebersicht über die indische Außenpolitik 1947—1955“ in EA 15/1955, S. 8031—8036; Ahmad Mushtaq, „Die Stellung Pakistans in der Weltpolitik. Eine Uebersicht über die pakistanische Außenpolitik 1947—1954“ in EA 1/1955, S. 7195—7198; Yoshiji Nishijima, „Die politische Entwicklung Japans seit dem Friedensvertrag von 1951 unter besonderer Berücksichtigung der außenpolitischen Probleme“ in EA 21/1956, S. 9277—9287; Tschu En-lai, „Die gegenwärtige internationale Lage und die chinesische Außenpolitik“ in EA 20/1955, S. 8289—8294).

Diese Beiträge sollen nicht nur Tatsachenmaterial aus erster Hand bieten, sondern vor allem auch die psychologischen Unterschiede in der Betrachtung der Außenpolitik verdeutlichen. Obwohl wir uns bemühen, das europazentrische Weltbild zu überwinden, können und wollen wir doch unseren Standort in Europa nicht verleugnen. Um unsere Sicht der Weltpolitik zu objektivieren, brauchen wir die Korrektur und Ergänzung durch außereuropäische Beobachter. In der Auseinandersetzung mit ihnen soll unseren Lesern nach und nach durch Vergleichen der regional verschiedenen Darstellungen und Deutungen eine wirklich universale Betrachtung der Weltpolitik möglich werden. Co.

Die innenpolitischen und strukturellen Grundlagen der kanadischen Außenpolitik

Es wäre wohl eine grobe Vereinfachung, zu behaupten, daß die Außenpolitik eines Landes nur das Abbild seiner Innenpolitik im Auslande sei; andererseits ist nicht zu leugnen, daß keine Regierung eine Außenpolitik erfolgreich betreiben kann, die den formenden Kräften ihres nationalen Lebens, wie Umwelt, völkische Zusammensetzung und Tradition, entgegenwirkt. Angesichts dieser Tatsache muß jede Beurteilung der zeitgenössischen auswärtigen Politik Kanadas (wir müssen hier das Adjektiv „auswärtig“ verwenden, um die Beziehungen Kanadas zu seinen Bundesgenossen im Commonwealth mit einzuschließen) drei wichtige Ueberlegungen in Rechnung ziehen. Die erste davon ist, daß Kanada ein nord-amerikanischer Staat mit reichen Hilfsquellen ist, aber nur 16 Millionen Einwohner hat. Außerdem ist es ein demokratischer Bundesstaat mit parlamentarischem System, ebenso unabhängig wie jeder andere Staat in der westlichen Hemisphäre, möchte aber doch eine politische Verbindung zu der metropolen Macht aufrechterhalten, die einst Kanada regierte. Und endlich ist es ein Zweikulturenland, das sich unter erheblichen Schwierigkeiten einen mehr durch Zusammenarbeit als durch Herzlichkeit zwischen den beiden

völkischen Gruppen gekennzeichneten modus vivendi ausgearbeitet hat. Die eine ist englischsprechenden Ursprungs und beträgt beinahe die Hälfte, die andere französischer Abstammung und bildet etwa 30 vH der Bevölkerung, wovon die überwiegende Mehrheit in der Provinz Quebec konzentriert ist. Von den verbleibenden 22 vH des kanadischen Volkes ist keine ethnische Gruppe groß genug, um irgendwelchen bedeutenden Einfluß auf die Politik auszuüben oder die Besorgnis zu erregen, sie könne nicht assimilierbar sein.

Als nördlichster Staat der westlichen Hemisphäre hat Kanada die Vereinigten Staaten zum einzigen unmittelbaren Nachbarn und teilt mit diesen eine Grenze, die sehr treffend als „physisch unsichtbar, geographisch unlogisch, militärisch nicht zu verteidigen und gefühlsmäßig unentrinnbar“¹ beschrieben worden ist. Eine solche Grenze zwischen zwei Völkern, die zum großen Teil dieselbe Sprache sprechen, kann unmöglich ein Hindernis für den unsichtbaren, aber mächtigen kulturellen Einfluß bilden, den die Vereinigten Staaten durch die Massenmittel der Zeitungen, Illustrierten, Film, Rundfunk und Fernsehen ausüben. Auf Grund ihrer geographischen Lage haben

die Kanadier wie alle anderen Völker der westlichen Hemisphäre ein Bewußtsein selbstgefälliger Sicherheit gegenüber überseeischer Gefahr gezeigt, das erst die Atombombe und das Flugzeug vor sehr wenigen Jahren zerstreut haben. Aus diesem Grunde sind sie nie ein militärisches Volk gewesen, obwohl sie lobenswerter kriegsrischer Leistungen fähig waren, wenn ihre politische und gefühlsmäßige Bindung zum Vereinigten Königreich sie in einen Krieg verwickelte, sei es mit den Vereinigten Staaten, den Mittelmächten oder den Achsenmächten. Nur mit Zögern wandten sie sich bei solchen Anlässen von der ungeheuren Aufgabe ab, über einen halben Kontinent hinweg und zwischen zwei gewaltigen Ozeanen eine Nation aufzubauen.

Als ein Volk, das von der Natur mit Hilfsquellen begünstigt ist, deren Wesen und Ueberfluß erst jetzt allgemein bekannt werden, haben die Kanadier nie jenes Gefühl nagender Unzulänglichkeit empfunden noch auch jenen ungeheuren Drang nach „Lebensraum“, der andere Länder dazu trieb, danach zu trachten, ihre Bedürfnisse auf Kosten schwächerer Staaten zu befriedigen. Im Gegenteil: in dem Bewußtsein, daß sie keinesfalls in der Lage sind, alle Nahrungsmittel zu verbrauchen, die sie erzeugen können — ein Beweis dafür ist der jetzige große Getreideüberschuß von früheren Erntejahren —, und ihren Reichtum an Mineralien und Rohmaterialien auf dem Inlandsmarkt zu absorbieren, machten sich die Kanadier keine Illusionen bezüglich der Abhängigkeit ihres Wohlstands vom Weltmarkt. In dieser Hinsicht zum mindesten denken sie internationaler als die meisten ihrer amerikanischen Nachbarn. Ob man zulassen soll, daß so viele Rohmaterialien im natürlichen Zustand exportiert werden, statt sie zu Hause zu verarbeiten, ob man sich zur Ausbeutung der Hilfsquellen stark von ausländischem Kapital abhängig machen soll oder nicht, ob man niedrige Zölle verlangen oder den Schutzzoll ausnützen soll, um kleinen Industrien im eigenen Lande aufzuhelfen — dies alles sind Probleme, die fortwährend diskutiert werden und die ein Gewährwerden der Umwelt verursacht haben, das in der Politik von Bedeutung ist. Da Kanada weder eine starke Bevölkerung hat noch eine solche wahrscheinlich in absehbarer Zukunft bekommen wird, haben sich seine Staatsmänner nie Illusionen über die Möglichkeiten Kanadas als Großmacht hingegeben. Durch ihre historische politische Verbindung zu einer Großmacht und die Nachbarschaft zu einer anderen, eine Beziehung, die als das „Nordatlantische Dreieck“ beschrieben wurde, sind sich die Kanadier schon lange über die Bedingungen der Machtpolitik im klaren. So bemerkte Premierminister *St. Laurent* im Jahre 1947: „Es hat wenig Sinn, daß ein Land von unserer Größe internationale Aktion empfiehlt, wenn diejenigen, welche die Hauptlast jeder Unternehmung tragen, nicht dafür sind².“

Es waren Amerikaner und nicht Kanadier, welche die Vierzehn Punkte verkündeten oder bei ihrer Rückkehr aus dem Kampf von einem „Kreuzzug in Europa“ schrieben. Nach solchen Abenteuern des Idealismus streben die Kanadier selten, in der Einsicht, daß sie höchstens eine zweitrangige Rolle spielen können. Man muß jedoch sofort hinzufügen, daß die Wertschätzung des Beitrags, den ein gut regierter Staat mit reichlichen Hilfsquellen und angemessenen technischen Mitteln in einem Weltkonflikt leisten kann, die kanadischen Staatsmänner während des Zweiten Weltkrieges zu dem Versuch bewog, mehr Anerkennung für diejenigen Staaten zu gewinnen, die an politischer und wirtschaftlicher Stärke den kleinsten Mächten ebenso weit voraus sind, wie sie hinter den größten zurückbleiben. Dementsprechend wurde die kanadische Theorie des „Funktionalismus“, die man natürlicherweise für die wirtschaftliche Sphäre als besonders passend betrachtete, im Jahre 1943 zum Förderungsmittel der Ansprüche der „mittleren Mächte“ erklärt. Premierminister *Mackenzie King* sagte damals: „Es muß ein Kompromiß gefunden werden zwischen der theoretischen Gleichheit der Staaten und der praktischen Notwendigkeit, die Vertretungen bei internationalen Organisationen auf eine arbeitsfähige Anzahl zu beschränken³.“ Der Kriegsnebel entzog diese Theorie der Beachtung; sie wurde jedoch in San Francisco wiederholt, fand nur mäßiges Echo und ist seither bescheiden in die Rumpelkammer politischer Theorien verwiesen worden.

Seit 1867 hat Kanada ein Regierungssystem entwickelt, das der Form nach föderalistisch und dem Prinzip nach parlamentarisch ist. Hierdurch waren seine Staatsmänner gezwungen, Kompromisse zu suchen, damit die Zentralregierung und die zehn Provinzregierungen einigermaßen in Freundschaft miteinander auskämen. Im großen und ganzen waren ihre Bemühungen recht befriedigend — dank ihres politischen Scharfsinns und der Arbeit zahlreicher Königlich-Kommissionen, die zur Untersuchung vieler Aspekte der Beziehungen zwischen den einzelnen Provinzen und der Zentralregierung berufen wurden. Gewohnt, im Inland Kompromisse einzugehen, sind die Kanadier in gleicher Weise bereit, beim Erzielen von Abkommen im Ausland zu helfen. Bei internationalen Konferenzen fügen sie sich bereitwillig in die Rolle dessen, der eine Formel entwirft und hinter den Kulissen verhandelt, des Vermittlers in einem Ausschuß oder des Mitglieds einer Ueberwachungskommission. Solche Aufgaben erfüllen Kanadier in Kaschmir oder Indochina, in dem Niemandsland zwischen Israel und seinen Feinden oder in den belebten Gängen des Gebäudes der Vereinten Nationen in New York. Ein kanadischer Beobachter ist sogar so weit gegangen, sein Land als „... den obersten Zyniker der Vereinten Nationen“ zu bezeichnen, „der weniger um Recht oder Unrecht besorgt ist als um das möglich

Scheinende“.⁴ Der tiefverwurzelte, vielleicht selbstgefällige Glaube an den Wert des parlamentarischen Regierungssystems als der befriedigendsten bisher erfundenen Methode, die Freiheit des einzelnen mit der Herrschaft des Gesetzes sowie die Bewahrung liberaler Werte mit wirksamer Verwaltung in Einklang zu bringen, bedeutete, daß die ständige Berührung mit einer nordamerikanischen Umgebung jene Institutionen nicht nennenswert verändert hat, die Großbritannien sich auf besondere Weise zu eigen gemacht hat. Bei einer internationalen Konferenz kann ein kanadischer Kabinettsminister mit derselben Sicherheit sprechen wie sein englisches Gegenüber, in dem Bewußtsein, daß die von ihm vertretene Politik durch die Mehrheit seiner Legislative unterstützt werden wird. Mit anderen Worten: weder Premierminister *St. Laurent* noch sein Außenminister, *Lester Pearson*, haben es je nötig gehabt, emsig einen Senator *Vandenberg* oder einen Senator *Knowland* heranzuziehen, um sich die Annahme ihrer Außenpolitik zu sichern. Mr. *Pearson* mag längere Zeit zu argumentieren haben, um seinen Kollegen, den Finanzminister, zu überzeugen, daß die Summen, die er für die Wirtschaftshilfe an Ostasien vorschlägt, vernünftig und zweckmäßig sind, er braucht aber nicht mit einem Senat oder einem Bewilligungsausschuß zu kämpfen, bis sein Antrag in kaum wiederzuerkennender Form durchgeht, eine Erfahrung, die mehr als ein amerikanischer Außenminister gemacht hat. Die Vorherrschaft des Kabinetts über das Unterhaus hatte eine beschränkende Wirkung auf die Bemühungen einzelner oder öffentlicher Organisationen, auf ihre Parlamentsmitglieder Druck auszuüben. Demzufolge ist die öffentliche Meinung in Kanada weniger laut als in den Vereinigten Staaten, und dies hat mehr als einen an der Außenpolitik Interessierten um das Phänomen besorgt gemacht, das als „verhältnismäßige Apathie der kanadischen öffentlichen Meinung auf diesem Gebiet“ bezeichnet wurde⁵.

Da Kanada keine revolutionäre Tradition erfolgreichen Widerstands gegen einen wirklichen oder eingebildeten Tyrannen hat, teilt es auch nicht das Gefühl triumphierender Losgelöstheit von Europa, das anderen amerikanischen Staaten gemeinsam ist. Das Erbe der Befreiung von europäischer Kontrolle, wenn wir es so nennen dürfen, ist keine Kraft, die ein Hindernis sein kann bei der Bitte um kanadische Unterstützung bei großzügiger Hilfe für stark bedrückte europäische Länder. Als Land, das den Übergang von der Kolonie zur Nation durchgemacht hat, kann Kanada bis zu einem gewissen Grade mit den Anstrengungen der Kolonialvölker, die mit Recht um ihre Freiheit kämpfen, sympathisieren. Es ist jedoch zweifelhaft, ob es deren tiefes Mißtrauen ihren früheren Herren gegenüber oder die Intensität des Nationalismus, den dieses Ringen um die Freiheit hervorgerufen hat, voll ermessen kann. Es ist für

einen Amerikaner sehr viel leichter als für einen Kanadier, sich um den Unabhängigkeitskampf Indiens oder Indonesiens zu erregen, andererseits aber ist es für einen Inder oder einen Indonesier leichter, gegen die Motive Kanadas bei einem Angebot von Rat oder Hilfe kein Mißtrauen zu hegen, als gegen die der Vereinigten Staaten, da ja Kanada keine imperialistischen Traditionen oder Ambitionen hat.

Keine Analyse der kanadischen auswärtigen Politik darf an der Tatsache vorbeigehen, daß Kanada ein Zweikulturenstaat ist, der das Erbe von Westminster und Canterbury mit dem von Paris und Chartres zu vereinen hat. Die Anzahl der Einwohner britischen Ursprungs wurde ständig, wenn auch in jüngster Zeit in abnehmendem Maße, durch Auswanderung aus dem „Mother Country“ — wie es die Anhänglichsten noch nennen — oder „Old Country“ — wie andere sagen — ergänzt. In ihnen regt sich „die Stimme des Blutes“, wie ein franco-kanadischer Minister es einmal nannte, sobald Großbritannien sich einer Krise gegenüber sieht; und das führt dann dazu, daß kanadische Freiwillige zu Beginn des Jahrhunderts nach Südafrika eilten oder in dem bedrängnisreichen Sommer 1940 zur schleunigen Entsendung von nahezu jedem ausgebildeten Soldaten im Lande nach der belagerten Insel. Gefühl und eigenes Interesse wirkten zusammen, um Großbritannien in den ersten Nachkriegsjahren ein Darlehen von 1,25 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, das seine überlastete Wirtschaft ein wenig entlasten sollte. Für den Franco-Kanadier, der seine Sprache, sein bürgerliches Recht und seine Religion von Frankreich mitbrachte, besteht keine beachtenswerte gefühlsmäßige Bindung zum Mutterlande. Das beruht auf der fast gleichgültigen Art und Weise, auf die das Mutterland sich vor nahezu zweihundert Jahren von der Kolonie trennte, auf dem Anwachsen der antikerikalen Strömungen in Frankreich seit der Revolution von 1789 und auf dem Widerstreben der Franzosen, seit dem Verlust ihrer amerikanischen Kolonien in Kanada oder irgendwo sonst zu siedeln. Obwohl sie ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahrten und ihre Beteiligung an dem Geschick eines zunehmend unabhängigen Kanadas erlangten, ist das Volk von Cartier, Laurier, Lapointe und St. Laurent stets wachsam darauf bedacht gewesen, sich von dem britischen Imperialismus nicht in den Strudel des europäischen Militarismus hineinziehen zu lassen. Bis vor kurzem sind sie so isolationistisch eingestellt gewesen wie nur irgendein Volk in der westlichen Hemisphäre. Anglo- und Franco-Kanadier waren völlig eins im Widerstand gegen den Druck, der vom Vereinigten Königreich oder den Vereinigten Staaten auf sie ausgeübt wurde, da beide glaubten, daß „sie weder durch einen statischen Kolonialismus zufriedengestellt würden noch durch einen Kontinentalismus, der sie den Vereinigten Staaten angliederte“⁶.

Jeder Premierminister von Macdonald bis St. Laurent machte es sich zur ersten Pflicht, darauf zu achten, daß seine Politik bei so vielen Angehörigen beider kulturellen Gruppen wie möglich Unterstützung fände. Folglich wird jeder Premierminister nach dem Grundsatz handeln, der am eindeutigsten im Jahre 1936 von Mackenzie King aufgestellt wurde, als er erklärte: „Ich glaube, daß es Kanadas vornehmste Pflicht sowohl gegenüber dem Völkerbund als auch gegenüber dem britischen Empire in allen großen Fragen ist, wenn möglich unser Land einig zu erhalten.“⁷ Was Premierminister King 1936 sagte, bestätigte ein Jahrzehnt später sein Nachfolger: „Der erste allgemeine Grundsatz, über den wir uns, glaube ich, alle einig sind, ist, daß unsere Auswärtige Politik unsere Einigkeit nicht zerstören darf.“⁸

Die Neuorientierung der auswärtigen Politik Kanadas nach dem Zweiten Weltkrieg

Seit 1945 hat die kanadische Außenpolitik das Paradoxon gezeigt, weit kühner als in den Vorkriegstagen und dennoch fester auf die öffentliche Zustimmung gegründet zu sein. Eine solche ungewöhnliche Kombination muß dem Erbe des Zweiten Weltkrieges sowie den Erfahrungen des Nachkriegsjahrzehnts zugeschrieben werden. Wenn auch die Notwendigkeit der Wehrpflicht, welche die englisch und französisch sprechenden Kanadier in den Jahren 1917/18 so bitter entzweit hatte, im Zweiten Weltkrieg wieder auftauchte, so verringerte eine geschicktere Führung und eine stärker wahrnehmbare äußere Bedrohung die inneren Spannungen doch beträchtlich. Als der Krieg vorüber war, hatten Kanadier jeden Ursprungs guten Grund, die Leistungen ihres Vaterlandes, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet¹⁰, mit nüchterner Befriedigung zu betrachten, während alle an einem Wohlstand teilhatten, der bislang noch nicht ernsthaft bedroht war. In einem solchen, mit „einem vertrauten, schwungvollen und hoffnungsfrohen Nationalismus, einem vollen Magen und reichlichem Geldbeutel“¹¹ gesegneten Lande war die Aufgabe der Führung weit weniger sorgenvoll, als sie es für die Staatsmänner der zwanziger und dreißiger Jahre gewesen ist. Ein deutlicher Beweis dieser Behauptung ist die Tatsache, daß dieselbe Partei mit einer ansehnlichen Mehrheit seit 1935 ununterbrochen im Amt geblieben ist. Der Krieg hatte auch alle bis auf die Unverbesserlichen davon überzeugt, daß der bequeme Glaube der zwanziger Jahre, die Kanadier wohnten in einem „feuerfesten, von feuergefährlichen Gegenständen weit entfernten Hause“, nicht länger aufrechtzuerhalten war. Nachdem die Atombombe auf Japan abgeworfen war und die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Kanada im November 1945 gemeinsam die Washingtoner Erklärung über die Atomenergie im Hinblick auf die Zusammenarbeit der drei Länder auf diesem Gebiet während des Krie-

Daraus geht hervor, daß der kanadische Nationalismus, der nie stärker war als heute, nahezu einzigartig ist in seinen Manifestationen. Wie sein schärfster Beobachter bemerkte, hat er „keinen Sendungsglauben, kein goldenes Zeitalter, keinen Rassenmythos, keine Helden, kein starkes religiöses Band, keine glänzenden kulturellen Leistungen“.⁹ Was er wirklich besitzt, ist — um denselben Denker zu zitieren — „ein unbegrenzter Glaube an die Zukunft, der sich auf einen gerechtfertigten Stolz auf mehr kollektive als individuelle Leistung gründet“. Der Zukunftsglaube wurde durch die gewaltige Expansion der kanadischen Wirtschaft seit 1939 verstärkt; das Selbstbewußtsein fördert die große Fähigkeit Kanadas, Kompromisse zu schließen und mit anderen zusammenzuarbeiten, worauf bereits hingewiesen worden ist.

ges veröffentlicht hatten, bereitete der kanadische Premierminister das Unterhaus sogar auf einen möglichen Verzicht auf einen Teil der nationalen Souveränität vor und sagte, es müsse „irgendeine Form einer Weltregierung eingerichtet werden, die, wenigstens zu Beginn, auf Angelegenheiten beschränkt bleibt, die sich auf die Verhinderung eines Krieges und die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit beziehen“.¹²

In den ersten Nachkriegsjahren wurden die Kanadier beunruhigt und enttäuscht durch den augenscheinlichen Beschluß *Stalins*, das Kriegsbündnis mit dem Westen aufzuheben und den sowjetischen Machtbereich entweder durch offene Annexion oder durch Vergewaltigung der Nachbarstaaten zu einem unterwürfigen Satellitentum zu erweitern. Die Aufdeckung während des Krieges erfolgter sowjetischer Spionage in Kanada, der unerbittliche Widerstand gegen jede konstruktive Bemühung der kleineren Mächte, den Frieden zu schließen oder zu erzwingen, die Zurückweisung des Marshallplan-Angebots und die Zerstörung der demokratischen Regierungsform in der Tschechoslowakei bewogen das katholische Quebec, das in seinem Abscheu vor dem atheistischen Kommunismus von niemandem übertroffen wird, sich dem übrigen Kanada bei der Billigung des Beschlusses der Regierung anzuschließen, schon in Friedenszeiten bestimmte Verpflichtungen zur Gewährleistung der Sicherheit einzugehen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß wir je auf dem Parlamentshügel in Ottawa eine Statue von „Uncle Joe“ zur Bezeugung seines Anteils an der Förderung der kanadischen Einigkeit sehen werden, aber der Historiker darf *Stalins* Beitrag hierzu nicht gering schätzen. Wir werden sehen, wie diese äußeren Ereignisse die kanadische Politik in den Vereinten Nationen, in der NATO, im Commonwealth und in der westlichen Hemisphäre geformt haben.

Kanada und die Vereinten Nationen

Kanadas Bemühungen um die Stärkung der Position der „mittleren Mächte“

Als Kanada den Vereinten Nationen beitrug, bestand keine Notwendigkeit, sich internationale Anerkennung zu sichern, wie es in den Gründungstagen des Völkerbundes der Fall war. Die Frage des Ranges war durch das Problem der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung abgelöst worden, illustriert durch den Anspruch, daß die „wichtigen sekundären Staaten“, wie der Premierminister sie einmal nannte, angemessene Gelegenheiten bekommen sollten, sich an der politischen Willensbildung im Sicherheitsrat und in anderen Organen der Vereinten Nationen zu beteiligen. Die kanadische Regierung hat das Anrecht der Großmächte auf eine bevorzugte Stellung nie bestritten. Das Veto war eine verfahrensmäßige Anerkennung der Realitäten internationaler Politik. Doch waren die Kanadier und die Delegierten anderer mittlerer Mächte darüber beunruhigt, wie weit die Sowjetunion ging, um die Vorrechte der Mächtigen zu sichern, und andererseits wunderte es sie ein wenig, daß die kleinen Staaten sich nicht willens zeigten, zuzugeben, daß Macht und Verantwortung in einem Verhältnis zueinander stehen müßten. Sie hatten nur mäßigen Erfolg bei der Klärung der Rechte der mittleren Mächte, spielten aber eine konstruktive Rolle bei der Stärkung der Stellung des Wirtschafts- und Sozialrates. Die Debatten in San Francisco hatten ihnen jede Illusion über die Aussichten für zukünftige Harmonie genommen, aber sie waren entschlossen, daß Kanada wenigstens alles in seiner Macht Stehende tun würde, um die neue Organisation zu einem Erfolg werden zu lassen. Als die Charta dem Unterhaus zur Ratifikation vorgelegt wurde, sagte Premierminister *St. Laurent* in vorsichtiger Formulierung: „Ich glaube, was auch immer erforderlich sein mag, wird ein Preis sein, den Kanada zu zahlen bereit ist, um die Organisation wirksam zu machen, wenn sie überhaupt wirksam gemacht werden kann“.¹³

Die Vermittlerrolle der kanadischen Vertreter

Dieser Ueberzeugung gemäß hat Kanada seine Verpflichtungen ernst genommen. Von seiner Regierung kann gerechterweise gesagt werden, daß sie sich in UN-Kreisen den Ruf erworben hat, durchgehend fähige Delegationen zu den zahlreichen unter den Auspizien der Vereinten Nationen gehaltenen Konferenzen gesandt zu haben, die wohl vorbereitet waren und bereit waren, bei den Diskussionen das Ihrige zu tun. Ihre Einstellung zu diesen Debatten ist im wesentlichen pragmatisch. In ihren Augen ist es besser, sich ruhig und unaufdringlich um die Minderung internationaler Spannungen zu bemühen, als feurige, an Idealismus und Schmähung reiche, aber

unzweckmäßige Reden zu halten. Mit den Worten des kanadischen Justizministers im Jahre 1947: „Wenn wir dazu helfen können, aus festgefahrenen Situationen wieder herauszukommen oder Kompromisse zu bewirken, die keine wesentlichen Grundsätze preisgeben, wenn wir dem Ausdruck verleihen können, wovon wir fest glauben, daß es ausgesprochen werden muß, wenn wir irgend etwas von diesen Dingen tun können, so tun wir es in dem Bestreben, auf diese Weise zu dem Erfolg der Organisation beizutragen“.¹⁴ Eine derartige Bereitwilligkeit, sich ausgleichend, Formeln entwerfend oder vermittelnd einzuschalten, wird durch die Meinung verstärkt, daß die Vereinten Nationen nicht zu früh in ihrer Laufbahn mit Aufgaben überladen werden sollten, deren Lösungsversuche die Wirksamkeit der einzigen internationalen Organisation zerstören könnten, bei der Staaten aller Meinungsschattierungen zusammenkommen können, um gemeinsame Interessengebiete zu finden und Ansichten auszutauschen. Eine Warnung in diesem Sinne war im Jahre 1948 von Premierminister *King* an die Vollversammlung gerichtet worden, als er die Notwendigkeit betonte, „... die bereits zu weite Kluft zwischen den von ihr erreichbaren Zielen und den über ihre Kraft gehenden zu schließen“.¹⁵ Diese Betonung der Vorsicht bedeutete jedoch nicht die Bereitschaft, eine echte Ueberzeugung zu opfern, wie Mr. *Isley* betonte. Wenn es für Staaten der freien Welt notwendig war, sich in Fragen wie Kontrolle der Atomenergie oder Zulassung neuer Mitglieder zu den Vereinten Nationen von der Auffassung der Sowjetunion stark zu distanzieren, haben die kanadischen Staatsmänner, wie *St. Laurent*, *Martin* und *Pearson*, nicht abseits gestanden. Ueber *Pearson* bemerkte *Wyschinskij* einmal: „Ich höre dem kanadischen Delegierten immer mit großer Aufmerksamkeit zu, weil er oft sagt, was andere denken, sich aber nicht zu sagen getrauen“.¹⁶

Die Tatsache, daß die Kanadier die Ueberredungskunst dem Zwange vorziehen, führte Männer wie General *McNaughton*, der sein Land während dessen einziger Mitgliedschaft im Sicherheitsrat (1947 bis 1949) vertrat, dazu, sich lange und geduldig um einen Waffenstillstand in Kaschmir zu bemühen oder eine Regelung für Indonesien auszuarbeiten. Sie hatte zur Folge, daß ein kanadischer Richter mit einer Sonderkommission der Vereinten Nationen nach Palästina gesandt wurde und daß der Außenminister einer von den vier Delegierten war — die anderen kamen aus den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Guatemala —, deren Bemühungen den Weg zur Entstehung Israels ebneten. Aus demselben Grunde übernahm ein weiterer Kanadier die undankbare Aufgabe, den Waffenstillstand zu überwachen, während Israel und seine Nachbarn einander böswillig über das Nie-

mandsland hinweg anstarrten. Und endlich beteiligten sich Kanadier, diesmal unter weniger präziser Führung als durch die Vereinten Nationen, an einer weiteren Ueberwachungsaufgabe, nämlich in Indochina.

Kanada und die Korea-Krise

Es gab Zeiten im letzten Jahrzehnt, in denen es notwendig war, sowohl fortiter in re als auch suaviter in modo zu sein. Das war der Fall, als im Sommer 1950 die koreanische Krise ausbrach. Durch das unerwartete, richtungsweisende Beispiel der Vereinigten Staaten ermutigt, steuerte Kanada unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen den drittgrößten Anteil zu den Streitkräften bei, die zur Abwehr des nordkoreanischen Angriffs aufgestellt wurden. Die kanadischen Staatsmänner wünschten aber von vornherein, den Konflikt zu lokalisieren und das kommunistische China davon zu überzeugen, daß seine lebenswichtigen Interessen durch den Krieg an seinen Grenzen nicht bedroht seien. Als sowohl ihre als auch die Bemühungen anderer fehlschlügen und als der Dreier-Ausschuß der Vereinten Nationen, einschließlich Außenminister *Pearson*, sich nach der chinesischen Intervention außerstande sah, einen Waffenstillstand in Korea zu erreichen, war es ein Hauptziel Kanadas, zu verhindern, daß der Krieg auf China selbst übergreife, wie General *MacArthur* es gerne gesehen hätte. Wäre dies geschehen, so glaubten sie, daß einzig die Sowjetunion einen Nutzen davon gehabt hätte. Endlich siegten in Washington nüchterne Ueberlegungen, jedoch erst, als die amerikanischen Forderungen einer scharfen Verurteilung der chinesischen Aggression beinahe zu einer diplomatischen Krise zwischen den Verbündeten geführt hatten. Kanada bot all seinen Einfluß auf, um zu verhüten, daß der Resolution zur Verurteilung, die es mit wenig Begeisterung angenommen hatte, unmittelbare Sanktionsmaßnahmen gegen das kommunistische China folgen würden. Eine derartige Handlungsweise — die von vielen in den Vereinigten Staaten als degoutant empfunden wurde — gründete auf der Meinung, daß, nachdem anerkannt worden war, daß ein Angriff vorlag, „... die zu ergreifenden Sanktionsmaßnahmen ... zur Durchführbarkeit einer solchen Aktion in Beziehung stehen müssen“. Diejenigen, die eine drastische Aktion wünschten, sollten nach Ansicht Kanadas die Gefahr bedenken, „... die friedlichen und gesetzestreuen Mächte in anderen Gebieten zu schwächen und dadurch eine weitere und weit gefährlichere Bedrohung des Friedens herauszufordern“.¹⁷

In die endlosen Waffenstillstandsverhandlungen, die im Sommer 1951 begannen, war Kanada nicht direkt eingeschaltet. Es konnte jedoch eine hilfreiche Rolle spielen, als die Siebente Vollversammlung, deren Präsident Außenminister *Pearson* war, um das Kriegsgefangenenproblem rang, in dem die Unterhändler in Panmunjon sich festgefahren hatten. Schließlich

erlangte eine von Indien vorgeschlagene Resolution nach erheblichen Abänderungen im Dezember 1951 mit 54 gegen 5 Stimmen (Sowjetblock) die Billigung und erwies sich als Grundlage für die Vereinbarungen zur Repatriierung derjenigen Gefangenen, die in ihre Heimat zurückzukehren begehrten. In ihrer ursprünglichen Fassung war die Resolution sowohl von der Sowjetunion als auch von den Vereinigten Staaten mit Mißfallen betrachtet worden. Man ist sich allgemein darüber einig, daß die hinter den Kulissen geleisteten kanadischen Bemühungen dazu verhalfen, die Standpunkte Indiens und der Vereinigten Staaten in Einklang zu bringen und die überwältigende Mehrheit zugunsten der abgeänderten Resolution möglich zu machen¹⁸. Kanada war jedoch weniger erfolgreich bei seinen Bemühungen um die Wahl Indiens als einen der Staaten der Vereinten Nationen, die an den im Waffenstillstandsabkommen von 1953 vorgesehenen politischen Verhandlungen teilnehmen sollten. In dem Glauben, daß Indiens Führerstellung unter den asiatischen Staaten und sein Bestreben, die Tür für Verhandlungen mit dem kommunistischen China offenzuhalten, es zu einem nützlichen Mitglied der vorgeschlagenen Konferenz machten, legte Kanada zusammen mit dem Vereinigten Königreich, Australien und Neuseeland einen entsprechenden Resolutionsentwurf dem Politischen Ausschuß der Achten Vollversammlung vor. Diesmal aber waren die Vereinigten Staaten weniger zugänglich, offiziell, weil Indien keine Truppen zu den Streitkräften der Vereinten Nationen in Korea beigesteuert hatte, möglicherweise aber aus Groll gegen die häufig proklamierte Entschlossenheit Indiens, in der politischen Auseinandersetzung zwischen den sowjetisch und amerikanisch geführten Blöcken unabhängig zu bleiben. Infolgedessen erhielt die Resolution in dem Ausschuß nicht die genügende Mehrheit, um ihre Annahme durch die Versammlung zu sichern, und Indien zog seine Kandidatur zurück. Bei einem dritten Problem des Korea-Krieges, nämlich der Frage der Wiedervereinigung des geteilten Landes, war Kanada der erste der Partner Amerikas, der unzweideutig erklärte, es bleibe zwar seiner Auffassung treu, daß einem Angriff Widerstand entgegengesetzt werden sollte, sei jedoch entschieden dagegen, „bestehende Ziele der Vereinten Nationen dahin zu interpretieren, daß sie beispielsweise die Wiedervereinigung von Korea durch Gewalt einbegreifen“.¹⁹ Eine solche Auffassung bedeutete natürlich ein Anathema für Präsident *Syngman Rhee* und für den rechten Flügel der amerikanischen öffentlichen Meinung, es ist aber ohne Zweifel anzunehmen, daß die kanadische Haltung dazu beitrug, die vorsichtigeren Elemente in Washington zu stärken. Kurzum, Kanada verband in der Korea-Krise die Bereitschaft, den Grundsatz der kollektiven Sicherheit in Wort und Tat aufrechtzuerhalten, mit dem dringenden Wunsch, eine Ausweitung des Krieges

über seine ursprünglichen Grenzen hinaus trotz der rotchinesischen Herausforderung zu verhindern, und mit dem beständigen Bemühen, den Standpunkt der „nichtgebundenen“ Staaten in Asien, wie Adlai Stevenson sie nannte, zu berücksichtigen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen

Kanada war sich immer der Bedeutung der Vereinten Nationen bewußt als der Institution, die einer Verkörperung des Begriffs einer Weltgemeinschaft am nächsten kommt und die hauptsächlich politischen Philosophien der Welt widerspiegelt. Seine Regierung war anfangs gegen Vorschläge eines „Kuhhandels“ (package deal) zur Zulassung neuer Staaten, wobei ein Staat der Vereinten Nationen seinen Widerstand gegen die Zulassung gewisser Anwärter als Gegenleistung für die entsprechende Toleranz gegen seine eigenen Kandidaten zurückziehen sollte; nachdem jedoch alle Aufnahmeanträge im Sicherheitsrat, wo die Großmächte das Vetorecht besitzen, blockiert wurden, so daß die Mitgliedschaft nach 1950 nicht mehr erweitert werden konnte und etwa 22 Staaten an der Türschwelle warten mußten, sah sich Kanada gezwungen, seine Haltung zu ändern. In seinen Vorlesungen über „Demokratie in der Weltpolitik“ an der Universität Princeton im April 1955 deutete Außenminister Pearson diesen Meinungsumschwung an. Einen Monat später erklärte er dem Unterhausausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, daß seiner Ansicht nach die Zeit gekommen sei, alle derzeit den Vereinten Nationen vorgelegten Aufnahmeanträge anzunehmen. Paul Martin, der in den späteren Verhandlungen eine so aktive Rolle spielte, erklärte danach ein wenig spitzfindig, dieser Vorschlag solle „nicht so sehr als ‚Kuhhandel‘ betrachtet werden, sondern als eine praktische Methode, die Annahme der größtmöglichen Anzahl der noch anstehenden Bewerbungen zu erreichen“.²⁰ Nach vorsichtigem Sondieren der Meinung der Delegationen während der Zehnjahresfeier der Gründungskonferenz in San Francisco und in den Anfangsstadien der Zehnten Vollversammlung schlugen die Kanadier vor, daß „die Zulassung aller Bewerber, über deren nationale Einheit sich keine Probleme ergeben, gefördert werden soll“.²¹ Bezeichnenderweise verschoben sie ihre Initiative bis nach der zweiten Genfer Konferenz in der Hoffnung, daß die Großmächte selbst einen solchen Vorschlag machen würden. Als aber nichts Derartiges erfolgte, wurde der kanadische Resolutionsentwurf, unterstützt von 27 anderen Staaten, der Vollversammlung vorgelegt und am 8. Dezember mit 52 gegen 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen (darunter die Vereinigten Staaten) angenommen. Sodann war es am Sicherheitsrat, seine Haltung angesichts des Beschlusses der Versammlung zu überprüfen, und nach einigen windungsreichen Manövern war das Eis gebrochen, und sechzehn weitere Staaten wurden Mitglieder der Vereinten Na-

tionen; Japan und die Äußere Mongolei waren in der Schlußphase der Auseinandersetzung auf der Strecke geblieben. Das Ergebnis sah nicht ganz so aus, wie Kanada es gewünscht hätte, aber es war jedenfalls weit besser als der Stillstand, der so lange gedauert hatte. Ein gutinformierter amerikanischer Beobachter schrieb folgenden Kommentar zu dieser Begebenheit: „In Wirklichkeit ist es so, daß die meisten Teilnehmer aus der Situation heraus handelten: die Kanadier und Russen geschickt, die Inder opportunistisch und die Chinesen und Amerikaner im großen ganzen recht kurzsichtig“.²²

Das Abrüstungsproblem

Seit 1946 hat das kanadische Außenministerium eine Reihe von Bänden veröffentlicht, in denen die Probleme, denen die Vereinten Nationen gegenüberstehen, sowie die Haltung, die Kanada ihnen gegenüber eingenommen hat, beschrieben sind. In „Canada and the United Nations, 1951-52“ faßte der der Abrüstung gewidmete Abschnitt die bisher geführten Verhandlungen zusammen und stellte fest, sie seien „die Geschichte eines nahezu unüberwindlichen toten Punktes zwischen den fundamental entgegengesetzten und bisher unversöhnten Positionen der Sowjetunion und der Westmächte“.²³ Im wesentlichen trifft diese Beschreibung heute immer noch zu. Während dieser zehn langen Jahre fruchtloser Debatten war Kanada unmittelbar beteiligt als Mitglied der Atomenergiekommission bis zu deren Auflösung im Jahre 1952 und der Kommission für herkömmliche Rüstungen von 1947 bis 1950 sowie als Mitglied der Abrüstungskommission, die an die Stelle der beiden zuvor erwähnten trat, und ihres Unterausschusses, der seit 1954 besteht und außer Kanada nur noch die Großmächte umfaßt. Da der überwiegende Anteil der Rüstungen der Welt sich in den Händen der Großmächte befindet, wäre es weder angemessen noch nützlich, wenn Kanada bei der Vorlage weitgespannter Abrüstungsvorschläge die Führung übernehme. Aus diesem Grunde ist es nicht erstaunlich, daß Kanada in den verschiedenen Ausschüssen die Rolle des hilfreichen Kollegen gespielt hat, der sich in beinahe vollkommenem Einverständnis mit den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich befindet, aber bereit ist, bei Gelegenheit Mittel und Wege zur Minderung der Differenzen zwischen der Sowjetunion und dem Westen vorzuschlagen, ohne von den fundamentalen Prinzipien abzuweichen, die Kanada mit seinen Bundesgenossen teilt. Kanada glaubt wie sie, daß „kein allgemeiner Abrüstungsplan irgendwelche Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn er sich nicht nur gleichzeitig mit herkömmlichen Waffen und Atomwaffen befaßt, sondern auch alle drei Seiten des Problems mit einschließt: einen Beschluß, Atomwaffen zu verbieten und Streitkräfte und Rüstungen herabzusetzen, und ein System der internationalen Kontrolle zur Durchführung des Plans“.²⁴

Um eine solche Entscheidung zu erreichen, hat die kanadische Regierung ein Minimum an Publizität der Diskussionen vorgezogen, bis sie einen bedeutenden Grad an Uebereinstimmung erreicht hätten. Andernfalls liefen die Sprecher aus den rivalisierenden Lagern Gefahr, durch ihre ersten Erklärungen in ihrer Position festgelegt zu werden, wenn sie nicht, wie die Russen, ohne Scheu bereit sind, um eines taktischen Vorteils in der Debatte willen einen völligen Kurswechsel vorzunehmen. Gelegentlich hatten die Kanadier einigen Einfluß, wenn nicht auf die Politik, so doch auf die Methode. So beispielsweise in den Anfangsstadien der Atomenergiekommission, wo sie die amerikanischen Vorschläge zur internationalen Kontrolle der Atomenergie tatkräftig unterstützten und die sowjetische Forderung nach sofortigem und unbedingtem Verbot der Atombombe — welche die Russen damals noch nicht besaßen — zurückwiesen, aber unterdessen versuchten, die Aufmerksamkeit auf die Prüfung wissenschaftlicher und technischer Gesichtspunkte des Problems zu lenken, um Zeit zu gewinnen, in der die Russen ihre Haltung überprüfen könnten. Der Versuch scheiterte, aber die Bemühungen des Generals *MacNaughton* veranlaßten seinen französischen Kollegen, von ihm als dem „Gewissen der Kommission“ zu sprechen und von einem amerikanischen Mitglied, *Frederick Osborne*, zu behaupten, daß „... er mehr Einfluß hatte als irgend jemand sonst in der Kommission“.²⁵ Als die sowjetische Delegation im Herbst 1946 der Vollversammlung eine zweideutige

Resolution über das allgemeine Prinzip der Abrüstung vorgelegt hatte, waren die Kanadier ebenfalls die ersten, die im Politischen Ausschuß einen Alternativvorschlag unterbreiteten und angestrengt auf die endliche einstimmige Annahme einer Resolution hinarbeiteten, die einige ihrer Vorschläge enthielt²⁶. Acht Jahre später, nachdem in den Londoner Gesprächen des Unterausschusses kein Fortschritt erzielt worden war, brachten die Kanadier bei der Neunten Vollversammlung den Entwurf einer Verfahrensresolution ein, die nach geringen Aenderungen sowohl für die Sowjetunion als auch für die Vereinigten Staaten annehmbar wurde. Ihre einmütige Annahme durch die Versammlung belohnte die Bemühungen *Paul Martins* und seiner Berater, von denen mit Recht gesagt werden kann, daß sie „eine aktive Rolle in den heiklen Verhandlungen spielten, die zu diesem befriedigenden Ergebnis führten“.²⁷

Die beste kurze Zusammenfassung der kanadischen Einstellung gegenüber den Vereinten Nationen hat vielleicht Außenminister *Pearson* im Jahre 1951 gegeben, als er vor der kanadischen Bar Association erklärte, daß

„wir unseren Glauben an die Vereinten Nationen als einen Weg zur Zusammenarbeit unter freien Nationen und zur Organisation ihrer Sicherheit, als das Forum zur Aussprache des Gewissens der Welt und als das Symbol der fundamentalen Einheit aller demokratischen Nationen stärken und erhalten müssen“.²⁸

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

¹) H. L. *Keenleyside*, „Canada and the United States“ in: *Current History*, Bd. 29, Juli 1955, S. 1.

²) *Louis St. Laurent*, „The Foundations of Canadian Policy in World Affairs“, Toronto 1947, S. 33.

³) Canada, House of Commons Debates, 9. Juli 1943, S. 4619.

⁴) *Kenneth McNaught*, „Ottawa and Washington Look at the U.N.“ in: *Foreign Affairs*, Vol. 33, Juli 1955, S. 668.

⁵) *Edgar McInnis*, „Canadian Opinion and Foreign Policy — Maturity or Apathy“ in: *Queen's Quarterly*, Vol. LXII, Winter 1955/56, S. 507.

⁶) *George W. Brown*, „Canadian Nationalism: An Historical Approach“ in: *International Affairs*, Bd. XXX, April 1954, S. 178.

⁷) Canada, House of Commons Debates, 1936, S. 1333.

⁸) *St. Laurent*, a. a. O., S. 19.

⁹) *H. F. Angus*, „Canada and the Far East, 1940-53“, Toronto 1953, S. 6.

¹⁰) Eine kurze Untersuchung hierüber gibt der Verfasser in: *F. H. Soward*, „Canada in World Affairs; From Normandy to Paris, 1944-46“, Toronto 1950, Kap. I, III, IV.

¹¹) *Angus*, a. a. O., S. 10.

¹²) Zitiert bei: *Soward*, a. a. O., S. 262.

¹³) Canada, House of Commons Debates, Oktober 1945, S. 1334.

¹⁴) Zitiert in *Globe and Mail*, 31. Oktober 1951.

¹⁵) „Canada and the United Nations, 1948“, Ottawa 1949, S. 199-200.

¹⁶) Zitiert bei *Raymond Daniell*, „Pearson's Formula for Diplomacy“ in: *Time Magazine*, New York, 24. Juni 1956, S. 14.

¹⁷) Department of External Affairs, *Statements and Speeches*, Nr. 51/13, 31. März 1951, S. 7.

¹⁸) Vgl. *B. S. Keirstead*, „Canada in World Affairs, September 1951 to October 1953“, Toronto 1956, S. 49, 60-61.

¹⁹) Zitiert bei *Keirstead*, a. a. O., S. 58.

²⁰) *Paul Martin*, „Towards a More Representative United Nations“ in: *Varsity Graduate*, Bd. 4, Juli 1956, S. 114.

²¹) Zitiert in: „Canada and the United Nations 1945-55“, Ottawa 1956, S. 30.

²²) *William R. Frye*, „18-17-16 And We Lost The Game“ in: *The Reporter*, Bd. 14, 26. Januar 1956, S. 12.

²³) „Canada and the United Nations, 1951-52“, Ottawa 1953, S. 11.

²⁴) *Ebenda*, S. 15. Vgl. auch „Some Aspects of Canadian Foreign Policy“ in: *Statements and Speeches*, Nr. 56/18, S. 8-10.

²⁵) *Dennett und Johnson*, (Hrsg.), „Negotiating With The Russians“, Boston 1951, S. 217.

²⁶) Department of External Affairs: „Canada and the Disarmament Problem“, Reference Paper Nr. 26, S. 12-14.

²⁷) „Canada and the United Nations, 1945-55“, Ottawa 1956, S. 4.

²⁸) *Statements and Speeches*, Nr. 51/13, S. 9.

Die Verhandlungen zwischen Ost und West über die Berliner Blockade von Mai bis September 1948

Von Prof. C. H. Pegg

Professor of Modern European History, University of North Carolina

Im Verlauf des Jahres 1947 gewann der Kampf zwischen Ost und West um die Beherrschung Europas an Intensität und konzentrierte sich in zunehmendem Maße auf Deutschland. Beide Seiten gingen in den ersten Wochen des Jahres 1948 mit noch größerer Entschlossenheit vor, um die Initiative an sich zu reißen und in ihrer Hand zu behalten. Die Aktionen des Kreml gipfelten in einer verzweifelten Kampagne gegen den Marshallplan und die europäische Einigung,

in einer Vervielfachung der bilateralen Pakte zwischen seinen mitteleuropäischen Satelliten und in dem Staatsstreich in der Tschechoslowakei. Inzwischen trieben die Westmächte den Marshallplan und die Westunion (*Western Union*) weiter voran, entwarfen und unterzeichneten den Brüsseler Pakt und unternahmen Schritte, um die produktiven Kräfte Westdeutschlands freizusetzen und einen westdeutschen Staat zu schaffen.

Einleitende Manöver der sowjetischen Deutschlandpolitik

Mitte Februar 1948, als die Westmächte sich anschickten, eine Sechsmächte-Konferenz in London zu eröffnen, um die Grundlagen für die Verschmelzung der drei westlichen Besatzungszonen in Deutschland zu legen, richtete der Kreml an London, Paris und Washington Noten übereinstimmenden Wortlauts. In diesen wurde festgestellt, daß die vorgesehene Londoner Konferenz eine Verletzung aller Viermächte-Entscheidungen über Deutschland einschließlich des Potsdamer Abkommens darstellen würde, und die Warnung ausgesprochen, daß die Sowjetregierung alle Entscheidungen, welche die Konferenz treffen würde, von vornherein ablehnen müsse¹. Unmittelbar darauf kamen die Außenminister Polens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei in Prag zusammen und arbeiteten einen gemeinsamen Protest gegen die Londoner Konferenz aus. Die Westmächte wiesen jedoch die Sowjetnote und den gemeinsamen Protest zurück und eröffneten die Londoner Sechsmächte-Konferenz wie geplant.

Darauf antwortete der Kreml am 6. März, unmittelbar nach dem Staatsstreich in der Tschechoslowakei, mit einer langen und bitteren Note, in der gegen jeden Grundbestandteil der westlichen Politik Sturm gelaufen wurde. Den Westmächten wurde nicht nur das Fehlschlagen der Viermächte-Politik in Deutschland zur Last gelegt, sondern sie wurden daneben einer Verschwörung angeklagt, die sich darauf richte, den Kontrollrat und den Rat der Außenminister zu liquidieren². Obwohl die Londoner Sechsmächte-Konferenz an dem Tage vertagt wurde, an dem die Note überreicht wurde, war es klar, daß die Westmächte nicht die Absicht hatten, ihren Plan für die Errichtung eines westdeutschen Staates aufzugeben. Daher ersuchte Marschall Sokolowski, der sowjetische

Militärgouverneur, am 20. März die drei westlichen Militärgouverneure, die Generale *Clay*, *Koenig* und *Robertson*, dem Kontrollrat einen detaillierten Bericht über die Beschlüsse der Londoner Konferenz zu unterbreiten. Als die westlichen Militärgouverneure erklärten, die Konferenz habe ihre Arbeit nicht vollendet und sie besäßen die gewünschte Auskunft nicht, packte der Sowjetmarschall seine Papiere zusammen, und die Sowjetdelegation erhob sich und verließ mit ihm den Raum.

Obgleich die westlichen Militärgouverneure befürchteten, daß dies das Ende des Kontrollrates sei, konnten sie der Absichten Moskaus nicht sicher sein und trafen daher Vorbereitungen für die nächste Zusammenkunft³. Anstatt Einladungen zu einer weiteren Sitzung ergehen zu lassen, teilte hingegen Sokolowski den Generalen Clay, Koenig und Robertson brieflich mit, daß am 1. April 1948 neue Anordnungen für die Regelung des Verkehrs zwischen den Westzonen und Berlin erlassen würden.

Damit war klar, daß Moskau sich entschlossen hatte, seiner diplomatischen Offensive zur Beherrschung Deutschlands durch den Austritt aus dem Kontrollrat und die Ausübung von erheblichem Druck auf die Berliner Westsektoren Nachdruck zu verleihen. West-Berlin wurde als der Punkt erachtet, an dem die Alliierten am schwächsten und exponiertesten seien. Dies war die kühnste und gefährlichste Entscheidung, die Moskau bis dahin im „Kalten Krieg“ getroffen hatte, und sie bot offensichtlich die Möglichkeit außerordentlicher Gewinne. Gelänge es, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen, so würden der Einfluß und das Prestige der Sowjetunion in Europa zunehmen, und die frühere Hauptstadt Deutschlands könnte zum Sitz einer ostdeutschen

Regierung gemacht werden. Selbst dann, wenn die Alliierten nicht aus Berlin verdrängt werden könnten, glaubte der Kreml aus der Situation einen bedeutenden diplomatischen und psychologischen Sieg ableiten zu können.

Während des ganzen April, als die sowjetischen Behörden die Beschränkungen des Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen fortlaufend verschärften, bestanden in Washington ebenso wie in London und Paris wachsende Besorgnisse⁴. Während das amerikanische Volk nicht glaubte, daß die Russen einen Krieg wollten, war es sich dessen bewußt, daß die Lage

heikel war, und fürchtete, eine starre Haltung der Westmächte könne dazu führen, daß der Friede der Gnade des Zufalles überlassen bliebe⁵. Außerdem konnten sie sich nicht vorstellen, wie zweieinhalb Millionen Deutsche in den Berliner Westsektoren versorgt werden könnten, falls Moskau die Schienen-, Straßen- und Wasserwege abschneiden würde. Selbst General Lucius D. Clay fürchtete — so entschlossen er auch war, in Berlin zu bleiben —, daß die Alliierten gezwungen sein könnten, die frühere deutsche Hauptstadt aufzugeben, falls die Russen das Durchfahrverbot auf Lebensmittel ausdehnen sollten⁶.

Die Anfänge der Verhandlungen

Washington war ernsthaft bestrebt, eine Kraftprobe in Berlin möglichst zu vermeiden, und beschloß daher, zu ergründen, was Moskau eigentlich wolle. Darum wurde der Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau, Walter Bedell Smith, angewiesen, Außenminister Molotow mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten sich nicht einschüchtern lassen würden, daß sie aber willens seien, sich weiterhin um die Erzielung eines *modus vivendi* zu bemühen⁷. Am 4. Mai 1948 gab Smith eine ausführliche mündliche Erklärung gegenüber Molotow ab. Der Botschafter teilte dem Außenminister mit, sein Volk betrachte mit großem Ernst „die fortschreitende Ausbreitung des sowjetischen Machtbereichs“, die „unerklärliche Feindschaft“ der Sowjetunion gegenüber dem europäischen Wiederaufbauprogramm und das „in gefährlicher Weise entstellte und irrige“ Bild der amerikanischen Politik, das durch die sowjetische Presse und den sowjetischen Rundfunk gezeichnet werde. Er erklärte, das amerikanische Volk habe den Wunsch, mit dem Volk der Sowjetunion in Frieden zu leben; es sehe sich dazu aber wegen des „sowjetischen und weltkommunistischen Druckes“ nicht in der Lage. Der amerikanische Botschafter schloß mit der Versicherung an Molotow, daß seine Regierung bemüht bleibe, eine Grundlage für freundschaftliche Beziehungen zu finden, und daß sie bereit und bestrebt sei, ihren „eigenen Beitrag zur Stabilisierung der Weltlage in einer Weise zu leisten, die mit der Sicherheit der sowjetischen Völker vollauf vereinbar ist“⁸.

Der Kreml war erfreut, daß die Vereinigten Staaten die Initiative zur Eröffnung von Gesprächen ergriffen hatten, und am 9. Mai antwortete Molotow dem Botschafter Smith. Nachdem er seine Verhandlungsbereitschaft erklärt hatte, führte der Außenminister einen Angriff auf die Politik der Alliierten. Er erhob die Beschuldigung, daß der unbefriedigende Charakter der internationalen Lage in erster Linie den Schritten zuzuschreiben sei, „welche die Regierung der Vereinigten Staaten unternommen hat, um ihr Netz von Land-, See- und Luftstützpunkten in allen Teilen der Erde noch weiter zu entwickeln“. Er bezeichnete es als unwahr, daß sich die Sowjetunion

in die Angelegenheiten der Staaten Mitteleuropas und des Balkans eingemischt habe, und erklärte, daß die Verträge über gegenseitige Hilfe, die seine Regierung unterzeichnet habe, die Sache des Weltfriedens förderten, während der Brüsseler Pakt seiner Natur nach aggressiv sei und einen Schritt zum Kriege darstelle. Molotow schloß jedoch mit einem freundlicheren Ton. Er wiederholte nochmals seine frühere Behauptung, daß die Sowjetunion allen Ländern gegenüber immer eine friedliebende Politik verfolgt habe, und versicherte Smith, daß sie von diesem Kurs nicht abweichen würde⁹.

Nachdem Molotow geendet hatte, machte Smith einige zusätzliche Bemerkungen. „Der Zusammenschluß der westeuropäischen Länder“, sagte er, „und die Unterstützung, die ihnen seitens der Vereinigten Staaten gewährt wurde, war eine unmittelbare Auswirkung der Besorgnis und der Furcht, die durch die Expansionspolitik der Sowjetunion erregt worden war.“ Er erinnerte Molotow daran, daß die Sowjetunion die Tschechoslowakei gezwungen hatte, außerhalb des europäischen Wiederaufbauprogramms zu bleiben, und stellte fest, die Regierung der Vereinigten Staaten sei völlig überzeugt, daß die kommunistischen Staatsstreich in Mittel- und Südosteuropa „ohne die moralische und physische Unterstützung der Sowjetunion gänzlich unmöglich gewesen wären“.

In der Ueberzeugung, daß die Vereinigten Staaten bemüht seien, die Gespräche fortzuführen, beschloß der Kreml nun, die amerikanische Initiative in einen widerhallenden Propagandasieg zu verwandeln. Am 11. Mai 1948 gab der Moskauer Rundfunk bekannt, Washington habe Moskau gebeten, in Verhandlungen über Deutschland einzutreten, und Molotow ließ der Presse eine Zusammenfassung seiner vertraulichen Gespräche mit Botschafter Smith zugehen. Der Wortlaut dieser Zusammenfassung erweckte den Eindruck, als hätten die Vereinigten Staaten den Frieden so nötig, daß sie gewillt wären, hinter dem Rücken ihrer Alliierten zu arbeiten.

Washington war natürlich in großer Verlegenheit. Präsident Truman stellte sofort fest, daß die Erklärung des Botschafters Smith gegenüber Molotow

keine neue Wendung in der amerikanischen Politik darstelle, sondern lediglich darauf gerichtet sei, diese Politik in größerer Klarheit darzulegen und jede Möglichkeit einer irrtümlichen Auslegung des Standpunktes der Vereinigten Staaten in der Vorstellung der Sowjetführer zu zerstreuen. Am 12. Mai gaben die Außenminister der Vereinigten Staaten und Großbritannien Erklärungen zu dieser Angelegenheit ab. *Marshall* bekräftigte die Erläuterungen Präsident *Trumans* und versicherte *Bevin* und *Bidault*, daß er nie an zweiseitige Verhandlungen mit der Sowjetunion über deutsche Probleme gedacht habe. *Bevin*, der einen leichten Aerger über Washington nicht verbergen konnte, sagte, Rußland verhindere den Frieden vorsätzlich, und er sei an weiteren Verhandlungen wenig interessiert, solange der Kreml seine Ziele nicht klar und aufrichtig darlege.

Mehrere Tage lang bildete der Meinungs austausch *Smith—Molotow* das Hauptthema der Weltpresse. Kommunistische Zeitungen stellten sich allenthalben auf den Standpunkt, die Vereinigten Staaten hätten eine Friedensoffensive eröffnet, weil sie schwach seien und ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüberständen. Die meisten Journalisten in Westeuropa gaben zu, daß Moskau einen Propagandasieg errungen hatte; sie beschuldigten Moskau aber, vertrauliche Mitteilungen der Öffentlichkeit zugeleitet zu haben. Das *Journal de Genève* gab die Ansicht eines großen Teiles der europäischen Presse wieder, als es schrieb, Molotows Manöver sei hauptsächlich „ein Versuch, die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden für Zwecke der Sowjetpropaganda auszunutzen“. ¹⁰ Die amerikanische Presse hielt einmütig daran fest, daß in der Politik der Vereinigten Staaten keine Wendung stattgefunden habe. Fast alle Zeitungen stimmten darin überein, daß Washington immer Gespräche führen würde und führen sollte, wenn die Russen den Wunsch zeigten, konkrete Fragen zu erörtern; sie warnten aber den Kreml, daß er sich täusche, wenn er annehme, diese Verhandlungsbereitschaft entspringe der Schwäche ¹¹.

Am 17. Mai griff *Stalin* persönlich ein mit einem Versuch, die Führer des Westens noch mehr in Verlegenheit zu bringen. An diesem Tage antwortete er auf einen offenen Brief, den *Henry A. Wallace*, ein politischer Rivale Präsident *Trumans* und ein scharfer Kritiker der Außenpolitik der Regierung, fünf Tage zuvor an ihn gerichtet hatte ¹². Ungeachtet der Tatsache, daß sich die sowjetische Politik in bedauernswerter Weise von dem Programm unterschied, das *Wallace* vertrat, begrüßte *Stalin* dieses als „eine gute und fruchtbare Diskussionsgrundlage“, die keine friedliebende Nation zurückweisen könne. Darüber hinaus benützte der sowjetische Ministerpräsident diese Gelegenheit, um gewisse allgemeine Vorschläge von sich aus vorzubringen und die Welt daran zu erinnern, daß er oft geäußert habe, das sowjetische und

das amerikanische System könnten in friedlicher Koexistenz nebeneinander bestehen ¹³.

Regierungsvertreter in Washington wiesen *Stalin* sofort darauf hin, daß seine Vorschläge nicht nur die Interessen vieler Länder berührten, sondern daß außerdem die meisten von ihnen gerade durch eine oder mehrere internationale Gremien behandelt würden. Sie ersuchten ihn, seine guten Absichten und seine Friedensliebe durch die Annahme einer entgegenkommenderen Haltung in diesen internationalen Gremien unter Beweis zu stellen ¹⁴.

Trotz dieser schwierigen Anfänge war ersichtlich, daß alle Parteien aus dem einen oder anderen Grunde bestrebt waren, die Gespräche in Fluß zu halten. Die sowjetische Presse beschimpfte Washington, weil es sich weigerte, in zweiseitige Verhandlungen einzutreten, während amerikanische Regierungsvertreter wiederholt erklärten, daß zu keiner Zeit auch nur der Gedanke hieran bestanden habe. Am 26. Mai analysierte *Charles Bohlen*, der Experte des State Department für Sowjetfragen, die Erklärung *Smiths* vom 4. Mai, um nachzuweisen, daß sie keinerlei Andeutung zweiseitiger Verhandlungen enthielt, und wies darauf hin, daß die sowjetische Veröffentlichung bewußt die Sätze ausgelassen habe, aus denen dies eindeutig hervorging ¹⁵. Zwei Tage später bekräftigte Außenminister *Marshall* in einer Rede in Portland im Staate Oregon *Bohlens* Vorwurf einer irreführenden Auslegung durch die Russen und beschuldigte Moskau, zu einer „zynischen Propagandakampagne“ Zuflucht genommen zu haben, um die Tatsache zu verschleiern, daß die Westmächte sich bemühten, eine Grundlage für aufrichtige Verhandlungen zu finden. Anfang Juni vollendete die Londoner Sechsmächte-Konferenz ihre Arbeiten und empfahl unter anderem, einen westdeutschen Staat zu errichten.

Die gegenseitigen Anschuldigungen hielten weiter an, und am 12. Juni 1948 beschuldigte Präsident *Truman* während einer größeren Rede in Kalifornien die Sowjetunion einer Untergrabung der westlichen Bemühungen, Friedensverträge für Deutschland und Oesterreich zu entwerfen. Er erklärte, die Vereinigten Staaten hätten während der Nachkriegsjahre ununterbrochen versucht, die Sowjetunion zur Annahme „einer vollen Partnerschaft in einer friedlichen Weltgemeinschaft“ zu bewegen, und der Friede könne immer noch gewonnen werden, falls Moskau seine Politik der Obstruktion und Aggression aufgäbe. Er fügte hinzu: „Was not tut, ist ein Wille zum Frieden. Was not tut, ist die Abkehr von der absurden Idee, daß die kapitalistischen Nationen zusammenbrechen werden und daß die Labilität der internationalen Lage ihren Zusammenbruch beschleunigen und die Welt dem Kommunismus überlassen würde.“ Obgleich der Präsident eine klare und feste Sprache führte, war er sorgsam bemüht, die Tür zu weiteren Verhandlungen offenzulassen.

Die Krise in Berlin

Inzwischen hatte sich die Lage in Berlin fortwährend in dem Maße verschlechtert, wie die sowjetischen Behörden dem Verkehr zwischen Berlin und den Westzonen neue Beschränkungen auferlegten. Am 16. Juni zog sich die sowjetische Delegation aus der *Kommandantura* zurück und weigerte sich, über weitere Zusammenkünfte zu reden. Nachdem die Westmächte viele Monate lang versucht hatten, eine neue Währung für alle vier Zonen zu erreichen, verkündeten sie am 18. Juni ein Währungsgesetz für die drei Westzonen. Das neue Gesetz setzte die alte Reichsmark, die schlimm entwertet war und in der Öffentlichkeit wenig Vertrauen genoß, außer Kurs und führte eine neue Mark, die Deutsche Mark, als grundlegende Währungseinheit ein. Am folgenden Tage erließ *Sokolowskij* einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem er die Währungsreform als einen Versuch seitens der westlichen Kapitalisten darstellte, Deutschland zu zerstückeln, seinen Wiederaufbau zu unterbinden und die völlige Herrschaft über seine Wirtschaft zu erlangen.

Diesem Aufruf ließ der Sowjetmarschall eine Serie schneller Schachzüge folgen. In gleichlautenden Briefen an die Generale *Clay*, *Koenig* und *Robertson* stellte er fest, daß die Sowjetunion alle Sektoren Berlins als wirtschaftlich zur Sowjetzone gehörig betrachte und daß eine neue Mark (die sogenannte Ostmark) sofort in der Sowjetzone und den vier Sektoren Berlins eingeführt werden würde¹⁶. Als die westlichen Militärgouverneure es auf eine Kraftprobe mit *Sokolowskij* ankommen ließen und bekanntgaben, daß die Deutsche Mark am 25. Juni 1948 in den Berliner Westsektoren gesetzliches Zahlungsmittel würde, verhängten die sowjetischen Behörden über den Verkehr zu Lande und zu Wasser von den Westzonen nach Berlin eine vollständige Blockade. Die Westmächte waren sich völlig darüber im klaren, was auf dem Spiele stand, und begannen, die „Luftbrücke“ zu organisieren,

Der Höhepunkt der Krise war damit erreicht. Diplomaten der Großen Vier entfalteten eine ebenso fieberhafte Tätigkeit wie die Militärgouverneure. Am 24. Juni gaben *Molotow* und die Außenminister der sowjetischen Satellitenstaaten Osteuropas im Anschluß an eine zweitägige Konferenz in Warschau ein längeres Kommuniqué heraus, in dem sie die westliche Politik in Deutschland verurteilten und die Errichtung eines „demokratischen, friedliebenden Deutschland auf der Grundlage echt demokratischer Parteien und Organisationen“ forderten. Inzwischen schenkten die Außenminister *Marshall* und *Bevin* der Lage in Berlin besondere Aufmerksamkeit und betonten, daß die Westmächte einen Rückzug nicht einmal in Erwägung zögen¹⁷. Im Verlauf einer Rede im Unterhaus sagte *Bevin*:

„Wir sind uns darüber im klaren, daß eine ernste Lage infolge dieser Entscheidungen entstehen könnte. Sollte sich eine solche Lage ergeben, so werden wir das Hohe Haus bitten müssen, ihr ins Auge zu sehen.“

Immer noch im unklaren darüber, was die Russen im Schilde führten, hielten die westlichen Militärgouverneure den Kontakt mit *Sokolowskij* aufrecht und drangen auf Angabe der Gründe für die Blockade. In dem Bestreben, den Westen so lange wie möglich im unklaren zu lassen, teilte der Sowjetmarschall dem General *Robertson* am 29. Juni mit, die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs sei die Folge „technischer Schwierigkeiten“ und vorübergehender Natur. Die westlichen Militärgouverneure waren entschlossen, zu ergründen, was die Russen vorhatten, und ersuchten um eine Konferenz mit *Sokolowskij*. Der sowjetische Militärgouverneur empfing sie am 3. Juli, aber sie kamen aus seinem Hauptquartier mit der Ueberzeugung zurück, daß die Blockade nicht durch technische Schwierigkeiten verursacht war und daß der nächste Schritt Sache der Diplomaten sei.

Die ersten Verhandlungen in Moskau

Am 6. Juli 1948 sandten London, Paris und Washington ähnlich lautende Noten an Moskau. In diesen Noten stellten die Westalliierten mit Nachdruck fest, daß ihr Recht, in Berlin zu sein, klar sei und außer Frage stehe und daß dieses Recht nicht nur in der Niederlage Deutschlands, sondern in Uebereinkommen zwischen den vier Mächten begründet liege, die durch drei Jahre unangefochtener Anwendung erhärtet seien. In den Noten wurde erneut betont, daß die Westmächte weder durch Drohungen noch durch Druck bewegt werden könnten, ihre Rechte und Verpflichtungen in Berlin aufzugeben, und die Hoffnung geäußert, daß die Sowjetregierung

in diesem Punkte keine Zweifel hege. Es wurde bekräftigt, daß die westlichen Nationen willens seien, eine Lösung durch direkte Verhandlungen zu suchen, falls die Blockade aufgehoben würde und sie somit nicht genötigt wären, unter Zwang zu verhandeln¹⁸.

In ihrer Antwort, die am 14. Juli erfolgte, weigerte sich die Sowjetregierung nicht nur, die Berliner Blockade aufzuheben, sondern sie brachte daneben ein neues Element in die Verhandlungen. Erstmals behauptete der Kreml, Groß-Berlin sei ein integraler Bestandteil der Sowjetzone und die Westmächte hätten durch die Untergrabung der Viermächte-Kontrolle Deutschlands ihre Rechte auf Beteiligung an der

Verwaltung Berlins verspielt. Die Note kam einem freimütigen Eingeständnis nahe, daß die Blockade eine Vergeltungsmaßnahme war, die den Zweck hatte, die Westmächte zu zwingen, erhebliche Zugeständnisse zu machen oder Berlin gänzlich aufzugeben. Der Kreml hatte jedoch nicht die Absicht, den Weg zu weiteren Verhandlungen zu verbauen, und erklärte, daß er bereit sei, in formelle Gespräche einzutreten, vorausgesetzt, daß diese Gespräche sich auf das gesamte Deutschland bezögen¹⁹.

Die Russen hofften, daß diese bestimmt gehaltene Note dazu beitragen würde, die Westmächte davon zu überzeugen, daß sie größere Zugeständnisse in der deutschen Frage nicht vermeiden könnten. Da jedoch die Luftbrücke an Wirksamkeit gewann und General *Clay* sich leicht optimistisch zeigte, beschlossen die Westmächte, ihre Stellung zu behaupten und in ihren Bemühungen um eine Lösung des Berliner Problems fortzufahren²⁰. Nach einer schnellen Ueberprüfung der Gesamtlage kamen sie überein, daß nun auf direkterem und informellerem Wege an Moskau herangetreten werden sollte.

Während der nächsten zwei Wochen wurde in den westlichen Hauptstädten eine rege Tätigkeit entfaltet. General *Clay* flog nach Washington, die Außenminister der Brüsseler Paktstaaten arrangierten eine Konferenz in Den Haag, und die britische, französische und amerikanische Botschaft in Moskau wurden ständig auf dem laufenden gehalten. Am 21. Juli teilte *Marshall* auf einer Pressekonferenz mit, daß sich die Vereinigten Staaten nicht zwingen oder einschüchtern ließen, jedoch „jede Möglichkeit der Verhandlung und des diplomatischen Verfahrens“ ausschöpfen würden, um einen Weg aus der Berliner Sackgasse zu finden. *Bevin* schloß sich den Worten *Marshall*s sofort an und teilte dem Unterhaus mit, die Regierung Seiner Majestät sei bereit, „die Berliner und andere Fragen zu erörtern“, wenn die Sowjetunion ihre Zwangsmaßnahmen aufgeben würde. Am 24. Juli flog General *Clay* in Begleitung von *Charles Bohlen* nach Berlin zurück, wo er mit *Walter Bedell Smith* und anderen amerikanischen Diplomaten zusammentraf. Nachdem sie mit *Clay* konferiert hatten und einen Eindruck von der Sachlage in Berlin aus erster Hand gewonnen hatten, flogen *Smith* und *Bohlen* nach London weiter, wo die Einzelheiten der alliierten Strategie ausgearbeitet wurden. Am 28. Juli berichtete die britische Regierung, daß die Westmächte

völlige Uebereinstimmung über die Antwort erzielt hätten, die auf die sowjetische Note erfolgen sollte. Zwei Tage später teilte *Bevin* dem Unterhaus mit, daß die Eröffnung von Besprechungen mit der Sowjetregierung unmittelbar bevorstehe und daß die Westmächte bereit seien, jeden Anlaß von Zwistigkeiten zu erörtern, falls die Russen davon Abstand nähmen, „Zwangsmethoden“ anzuwenden.

Es wurden nun direkte Verhandlungen in Moskau durch *Smith*, den Botschafter der Vereinigten Staaten, *Yves Chataigneau*, den französischen Botschafter, und *Frank Roberts*, den Privatsekretär Außenminister *Bevins*, eröffnet²¹. Am 30. Juli 1948 baten sie um eine Zusammenkunft mit Außenminister *Molotow*. Es wurde ihnen mitgeteilt, *Molotow* sei im Urlaub, sie könnten aber den stellvertretenden Außenminister *Sorin* aufsuchen. *Sorin* konferierte getrennt mit den drei westlichen Diplomaten und erhielt von jedem eine aide-mémoire. In diesen drei Dokumenten, die in ihrem Inhalt fast übereinstimmten, wurde festgestellt, daß die westlichen Regierungen den besten Weg zu einer Lösung der Berliner Krise in direkten Verhandlungen sähen, das Recht der Westmächte, in Berlin zu sein, wurde bekräftigt; es wurde die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, daß eine Einigung möglich sei, wenn die Sowjetunion sie wünsche, und um Unterredungen mit *Molotow* und *Stalin* nachgesucht²². *Sorin* bestand auf der Feststellung, seine Regierung habe ihren Standpunkt in ihrer Note von Mitte Juli eindeutig dargelegt, willigte jedoch ein, die Denkschriften *Molotow* bei dessen Rückkehr in die Hauptstadt vorzulegen.

Molotow kehrte sofort nach Moskau zurück und empfing die westlichen Diplomaten am folgenden Tage. Nachdem er den sowjetischen Standpunkt erneut dargelegt hatte, wonach die Berliner Krise nicht losgelöst von der gesamtdeutschen Frage erörtert werden könne, versuchte der sowjetische Außenminister zu ergründen, was die westlichen Regierungen im einzelnen vorhatten. Die westlichen Abgesandten verhielten sich jedoch zurückhaltend und machten klar, daß sie die Teilnahme *Stalins* an den Besprechungen schon bei deren Anfang wünschten. *Molotow* war entgegenkommend, und es wurde den westlichen Vertretern bald darauf mitgeteilt, daß *Stalin* am 2. August mit ihnen sprechen würde. *Stalins* Entscheidung, an den Gesprächen teilzunehmen, rief im Westen erheblichen Optimismus hervor²³.

Das erste Treffen mit Stalin und die Arbeitssitzungen mit Molotow

Smith, *Roberts* und *Chataigneau* berieten nun mit aller Vorsicht über eine Beurteilung der Lage und kamen überein, alle Instruktionen ihrer Regierungen und die Berichte, die sie ihnen zugehen lassen würden, zu koordinieren²⁴. Als die drei westlichen Diplomaten am 2. August mit *Stalin* zusammentrafen, war der sowjetische Ministerpräsident in guter Laune und

bat sie um Auskunft, was sie bewege. *Smith*, der für die drei westlichen Regierungen sprach, teilte *Stalin* mit, daß Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten die Berliner Krise mit Beunruhigung beurteilten und besorgt seien, zu erfahren, warum die Blockade verhängt worden sei. Er versicherte dem sowjetischen Führer, daß die Westmächte zu Ver-

handlungen über die gesamte deutsche Frage „in einer von Druck befreiten Atmosphäre“ bereit seien, unterstrich aber die Tatsache, daß die Nationen, in deren Namen er spreche, ihr Recht, in Berlin zu sein, als „außer Frage gestellt und absolut“ betrachteten.

Stalin antwortete bestimmt, aber nicht entmutigend. Er bestritt, daß seine Regierung versuche, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, machte jedoch klar, daß die westlichen Staaten in seinen Augen den rechtmäßigen Anspruch, dort zu sein, durch die Einführung der Deutschen Mark in ihren Sektoren Berlins und durch die Aufstellung von Plänen für einen westdeutschen Staat verloren hätten. Er ließ sich Zeit und tastete die westlichen Abgesandten mit technischen Fragen ab. Als er schließlich glaubte, alle Auskünfte, die er bekommen konnte, erhalten zu haben, sagte er, daß die Angelegenheit im Grundsätzlichen noch am selben Abend geregelt werden könne. Er erklärte darauf, daß die Sowjetunion alle Transportbeschränkungen aufheben würde, falls die Westmächte die Ostmark als gesetzliches Zahlungsmittel in den Westsektoren Berlins akzeptierten. Durch *Stalins* offenbaren Wunsch, die Berliner Krise zu überwinden und einer Viermächte-Konferenz über das gesamtdeutsche Problem näherzukommen, fühlten sich die westlichen Diplomaten ermutigt und erklärten sich bereit, den Vorschlag ihren Regierungen zur Stellungnahme zu übermitteln²⁵.

Wenngleich die westlichen Regierungen auf eine Regelung in Berlin hofften, erkannten sie doch sofort, daß *Stalins* Vorschlag völlig einseitig war und keinerlei Vorkehrungen für eine Viermächte-Kontrolle der Ostmark in den Berliner Westsektoren enthielt. Sie fürchteten, daß die Ostmark unter russischer Kontrolle ebenso gefährlich werden könnte wie die Blockade. Sie wiesen daher ihre Abgesandten in Moskau an, *Stalin* mitzuteilen, daß sie die Ostmark nur dann in Groß-Berlin als gesetzliches Zahlungsmittel anerkennen könnten, wenn sie einer Viermächte-Kontrolle unterstellt würde; es solle ihm jedoch versichert werden, daß sie nicht die Absicht hätten, in allernächster Zukunft Entscheidungen zu treffen, welche die Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung ausschließen würden²⁶.

Im Besitz dieser Instruktionen, baten die westlichen Abgesandten um eine neue Zusammenkunft zu dem Zweck, den Text eines Übereinkommens auf der Grundlage der Unterredung vom 2. August zu entwerfen. *Stalin* zog es vor, das Entwerfen des eigentlichen Übereinkommens *Molotow* zu überlassen, und der sowjetische Außenminister stimmte einer Zusammenkunft mit den westlichen Vertretern am 6. August zu. Auf dieser ersten Arbeitssitzung legten *Smith*, *Roberts* und *Chataigneau* voller Hoffnung einen Plan vor, der die Beseitigung aller Verkehrsbeschränkungen zwischen Berlin und Westdeutschland, die Einführung der Ostmark in allen Sektoren Berlins bei

gleichzeitiger wirksamer Viermächte-Überwachung und die Vorbereitung einer Konferenz zur Diskussion aller übrigen Berlin und Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen vorsah.

Molotow dämpfte jedoch sehr bald die Hoffnungen der westlichen Verhandlungspartner. Er verwarf nicht nur die Viermächte-Kontrolle der Ostmark in West-Berlin, sondern stellte daneben in aller Bestimmtheit fest, daß er nicht in die Aufhebung der vor dem 18. Juni eingeführten Verkehrsbeschränkungen einwilligen würde, und wandte sich nochmals gegen die Errichtung eines westdeutschen Staates. Da die vier Männer sich in allen Hauptpunkten vollkommen in der Sackgasse sahen, beschlossen sie, Rücksprache mit ihren Regierungen zu nehmen und am 9. August wieder zusammenzutreffen.

Auf der zweiten Arbeitssitzung am 9. August stellte *Molotow* dem westlichen Plan einen sowjetischen gegenüber. *Molotows* Plan sah vor: die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen, die „nach der Bekanntgabe der Währungsreform in den Westzonen“ verhängt wurden, die Aufrechterhaltung des zukünftigen Verkehrs „in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen“, die Einführung der Ostmark in allen Sektoren Berlins unter Kontrolle der deutschen Notenbank der sowjetischen Besatzungszone und weitere Zusammenkünfte zur Erörterung von Problemen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen. Der sowjetische Plan war für die Westmächte natürlich völlig unbefriedigend. Er versagte den Westmächten nicht nur jegliches Stimmrecht bei der Kontrolle der Ostmark, sondern sah darüber hinaus vor, daß das neue Übereinkommen an die Stelle aller vorherigen Viermächte-Vereinbarungen über Berlin treten sollte, was einen Versuch darstellte, die Rechtsgrundlage der alliierten Besetzung zu zerstören. Die Vertreter der Westmächte wiesen *Molotow* darauf hin, daß sein Plan völlig an den Grundsätzen vorbeiging, die *Stalin* am 2. August festgesetzt hatte. Der sowjetische Außenminister leugnete dies, und so endete die zweite Arbeitssitzung ebenso wie die erste in einer Sackgasse.

Da nunmehr Klarheit darüber bestand, daß der Kreml die Blockade nicht aufheben würde, ohne einen bedeutenden diplomatischen Sieg errungen zu haben, nahm der Optimismus, der in den Hauptstädten der westlichen Welt in den ersten Augusttagen geherrscht hatte, allmählich ab²⁷. Durch den wachsenden Erfolg der Luftbrücke ermutigt, wiesen die Regierungen der Westmächte ihre Vertreter jedoch an, ihren Standpunkt hinsichtlich einer wirksamen Viermächte-Kontrolle der Ostmark und einer Aufhebung aller Verkehrsbeschränkungen in Berlin zu behaupten.

Auf der dritten Arbeitssitzung am 12. August änderte *Molotow* seine Taktik. Er ließ das Recht der Westmächte, in Berlin zu sein, unangetastet und

sagte, daß alle noch unregelmäßigen Fragen technischer Natur seien und durch die vier Militärgouverneure einer Lösung zugeführt werden könnten. Da noch nichts festgelegt war, was einem Übereinkommen über die wesentlichsten Punkte auch nur annähernd glich, sahen sich die westlichen Diplomaten durch Molotows Haltung vor ein Rätsel gestellt. War er bereit, den sowjetischen Militärgouverneur Berlins anzuweisen, ihren Forderungen zu entsprechen? War er der Überzeugung, daß die Gespräche fehlschlagen würden und daß es klug wäre, den Militärgouverneuren den Fehlschlag in die Schuhe zu schieben? Glaubte er, daß bei den an Ort und Stelle tätigen Militärgouverneuren eher als bei den Diplomaten die Wahrscheinlichkeit bestehe, eine annehmbare Lösung zu finden? In der Überzeugung, daß die Militärgouverneure nichts ohne genaue Richtlinien tun konnten und daß Molotow sich nicht an Stalins Versprechen gehalten hatte, drangen die westlichen Abgesandten darauf, weitere Zusammenkünfte abzuhalten.

Am 17. August gingen *Smith*, *Roberts* und *Chataigneau* zum vierten Male innerhalb von zwölf Tagen in Molotows Dienststelle²⁸. Sie teilten dem Außen-

minister mit, daß sie bereit seien, den Militärgouverneuren Direktiven zu schicken, unter der Voraussetzung, daß völlige Einmütigkeit darüber bestehe, die Verkehrsbeschränkungen aufzuheben und die Ostmark einer Viermächte-Kontrolle zu unterstellen. Wie sie jedoch schon vermutet hatten, war Molotow nicht bereit, eine Direktive abzuschicken, die diese Bestimmungen enthielt. Wieder rangen die vier Männer um die Kernfragen. Molotow sagte schließlich, er habe eine einfache und kurze Formel erarbeitet, die den gegen seinen Entwurf vom 9. August erhobenen Einwänden Rechnung trage. Die neue Formel enthielt jedoch gegenüber dem ursprünglichen sowjetischen Plan keine grundlegenden Änderungen. Die Schlüsselsätze bestimmten, daß die Militärgouverneure sofort dazu übergehen sollten, die „in letzter Zeit von beiden Seiten verhängten Einschränkungen des Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen“ zu beseitigen und die Ostmark zur „alleinigen Währung“ in allen Berliner Sektoren zu erklären. Die westlichen Diplomaten waren zwar nicht sonderlich beeindruckt, willigten aber nach weiterer Diskussion ein, Molotows neue Formel ihren Regierungen zuzuleiten.

Die zweite Zusammenkunft mit Stalin und die Moskauer Direktive

Nach vier langen und fruchtlosen Sitzungen mit Molotow glaubten *Smith*, *Roberts* und *Chataigneau*, daß die einzige Aussicht auf Erfolg in einer nochmaligen Zusammenkunft mit Stalin lag. Sie gaben ihre Ansicht an ihre Regierungen weiter und erhielten Anweisung, auf diese hinzuwirken. Der sowjetische Ministerpräsident, der sich immer noch in der Hoffnung wiegte, den amerikanisch-britisch-französischen Plan eines westdeutschen Staates zu Fall bringen zu können, stimmte bereitwillig einer nochmaligen Konferenz mit den westlichen Vertretern zu.

Die zweite Zusammenkunft mit Stalin fand am 23. August statt. Beide Seiten legten revidierte Textentwürfe vor, die zu Beginn der Besprechungen Punkt für Punkt verglichen wurden. Obgleich die Differenzen in den Kernfragen immer noch deutlich hervorstachen, unterstrich Stalin die Tatsache, daß die beiden Entwürfe bereits in vieler Hinsicht völlige Übereinstimmung zeigten, und ließ durchblicken, daß er an die Möglichkeit glaube, sie in jeder Beziehung in Einklang zu bringen. Er fügte jedoch hinzu, daß es wünschenswert wäre und eine Erleichterung darstellen würde, wenn der Text eine Feststellung des Inhalts enthielte, daß die westlichen Regierungen bereit seien, ihren Plan für die Errichtung eines westdeutschen Staates zurückzustellen. Trotz der beiläufigen Art, in der dies vorgebracht wurde, beabsichtigte der sowjetische Ministerpräsident offensichtlich, mit einer solchen Feststellung zum Ausdruck zu bringen, daß er den westlichen Regierungen in der Berliner Frage entgegenkommen würde, falls sie sich

dazu bereit fänden, ihren Plan eines westdeutschen Staates aufzugeben²⁹. Die westlichen Regierungen waren jedoch nicht geneigt, diesen Plan aufzugeben, es sei denn, die Russen würden sich zu einer Änderung ihrer Politik in Deutschland und Mitteleuropa bereit erklären. *Smith*, *Roberts* und *Chataigneau* konnten Stalin daher nur versichern, daß nichts geschehen sei, was die Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung unmöglich mache, und ihn daran erinnern, daß eine Lösung der Berliner Krise den Weg zu Viermächte-Verhandlungen über Gesamtdeutschland frei machen würde.

Obgleich sich Stalin weiterhin bemühte, die westlichen Abgesandten dazu zu bewegen, zumindest die Tatsache zu erwähnen, daß Pläne für die Errichtung eines westdeutschen Staates erörtert worden seien, konzentrierte sich die Diskussion auf die Viermächte-Kontrolle der Ostmark in Berlin und auf die Beseitigung der Verkehrsbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen. Schließlich gab Stalin eine mündliche Erklärung zu diesen beiden Punkten des sowjetischen Entwurfes ab, welche die westlichen Abgesandten befriedigte. Nach Mitteilung des Botschafters *Smith* sagte Stalin, daß die vier Militärgouverneure und der in Aussicht genommene Viermächte-Finanzausschuß die oberste Kontrolle über die Ausgabe und den Umlauf der Währung in Groß-Berlin haben würden und daß alle Verkehrsbeschränkungen von Bedeutung aufgehoben würden³⁰.

Stalin zog sich sodann von der Konferenz zurück, und Molotow, *Smith*, *Roberts* und *Chataigneau*

arbeiteten einen Entwurf aus, der den vier Regierungen zur Erwägung unterbreitet wurde. Nachdem sie von ihren Regierungen neue Anweisungen erhalten hatten, trafen die westlichen Abgesandten am 27. August mit *Molotow* und *Wyschinskij* zusammen und arbeiteten den Wortlaut einer Direktive an die Militärgouverneure und ein gemeinsames Kommuniqué aus. Auf dieser letzten Arbeitssitzung war *Molotow*, der durch den hart zuschlagenden und

mit einer scharfen Zunge bewaffneten *Wyschinskij* sekundiert wurde, hartnäckig und kompromißlos. Nicht genug, daß er sich weigerte, die wichtigsten Teile der mündlichen Erklärung *Stalins* über die Währungskontrolle in Berlin in die Direktive aufzunehmen: er versuchte darüber hinaus, in das Kommuniqué eine Feststellung einzubauen, von der er hoffte, sie würde den amerikanisch-britisch-französischen Plan eines westdeutschen Staates aushöhlen³¹.

Die Besprechungen in Berlin und der Zusammenbruch der Verhandlungen

Die Moskauer Direktive hätte, obwohl sie weder klar noch vollständig war, die Berliner Krise beendet, wenn beide Seiten redliches Verhalten an den Tag gelegt hätten. Die Direktive sah als gleichzeitige Maßnahmen die Aufhebung von Verkehrsbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen, die „in letzter Zeit verhängt worden“ waren, und die Einführung der Ostmark als „einziges Zahlungsmittel“ in Berlin vor. Die deutsche Notenbank der Sowjetzone sollte den Notenumlauf regeln, und einer Viermächte-Finanzkommission fiel die Aufgabe zu, „die praktische Durchführung der finanziellen Abmachungen zu kontrollieren“, die durch die „Einführung und den ständigen Umlauf einer einzigen Währung in Berlin“ notwendig wurden. Gegenüber den Besitzern von Westmark-Beträgen sollte keine Diskriminierung stattfinden, und eine „befriedigende Grundlage für den Handel zwischen Berlin, dritten Ländern und den Westzonen“ sollte errichtet werden.

Am 30. August wurde diese Direktive den Militärgouverneuren in Berlin zugesandt. Diese sollten sie prüfen und versuchen, die technischen Abmachungen auszuarbeiten, die zu ihrer Inkraftsetzung zum 7. September nötig wären. Aber die Verhandlungen in Berlin verliefen von Anfang an ungünstig. Marschall *Sokolowskij* weigerte sich nicht nur, der Beseitigung aller bestehenden Verkehrsbeschränkungen zwischen den Westzonen und Berlin zuzustimmen, sondern er erklärte auch, der Alliierte Kontrollrat hätte 1945 beschlossen, den westlichen Luftverkehr nach Berlin auf die Bedürfnisse der Besatzungstruppen zu beschränken, und die Luftbrücke müsse mit dieser Entscheidung in Einklang gebracht werden³². Der sowjetische Militärgouverneur vertrat außerdem die Auffassung, daß die in Aussicht genommene Vermächte-Finanzkommission keinerlei Vollmachten hinsichtlich der Ausgabe von Ostmark haben sollte und daß Handelsabkommen zwischen Groß-Berlin und dritten Ländern ausschließlich durch die sowjetischen Behörden kontrolliert werden sollten. Die westlichen Militärgouverneure fanden, daß *Sokolowskij*s Standpunkt in bezug auf drei der Grundfragen mit dem Text der Direktive — ganz zu schweigen von der Auslegung, die *Stalin* am 23. August gegeben hatte — in keiner Weise übereinstimmte. Als der 7. September herankam, konnten die Militärgouver-

neure ihren Regierungen wenig berichten, außer daß sie eine Woche lang vergebliche und lähmende Verhandlungen geführt hatten.

Alle Hoffnung, die man sich gemacht hatte, die Berliner Krise beenden zu können, schwand nun dahin. London, Paris und Washington besprachen ihren nächsten Schritt. *Smith*, *Roberts* und *Chataigneau* überreichten *Molotow* am 14. September ein gemeinsames Memorandum. Darin gaben sie einen Überblick über die Berliner Diskussionen und zogen den Schluß, daß Marschall *Sokolowskij* sich auf einen Standpunkt gestellt habe, der von der Moskauer Direktive und den Erklärungen *Stalins* vom 23. August beträchtlich abweiche. Vier Tage später bat *Molotow* die drei westlichen Abgesandten in den Kreml und übergab ihnen seine Antwort. In der sowjetischen Denkschrift wurde behauptet, die westlichen Militärgouverneure hätten das Scheitern der Diskussionen in Berlin bewirkt, und die Auffassung vertreten, daß *Sokolowskij* sich nicht nur eng an die Moskauer Direktive gehalten habe, sondern auch mit seiner Behauptung „völlig recht habe“, daß die Luftbrücke illegal sei und daß der westliche Luftverkehr nach Berlin auf die Bedürfnisse der Besatzungstruppen beschränkt werden sollte. *Molotow* machte den westlichen Diplomaten jedoch ein wenig Mut, indem er zustimmte, daß die geplante Viermächte-Finanzkommission, unter strenger Beachtung der sowjetischen Lizenzierungsbefugnis, in den Handelsabmachungen zwischen Berlin und dritten Ländern mitreden dürfe³³.

Am 22. September beantworteten die drei westlichen Regierungen die erwähnte sowjetische Denkschrift in übereinstimmenden Noten. Sie erklärten, daß sie keinerlei Beschränkungen des Luftverkehrs zwischen Berlin und den Westzonen akzeptieren könnten, und stellten nochmals fest, daß die Ostmark nur dann in ihren Sektoren Berlins eingeführt werden könne, wenn dies unter wirksamer Viermächte-Kontrolle geschehe. Abschließend wiesen sie darauf hin, daß sich die Verhandlungen über Berlin in einem traurigen Stadium befänden, und fragten die Sowjetregierung nachdrücklich, ob sie bereit sei, die Blockade aufzuheben, damit die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen könnten.

Der Kreml antwortete ohne Verzug. Er beschuldigte die Westmächte des Versuches, die Wirtschaft der gesamten Sowjetzone aus den Angeln zu heben und „die UdSSR zu zwingen, sich aus ihr zurückzuziehen“; er drohte nochmals, Beschränkungen des Luftverkehrs zwischen Berlin und den Westzonen zu verhängen, und erklärte, daß eine Einigung über Berlin davon abhängen würde, ob die Westmächte „eine solche Einigung suchen“ oder nicht. Der Kreml bot jedoch seine Einwilligung in eine Viermächte-Kontrolle über die Ausgabe von Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen in Berlin an, falls in allen anderen Punkten eine Einigung erzielt werden sollte³⁴.

Da die sowjetischen Behörden nun dazu übergingen, auf die Stadtverwaltung Berlins erheblichen Druck auszuüben, schlossen die westlichen Regierungen, daß der Kreml kaum die Absicht habe, die Moskauer Direktive in die Tat umzusetzen, es sei denn gemäß seiner eigenen Auslegung. Sie stellten daher fest, daß weitere Gespräche nutzlos seien und daß die Angelegenheit an die Vereinten Nationen verwiesen werden sollte³⁵. Am 26. September 1948 ergingen aus London, Paris und Washington entsprechende Noten übereinstimmenden Wortlauts an Moskau. Nach einem kurzen Überblick über den Verlauf der Verhandlungen während des Sommers erklärten die drei Regierungen, sie seien zu dem Schluß gezwungen, daß es der Zweck der sowjetischen Politik in Berlin sei, durch „ungesetzliche Maßnahmen und Zwang . . . politische Ziele zu erreichen, auf die sie keinen Anspruch hat und zu denen sie auf friedlichem Wege nicht gelangen kann“. Sie schlossen mit der Feststellung, daß die Lage in Berlin eine Bedrohung des Weltfriedens und der Welt-sicherheit darstelle und daß sie die Angelegenheit daher an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen überweisen würden³⁶.

Der Entschluß, sich an den Sicherheitsrat um Hilfe zu wenden, wurde in den Vereinigten Staaten sehr günstig aufgenommen. Fast jedes Blatt begrüßte dies als einen klugen Schritt, einige beeilten sich jedoch, davor zu warnen, die Krise damit als überwunden zu betrachten. Die Reaktion der *New York Herald Tribune* war für die amerikanische Presse typisch. Diese Zeitung schrieb am 27. September: „Nach dem Versagen der Diplomatie kann, wenn man vom Gebrauch der Waffen absieht, nur bei den Vereinten Nationen Berufung eingelegt werden; und die drei westlichen Nationen haben, wie es sich gehört und ohne Zögern, bekanntgegeben, daß der Fall dem Sicherheitsrat vorgelegt werden wird“³⁷.

Die Gründe für den Fehlschlag der Verhandlungen im Sommer 1948 erscheinen ziemlich klar. Die wichtigsten Gründe waren, daß der Machtkampf vielfältig und intensiv war, daß weder die Luftbrücke noch die Blockade bisher voll erprobt waren und daß es in den Verhandlungen keinen gemeinsamen Nenner gab. Der Kreml hatte die Blockade in der Hoffnung verhängt, daß er die Westmächte dazu zwingen könnte, entweder ihren Plan zur Errichtung eines westdeutschen Staates aufzugeben oder sich aus Berlin zurückzuziehen. In klarer Erkenntnis dessen, was auf dem Spiele stand, hatten es die Westmächte unternommen, die Luftbrücke zu einer gewaltigen Blitzaktion zu machen, und hielten daran fest, daß sie im Schatten der Blockade über keine größeren Fragen verhandeln könnten. In der Hoffnung, daß die Luftbrücke bei Ausbruch des Winters zusammenbrechen würde, waren die Russen entschlossen, abzuwarten, ob die Blockade ihren Zweck erfüllt. Den Diplomaten blieb nichts anderes übrig, als das Ergebnis der Kraftprobe zwischen Luftbrücke und Blockade abzuwarten³⁸.

Üebersetzung des Manuskripts aus dem Englischen:
Friedrich K. Boettcher, Frankfurt a. M.

Anmerkungen

¹) „The Soviet Union and the Berlin Question (Documents)“, Ministry of Foreign Affairs of the USSR, Moscow 1948, S. 5—6; im folgenden zit. „The Soviet Union and the Berlin Question“.

²) Diese scharfe Verurteilung westlicher Politik erstreckte sich natürlich auch auf den Marshall-Plan und die Bemühungen um die Westunion. „The Soviet Union and the Berlin Question“, a. a. O., S. 7—17.

³) Eine fesselnde, aus unmittelbarer Erfahrung stammende Beschreibung dieses sowjetischen Manövers bei Lucius D. Clay: „Decision in Germany“, New York 1950, S. 354—357.

⁴) Zusammenfassende Aufzählung der Einschränkungs-Maßnahmen, die durch die Russen im April verhängt wurden, in: „The Berlin Crisis: A Report on the Moscow Discussions, 1948“, Department of State Publication 3298, Washington 1948, S. 1—6; im folgenden zit. „The Berlin Crisis“.

⁵) Im Verlauf dieser Wochen äußerten mehrere amerikanische Zeitungen die Ansicht, die Russen könnten und würden Berlin nehmen, falls sie finden sollten, daß der Preis hierfür nicht zu hoch sei. Die *New York Times* und der *Christian Science Monitor* waren für die amerikanische öffentliche Meinung im April einigermaßen repräsentativ. *Newsweek*, eine der verbreitetsten Wochenschriften, rief zu einer festen Haltung

auf und glaubte, in London viele Anzeichen von Nachgiebigkeit entdecken zu können. Siehe besonders die Ausgaben dieser Wochenschrift vom 5., 12., 19. und 26. April 1948.

⁶) Trotz seiner Befürchtungen nahm Clay eine feste Haltung ein und riet Washington, die Westmächte sollten in Berlin bleiben, solange sie nicht mit Gewalt vertrieben würden. Vgl. „Decision in Germany“, S. 361 ff.

⁷) Viele Regierungsbeamte in Washington fürchteten, daß die Russen von der Annahme ausgingen, die Westmächte seien uneins und würden sich angesichts einer Demonstration der Gewalt zurückziehen. Siehe z. B. den Leitartikel der *New York Times* vom 6. Mai 1948.

⁸) Erklärung des Botschafters Smith gegenüber Molotow, s. *Department of State Bulletin*, 23. Mai 1948, S. 679—680.

⁹) Smith's Bericht über seine Unterredung mit Molotow, s. *Department of State Bulletin*, 23. Mai 1948, S. 680—682.

¹⁰) Mehrere europäische Zeitungen, einschließlich der *Londoner Times*, glaubten einen Versuch Stalins zu sehen, die Welt in zwei Interessensphären zu teilen, und äußerten ihre Zweifel an der Klugheit dieser Verhandlungen.

¹¹) Einige amerikanische Zeitungen legten das sowjetische Manöver als ein Bekenntnis der Schwäche aus, die meisten be-

trachteten es jedoch als einen Propagandaschritt. Die *New York Times* sagte in einem Leitartikel am 12. Mai 1948, die Lage sei tatsächlich ernst, falls die russischen Führer wirklich glaubten, die Vereinigten Staaten hätten ein derart starkes Verlangen nach Frieden, daß sie „ihre Grundsätze aufgeben und ihre Nachbarn verraten würden“.

¹²⁾ *Wallaces* Brief wurde in der *New York Times* vom 8. Mai 1948 veröffentlicht. Wallace vertrat die Auffassung, der Zwist zwischen Ost und West könne am Konferenztisch beigelegt werden, und er legte ein Programm dar, das, wie er sagte, ein Jahrhundert des Friedens bringen würde. Die von Wallace vorgeschlagenen Maßnahmen enthielten eine radikale Rüstungsverminderung, ungehinderten Handel außer mit militärischen Gegenständen, den freien Austausch wissenschaftlicher Angaben, die Freizügigkeit von Journalisten und Studenten und ein wirtschaftlich geeintes und blühendes Europa.

¹³⁾ *Stalins* Antwort an *Wallace* wurde von vielen amerikanischen Zeitungen im vollen Wortlaut veröffentlicht und von zahlreichen Regierungsbeamten kritisch beleuchtet.

¹⁴⁾ Ueber die Reaktion der Regierung der Vereinigten Staaten vgl. *Department of State Bulletin*, 30. Mai 1948, S. 105 ff. Wenige Leute, in London und Paris ebenso wie in Washington, konnten umhin, den sowjetischen Ministerpräsidenten daran zu erinnern, daß die Sowjetunion am gleichen Tage, an dem er *Wallace* antwortete, zum sechszwanzigsten Male im Sicherheitsrat von ihrem Vetorecht Gebrauch machte, um einen Bericht der Atomenergie-Kommission zu blockieren.

¹⁵⁾ *Bohlens* Erklärung in *The New York Times*, 27. Mai 1948.

¹⁶⁾ *Marschall Sokolowskij*s Briefe an die westlichen Militärgouverneure sind in „*The Soviet Union and the Berlin Question*“, a. a. O., S. 25–29, abgedruckt.

¹⁷⁾ Obgleich fast alle Zeitungen im Westen der Auffassung waren, daß die Westmächte jederzeit zu Verhandlungen bereit sein sollten, forderten sie trotzdem eine feste und konsequente Politik in Berlin. Siehe z. B. die *Londoner Times* vom 24. Juni 1948; die *New York Times* vom 24., 25., und 26. Juni 1948; *The Economist* vom 26. Juni 1948 und *Le Monde* vom 26. Juni 1948.

¹⁸⁾ Note der Vereinigten Staaten vgl. „*The Berlin Crisis*“, a. a. O., S. 7–10. Am gleichen Tage wiesen London und Washington den polnischen Protest gegen die Empfehlungen der Londoner Sechsmächte-Konferenz zurück und machten Warschau darauf aufmerksam, daß die Sowjetunion nicht nur für die Teilung Deutschlands, sondern auch für die Teilung Europas verantwortlich sei.

¹⁹⁾ „*The Soviet Union and the Berlin Question*“, a. a. O., S. 42–46.

²⁰⁾ General *Clay* teilte Washington zu dieser Zeit mit, die Luftbrücke könne schnell erweitert und so lange aufrechterhalten werden, als sie die Unterstützung der Berliner Bevölkerung finde. Die amerikanische Presse glaubte um diese Zeit fast einstimmig, daß Moskau sich sperrte und keine ernsthaften Verhandlungen aufnehmen würde, ehe die Blockade genügend Zeit gehabt hätte, ihren Zweck zu erfüllen.

²¹⁾ Sir *Maurice Peterson*, der britische Botschafter in Moskau, war krank, als *Roberts*, der gut russisch sprach, zum Sonderbotschafter ernannt wurde.

²²⁾ *Smith's* aide-mémoire ist abgedruckt in „*The Berlin Crisis*“, a. a. O., S. 15 f.

²³⁾ Es sollte nicht vergessen werden, daß die Konferenz zur Ausarbeitung eines neuen Abkommens für die Donauschiffahrt gerade in Belgrad ihre Arbeit aufnahm und daß *Andrej Wyschinskij*, der sowjetische Delegierte, bereit war, die Westmächte mit geharnischter Faust aus dem Donau-Regime auszuschließen. Es ist gut möglich, daß *Stalins* Zugänglichkeit und gute Laune zu dieser Zeit dazu bestimmt waren, die Schläge,

die *Wyschinskij* bald verteilen sollte, ein wenig in ihrer Härte zu mindern. Am 2. August sagte die *New York Times* in einem Leitartikel, daß Rußlands arrogante Haltung in Belgrad berücksichtigt werden müsse, wenn man eine sachgerechte Beurteilung der Lage in Moskau abgeben wolle.

²⁴⁾ Siehe *Smith* „*My Three Years in Moscow*“, S. 241–242.

²⁵⁾ *Smith's* Reaktion auf diese Begegnung mit *Stalin* siehe „*My Three Years in Moscow*“, a. a. O., S. 242–246. Die amerikanische Presse faßte erheblichen Mut, und viele Zeitungen sagten voraus, daß die Viermächte-Konferenz über Deutschland bald stattfinden würde. Siehe z. B. *The New York Times*, 3. August 1948.

²⁶⁾ „*The Berlin Crisis*“, a. a. O., S. 21–22. *Smith* sagt in „*My Three Years in Moscow*“, S. 245–246, daß zu dieser Zeit eine „*Atmosphäre des Optimismus*“ herrschte. Der Optimismus fand auch in der amerikanischen Presse am 3. u. 4. August seinen Niederschlag.

²⁷⁾ Der Ton der amerikanischen Presse wandelte sich nach dem Fehlschlag der zweiten Arbeits-Sitzung wesentlich. In ihren Ausgaben vom 11. und 12. August zitierte die *New York Times* französische und britische Quellen, denen zufolge ein Fortschritt in Moskau unwahrscheinlich war. Einige Journalisten bemerkten, daß *Wyschinskij* auf der Donaukonferenz die Lage gut meisteerte, und deuteten an, daß hierin eine Erklärung für die Unbeugsamkeit *Molotows* liegen könnte.

²⁸⁾ Ein amtlicher Bericht über diese Zusammenkunft in „*The Berlin Crisis*“, a. a. O., S. 32–35.

²⁹⁾ Wenige Monate später schrieb *Smith* im Rückblick auf diese Konferenz: „Vom sowjetischen Standpunkt aus konnte nur ein Uebereinkommen irgendwelchen Gewinn bringen, das die Einberufung einer deutschen verfassungsgebenden Versammlung verzögern würde. Ich fühlte mit Sicherheit, daß wir jederzeit innerhalb einer Viertelstunde ein Uebereinkommen erzielt hätten, falls wir eingewilligt hätten, die Londoner Beschlüsse aufzugeben“. „*My Three Years in Moscow*“, a. a. O., S. 253.

³⁰⁾ Vgl. „*The Berlin Crisis*“, a. a. O., S. 36–39; und *Smith*, „*My Three Years in Moscow*“, a. a. O., S. 248–250.

³¹⁾ Der Wortlaut der Direktive an die Militärgouverneure und das gemeinsame Kommuniqué sind in „*The Berlin Crisis*“, a. a. O., S. 39–41, wiedergegeben.

³²⁾ Im Sommer 1945, als die Luftkorridore nach Berlin debattiert wurden, hatte *Marschall Shukow* im Kontrollrat einen Vorschlag gemacht, der hierauf hinauslief; er wurde jedoch von westlicher Seite abgelehnt.

³³⁾ Der Wortlaut dieser Denkschriften über die Berliner Verhandlungen ist abgedruckt in „*The Berlin Crisis*“, a. a. O., S. 44–50.

³⁴⁾ Diese Note ist abgedruckt in „*The Soviet Union and The Berlin Question*“, a. a. O., S. 54–57.

³⁵⁾ Die Außenminister *Bevin* und *Marshall* waren zu dieser Zeit in Paris, und sie kamen mit Außenminister *Schuman* im Quai d'Orsay zusammen und entwarfen ein Kommuniqué, in dem sie den Beschluß ihrer Regierungen bekanntgaben, die Vereinten Nationen mit der Berliner Krise zu befassen.

³⁶⁾ Am 29. September 1948 wurde die Berliner Frage formell an den Sicherheitsrat verwiesen, der monatelang mit ihr rang, jedoch zu keiner Lösung kam.

³⁷⁾ *The Courant* (Hartford, Connecticut) sprach mit mehr Temperament: „Der Höhepunkt des Kalten Krieges ist da. Wenn er nicht in einem heißen, blutigen, verzehrenden Krieg endet, so deshalb, weil Rußland nicht bereit ist, seinen Worten die entsprechenden Taten folgen zu lassen.“

³⁸⁾ Vgl. die Dokumentation über die Aufhebung der Blockade in Europa-Archiv 10/1949, S. 2144–2146.

Stellungnahmen der Westmächte und der Sowjetunion zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit*

Note der Vereinigten Staaten an die Bundesrepublik Deutschland vom 10. Oktober 1956

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika versichert der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre Hochachtung und hat die Ehre zu bestätigen, daß sie die Note der Bundesregierung vom 2. September 1956 empfangen hat, zusammen mit der Abschrift eines an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gerichteten Memorandums über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Regierung der Vereinigten Staaten teilt voll und ganz die Ansicht der Bundesregierung, daß es den Vier Mächten obliegt, die Aufgabe auszuführen, die sie in der Direktive der Regierungschefs in Genf im Juli 1955 auf sich genommen haben, nämlich die Aufgabe, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen in Uebereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit herbeizuführen. Das ist eine Aufgabe, der, wie die Note der Bundesregierung betont, nicht damit Genüge getan ist, „daß man dem Grundsatz der Wiedervereinigung zustimmt, ohne jedoch praktische Wege zur Herbeiführung der Wiedervereinigung zu vereinbaren“.

Die Herbeiführung der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit ist ein wesentliches Ziel der Politik der Vereinigten Staaten. Zusammen mit den Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreiches hat die Regierung der Vereinigten Staaten auf der Genfer Außenministerkonferenz im Jahre 1955 Vorschläge unterbreitet für die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen und für einen Sicherheitsvertrag, welcher der Sowjetunion weitgehende Sicherheitsgarantien nach der deut-

schen Wiedervereinigung geben würde. Bis jetzt hat sich jedoch die Sowjetunion geweigert, diese Vorschläge zu diskutieren. Die Regierung der Vereinigten Staaten hofft dennoch auch weiterhin, daß die Sowjetunion ihre Verpflichtung erfüllen wird in Uebereinstimmung mit der Vereinbarung der Regierungschefs. Die Regierung der Vereinigten Staaten ihrerseits wird nicht nachlassen bei ihren Bemühungen, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen, denn die fortgesetzte Spaltung Deutschlands bedeutet ein schweres Unrecht gegenüber dem deutschen Volk und macht es unmöglich, die Grundlagen für dauernden Frieden und Sicherheit in Europa zu schaffen.

Deshalb begrüßt die Regierung der Vereinigten Staaten die Initiative der Bundesregierung und teilt den Wunsch, der in dem Memorandum der Bundesregierung zum Ausdruck kam, daß diese Initiative zu einem Gedankenaustausch führen möge, der eine Einigung der Vier Mächte über die Wiedervereinigung und ein festes europäisches Sicherheitssystem fördern könnte. Ein solches Sicherheitssystem kann nur erzielt werden, wenn Deutschland wieder vereinigt ist.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird der Sowjetregierung eine Abschrift ihrer Antwort auf die Note der Bundesregierung übermitteln und dabei die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß die Sowjetregierung auf die Initiative der Bundesregierung so reagieren wird, daß die Vier Mächte in der Lage sein werden, die Genfer Vereinbarung über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zu verwirklichen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 193 vom 12. Oktober 1956.

Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 10. Oktober 1956

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika versichert der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre Hochachtung und hat die Ehre, sich auf das Memorandum zu beziehen, welches die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 2. September an die Sowjetregierung gerichtet hat und von dem eine Abschrift der Regierung der Vereinigten Staaten übermittelt wurde. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Ehre, der Sowjetregierung eine Abschrift ihrer Antwort an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu übermitteln.

*) Die Noten an die Bundesrepublik stellen die Antwort der vier Mächte auf die Noten der Bundesregierung vom 2. September dar (vgl. EA 19/1956, S. 9217 ff.). Die Noten Großbritanniens und Frankreichs weichen nur in der Formulierung, nicht aber in den darin geäußerten Gedanken und Auffassungen von der Note der Vereinigten Staaten ab. Die Noten der drei Westmächte an die Sowjetunion sind gleichlautend, ebenso die Noten der Sowjetunion an die drei Westmächte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten mißt der Wiedervereinigung Deutschlands, die ein wesentliches Ziel ihrer Politik darstellt, große Bedeutung zu. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß die immer noch bestehende Spaltung Deutschlands beendet werden muß, nicht nur im Interesse der Deutschen selbst, sondern auch im Interesse aller Nationen, die bestrebt sind, den Frieden Europas zu wahren. Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten haben bei verschiedenen Anlässen ihre Verantwortung anerkannt, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen, und vereinbarten in der Direktive der Regierungschefs der Vier Mächte an ihre Außenminister im Juli 1955, diese Verpflichtung zu erfüllen. Seitdem wurde kein Fortschritt erzielt. Die ins einzelne gehenden Vorschläge, die von den Westmächten bei der darauf folgenden Außenministerkonferenz unterbreitet wurden und die sowohl

die Beendigung der Spaltung Deutschlands als auch die Errichtung eines festen europäischen Sicherheitssystems bezweckten, haben keine positive Beantwortung seitens der Sowjetunion gefunden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hofft indessen, daß die Sowjetregierung dem deutschen Memorandum sorgfältige Beachtung schenken wird und daß sie, als Ant-

wort auf die Initiative der Bundesregierung, ihre Ansichten bekanntgeben wird zu der Frage, wie die Vereinbarung der vier Regierungschefs in Genf, die deutsche Einheit durch freie Wahlen wiederherzustellen, verwirklicht werden kann.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 193 vom 12. Oktober 1956.

Note der Sowjetunion an die Bundesrepublik Deutschland vom 22. Oktober 1956

Die sowjetische Regierung hat die am 7. September d. J. erhaltene Note und das Memorandum der Regierung der Bundesrepublik Deutschland geprüft.

Wie aus dem Inhalt der erwähnten Dokumente ersichtlich ist, hat es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland für notwendig erachtet, der Regierung der UdSSR ihre Ansicht bezüglich der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und der Gewährleistung der Sicherheit in Europa zur Kenntnis zu bringen. Die sowjetische Regierung hat über diese Probleme wiederholt einen fruchtbaren Meinungsaustausch mit der Regierung der DDR gehabt. In Beantwortung der Note und des Memorandums der Regierung der BRD ist sie bereit, ihre Meinung zu den die Regierung der Bundesrepublik interessierenden Fragen ebenfalls darzulegen.

1. Die Regierung der BRD versucht, in ihrem Memorandum in jeder Weise die Tatsache zu vertuschen, daß der Abschluß der Pariser Verträge und der Eintritt Westdeutschlands in den Nordatlantikkblock sowie in die Westeuropäische Union der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands einen ernsten Schlag versetzt habe.

Wie aus ihrer Note und ihrem Memorandum ersichtlich, ist die Regierung der BRD der Ansicht, daß die volle Verantwortlichkeit für die Wiedervereinigung Deutschlands die vier Mächte tragen, die während des Zweiten Weltkrieges die Koalition gegen Hitler bildeten, also die UdSSR, die Vereinigten Staaten, England und Frankreich. Welchen reellen Sinn kann jedoch eine solche Stellung der Frage heute haben, wenn man berücksichtigt, daß die wichtigsten Vereinbarungen der vier Mächte hinsichtlich der Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staates in den Nachkriegsjahren durch einseitige Handlungen der Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs, die die Spaltung Deutschlands zur Folge hatten, verletzt wurden. Bekanntlich haben diese Handlungen zur Errichtung eines abgesonderten Staates in Westdeutschland geführt und fanden ihre Krönung in der Aufnahme des remilitarisierten Westdeutschland in den gegen die Sowjetunion und andere friedliebende Staaten gerichteten Militärblock der Westmächte. Die Regierung der UdSSR hat seinerzeit die Warnung ausgesprochen, daß der Abschluß der Pariser Verträge den Interessen der Wiedervereinigung Deutschlands als einem friedliebenden und demokratischen Staat zuwiderläuft. Indem sie sich den Pariser Verträgen anschloß und den Weg der Aufrüstung des Landes einschlug, hat die Regierung der BRD die nationalen Interessen des deutschen Volkes der Verwirklichung der Kriegspläne des Nordatlantikkblocks geopfert.

Die Bundesregierung versucht, diese ihre Politik dadurch zu rechtfertigen, daß sie erklärt, die Aufrüstung Westdeutschlands und ihre Teilnahme an der NATO

diene den Zielen einer „individuellen und kollektiven Verteidigung“.

Die Sowjetunion hat immer die Ansicht vertreten und vertritt sie auch heute noch, daß die bestehenden deutschen Staaten wie das einheitliche Deutschland nach der Lösung der Frage der nationalen Wiedervereinigung ihre eigenen, für die Verwirklichung des jedem souveränen Staat zustehenden Rechtes auf Selbstverteidigung erforderlichen Streitkräfte haben müssen. Die DDR baut ihre nationalen Streitkräfte auf. Auf Beschluß der Regierung der DDR wird die Stärke dieser Armee auf 90 000 Mann beschränkt bleiben, und die Regierung der DDR hat auf die Einführung der Wehrpflicht verzichtet. Die geringe Stärke der Streitkräfte der DDR, die Art ihrer Aufstellung sowie die Bereitschaft der Regierung der DDR, über eine zahlenmäßige Begrenzung der Streitkräfte der DDR und der BRD eine Uebereinkunft zu erzielen, lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die nationalen Streitkräfte der DDR zum Zwecke der Selbstverteidigung errichtet werden. Dasselbe läßt sich von der zur Zeit im Aufbau befindlichen westdeutschen Bundeswehr nicht sagen.

Bekanntlich wurden die Streitkräfte der BRD von vornherein als Bestandteil der Streitkräfte des gegen die UdSSR und die mit ihr befreundeten, friedliebenden Staaten gerichteten, geschlossenen Militärblocks der Westmächte errichtet. Der Charakter, das Tempo und der Umfang der Aufrüstung der BRD richten sich zur Zeit nach den Forderungen dieses Blocks, dessen Zielen das heutige wirtschaftliche Potential und die Menschenreserven Westdeutschlands zur Verfügung gestellt werden.

Zu einer Zeit, da die Mächte einen Weg zur Erreichung eines Abkommens über die allgemeine Verminderung der Aufrüstung suchen und zahlreiche Staaten die Verminderung ihrer Streitkräfte und ihrer Aufrüstung bereits in die Tat umsetzen, hat die Regierung der BRD ein Programm zur Aufstellung einer Armee in Stärke von 0,5 Millionen Mann verkündet und weigert sich, die Vorschläge über jedwede Beschränkung der Streitkräfte der beiden deutschen Staaten zu diskutieren.

Gegen den Widerstand breiter Kreise der westdeutschen Öffentlichkeit wurde auf Drängen der Regierung die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, die die Voraussetzungen für die Aufstellung einer Millionen starken Armee schafft. Die höchsten Persönlichkeiten der BRD versuchen, in ihren Reden feindselige Gefühle gegen die Sowjetunion, die DDR, Polen, die Tschechoslowakei und einige andere demokratische Staaten zu entfachen. In Westdeutschland existieren einflußreiche Kreise, die den Gedanken an eine Eroberung anderer europäischer Staaten nicht aufgegeben haben.

Die Hinweise der Regierung der BRD auf einige Bestimmungen der Pariser Verträge, die die westdeutschen Streitkräfte angeblich einer Kontrolle unterstellen,

können keinen praktischen Wert haben, insoweit, als diese Bestimmungen rein deklaratorischen Charakter haben und darüber hinaus von Verbündeten der BRD in der militärischen Koalition aufgestellt wurden, die sie jederzeit nach eigenem Gutdünken abändern können.

Auch die Erklärungen der Regierung der BRD über einen Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen und von einigen anderen Arten von Waffen können keine Bedeutung haben, wenn man berücksichtigt, daß die amtlichen Kreise der BRD bereits erklärt haben, daß die Streitkräfte Westdeutschlands über Atomwaffen verfügen werden und die Durchführung entsprechender praktischer Maßnahmen eingeleitet haben. Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß zwischen der UdSSR und der BRD keine Unklarheiten in der Frage der Aufrüstung Westdeutschlands bestehen dürfen. Im letzten, von Hitler entfachten Weltkrieg hat die Sowjetunion bei der Abwehr des Vorstoßes der Eroberer Millionen von Menschen verloren. Zehntausende von sowjetischen Städten und Dörfern wurden in Trümmer verwandelt. Das Land erlitt einen ungeheuren materiellen Schaden. Dies alles kann nicht vergessen werden. Gerade darum wird die Sowjetunion wegen der Vergangenheit in der Gegenwart und auch in Zukunft unabänderlich gegen jedes Wiederaufleben des Militarismus in Westdeutschland auftreten, in welcher Form er auch verwirklicht werden möge.

Von der Politik der Aufrüstung Westdeutschlands lassen sich auch die letzten Maßnahmen der Regierung der BRD in bezug auf die Kräfte nicht trennen, die gegen den Kurs der jetzigen Entwicklung Westdeutschlands auftreten. Dabei hält die Regierung der BRD nicht einmal vor der Verletzung der elementaren demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung Westdeutschlands zurück, die dem deutschen Volk durch das Potsdamer Abkommen garantiert wurden.

Es ergibt sich aus dem vorher Gesagten, daß die im Memorandum der Regierung der BRD unternommenen Versuche, die Sache so darzustellen, als ob die Verzögerung der Lösung der deutschen Frage durch irgendwelche Aenderung der Haltung der UdSSR in dieser Frage zu erklären wäre, völlig gegenstandslos sind. Die Regierung der BRD erntet nur die Früchte ihrer eigenen Politik.

Die Sowjetunion war und bleibt ein konsequenter Anhänger der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat. Bei der Beurteilung der Möglichkeiten zur Erreichung dieses Zieles kann die Regierung der UdSSR nicht die Lage übersehen, die zum jetzigen Zeitpunkt in Deutschland de facto entstanden ist, wo es bereits seit mehreren Jahren zwei selbständige Staaten gibt, die sich in verschiedenen Richtungen entwickeln, wobei in jedem dieser Staaten eine besondere und von der des anderen Staates verschiedene öffentliche Ordnung sich entwickelt hat. Pläne, die darauf basieren, der DDR eine fremde Ordnung aufzuzwingen, sind selbstverständlich utopische Pläne. Die Regierung der UdSSR hat mehrfach erklärt, daß es eine Wiedervereinigung auf Kosten der Interessen der DDR, die den Weg des sozialistischen Aufbaues eingeschlagen hat, nicht geben kann. Es ist ganz offensichtlich, daß es unter diesen Umständen nur einen sachlichen Weg geben kann, an die Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands heran-

zutreten: Beide deutsche Staaten müssen sich untereinander einigen.

Vorschläge in dieser Richtung, die von der DDR gemacht wurden, liegen bekanntlich bereits vor. So z. B. die Vorschläge auf Verzicht der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in beiden Teilen Deutschlands, auf Begrenzung der Streitkräfte der beiden Staaten und auf Verbot der Aufstellung von Atomwaffen auf deutschem Gebiet.

Die Sowjetunion, die mit beiden deutschen Staaten diplomatische Beziehungen unterhält, ist bereit, bei der Erreichung der zwischen diesen notwendigen Einigung zu helfen. Die sowjetische Regierung ist überzeugt, daß, wenn die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs ihrerseits bei der Verwirklichung einer Annäherung zwischen der BRD und der DDR mitwirkten, die Aussichten auf eine Lösung der deutschen Frage erheblich besser würden.

Aus den dargelegten Tatsachen ergibt sich, daß unter den heutigen Bedingungen an die Frage nach dem Wege zu einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht mit denselben Maßstäben herangegangen werden kann wie vor der Errichtung zweier verschiedener Staaten auf seinem Gebiet, wie vor der Zeit, als einer dieser Staaten, nämlich die BRD, sich durch die Mitwirkung in der NATO gebunden hat und angefangen hat, eine Politik der Aufrüstung und der Unterdrückung der demokratischen Rechte der westdeutschen Bevölkerung zu verwirklichen. Die Lage in Europa und in Deutschland selbst hat sich von Grund auf geändert. Aus diesem Grunde haben die Diskussionen über eine Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege über gesamtdeutsche Wahlen keine sachliche Grundlage mehr. Im augenblicklichen Zeitpunkt sind die Bedingungen für die Durchführung solcher Wahlen in Deutschland nicht vorhanden. Heute ist die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in erster Linie eine Frage der Aenderung des augenblicklichen politischen Kurses der Regierung der BRD, der zur Verwandlung Westdeutschlands in den Herd eines neuen Krieges und der Reaktion in Europa führt, eine Frage der Annäherung beider Staaten und der Erreichung einer Einigung zwischen der DDR und der BRD.

In der heutigen Zeit, da das Mittel der Zusammenarbeit und der Verhandlungen zwischen den verschiedensten Ländern allgemein Anerkennung findet, kann um so weniger ein Zustand als normal angesehen werden, bei dem ein Staat, der einen Teil einer Nation vertritt, der Zusammenarbeit und Verhandlungen mit dem Staat ausweicht, der den anderen Teil der Nation vertritt. In diesem Zusammenhang kann unmöglich übersehen werden, daß die von der jetzigen Regierung der BRD verwirklichte Politik der Verweigerung einer Annäherung und einer Zusammenarbeit mit der DDR mit den vaterländischen Traditionen des deutschen Volkes und mit seinem brennenden Drang nach Vereinigung seiner Heimat im Widerspruch stehen.

2. Die Note der Regierung der BRD ist von einem Geist der Feindseligkeit und sogar der Feindschaft gegenüber der DDR durchdrungen. Die Regierung der BRD weiß selbstverständlich, daß die Sowjetunion und die DDR durch feste freundschaftliche Beziehungen verbunden sind. Die zahlreichen im Memorandum der Regierung der BRD enthaltenen Ausfälle gegen die DDR, die nur als Verleumdungen gewertet werden können, er-

scheinen daher zum mindesten fehl am Platze und können einer Prüfung der Fragen, die die Regierung der BRD geklärt haben möchte, nur hinderlich sein.

Die Regierung der BRD versucht beinahe, in ihrer Note zu beweisen, daß die DDR überhaupt nicht existiere. Die sowjetische Regierung hält es nicht für möglich, über einen solchen absurden Standpunkt zu polemisieren. Gleichzeitig hält sie für unerläßlich, zu unterstreichen, daß der unsachliche Standpunkt der Regierung der BRD in bezug auf die DDR ihre Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands zunichte macht. Die Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten nicht in Rechnung zu stellen, heißt den Kern des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu sehen oder nicht sehen zu wollen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß der jetzige Standpunkt der Regierung der BRD in bezug auf die DDR der Prüfung der Zeit nicht standhalten wird und daß das Leben selbst diejenigen, die für die Politik der Bundesregierung verantwortlich sind, zwingen wird, sich von der Feindschaft gegenüber der DDR abzuwenden und im Interesse der Wiederherstellung der Einheit des Landes an die Lösung dieser gesamtationalen Aufgabe des deutschen Volkes mit nüchternen Gedanken heranzugehen.

Der Versuch, die Tatsache der Existenz der DDR zu ignorieren, kann entweder bedeuten, daß die diesen Standpunkt einnehmenden Kreise überhaupt nicht an der Wiedervereinigung Deutschlands interessiert sind oder daß sie die Absicht haben, diese Wiedervereinigung mit gewaltsamen Mitteln zu verwirklichen, d. h. durch eine Aggression, deren gefährliche Folgen für den Frieden in Europa und in erster Linie für das deutsche Volk offensichtlich sind.

3. Im Zusammenhang mit dem Hinweis der Regierung der BRD auf die Anwendung des Grundsatzes des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung auf das deutsche Volk hält es die sowjetische Regierung für erforderlich, die Regierung der BRD auf die Unvereinbarkeit hinzuweisen, die zwischen diesem Grundsatz und der Behauptung besteht, daß die Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands die Regierungen der vier Mächte — UdSSR, USA, England und Frankreich — und nicht in erster Linie die Deutschen selbst tragen müßten. Mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung des deutschen Volkes läßt sich auch die Teilnahme Westdeutschlands an den Pariser Verträgen, die ihre Selbständigkeit in grundlegenden Fragen der Innen- und Außenpolitik und darunter auch in Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands wesentlich einschränken, kaum vereinbaren. Wenn man konsequent ist und für die Anwendung des Grundsatzes des Rechtes auf Selbstbestimmung auf das deutsche Volk eintritt, so kann man nicht gleichzeitig auch gegen den Abzug ausländischer Truppen aus dem deutschen Gebiet sprechen, wie es die Regierung der BRD tut.

4. Die Note und das Memorandum der Regierung der BRD enthalten keinerlei konstruktive und die jetzige Lage in Europa berücksichtigende Vorschläge zu den Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Gewährleistung der europäischen Sicherheit. Im Grunde genommen werden in diesen Dokumenten die früheren Vorschläge der Westmächte wiederholt, die sich als Grundlage für eine Verständigung bereits als ungeeignet

erwiesen haben und die mit der Lösung der Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat sowie mit der Lösung der Aufgabe der Schaffung einer echten Sicherheit in Europa nichts Gemeinsames hatten.

Die Regierung der BRD erklärt in ihrem Memorandum, daß sie angeblich die Vorschläge zur Schaffung eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit unterstütze, macht jedoch die Schaffung eines solchen Systems von der vorherigen Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands abhängig. Die sowjetische Regierung ist ihrerseits davon überzeugt, daß der mangelnde Wille, bereits jetzt Maßnahmen zur Stützung der Sicherheit in Europa zu treffen, den Interessen der Wiedervereinigung Deutschlands einen ungeheuren Schaden zufügt. Nach Meinung der sowjetischen Regierung würde die Beteiligung der beiden heute existierenden deutschen Staaten an kollektiven Maßnahmen zur Gewährleistung der gesamteuropäischen Sicherheit nicht nur die praktische Lösung der Sicherheitsfragen in Europa bedeutend erleichtern, sondern auch viele Hindernisse auf dem Wege zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands beseitigen. Die von der Regierung der BRD erwähnten Vorschläge bezüglich der Schaffung einer demilitarisierten Zone zwischen Ost und West in Europa könnten unter Umständen von Interesse sein. Leider benutzt die Regierung der BRD den Hinweis auf diese Vorschläge nur zur erneuten Verteidigung des Planes, der den Anschluß ganz Deutschlands in die aggressive militärische Gruppierung, die NATO, vorsieht, und nicht um eine Verständigung zwischen den interessierten Staaten über die Frage der Schaffung der besagten Zone in Europa zu fördern.

Die Regierung der BRD versucht glaubhaft zu machen, daß sie trotz der Fortführung einer Politik der verstärkten Vermehrung der Streitkräfte und der Aufrüstung Westdeutschlands an einem „allgemeinen Abkommen über Abrüstung lebhaft interessiert sei“. Dieser Standpunkt kann selbstverständlich nicht überzeugen, um so weniger, als die hartnäckigen Versuche der Bundesregierung, eine Verständigung zwischen den Mächten über eine allgemeine Verminderung der Rüstung und der Streitkräfte zu verhindern, ausreichend bekannt sind.

Die Regierung der BRD wiederholt in ihrem Memorandum die Behauptung, daß die Abrüstung nur zusammen mit der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gelöst werden könne. Dabei ist es völlig offensichtlich, daß der Versuch, diese beiden ohnehin komplizierten Fragen künstlich miteinander zu verbinden, zusätzliche Schwierigkeiten schafft und die Lösung einer jeden von ihnen verzögert. Eine solche Stellung der Frage kann nur ein Beweis des Bestrebens sein, die Lösung beider Fragen in eine Sackgasse zu führen.

5. Die Regierung der BRD erklärt, daß sie bereit sei, sich zu verpflichten, auf eine Gewaltanwendung in den Beziehungen mit den europäischen Staaten, die nicht Mitglieder des Nordatlantikkblocks und der Westeuropäischen Union sind, zu verzichten. Die sowjetische Regierung wäre der Regierung der BRD in diesem Zusammenhang verbunden, wenn diese ihr erläutern könnte, ob die erwähnte Erklärung bedeute, daß sie bereit ist, in dieser Frage mit den interessierten Ländern entsprechende Abkommen zu schließen.

6. Die Note und das Memorandum der Regierung der BRD lassen erkennen, daß die Ansichten der UdSSR und der BRD in einer Reihe von wichtigen noch nicht geregelten Fragen ernsthaft auseinander gehen. Die Annäherung der Standpunkte der beiden Regierungen in diesen Fragen, die für die Völker unserer Länder zweifellos nützlich wäre, verlangt selbstverständlich guten Willen von beiden Seiten und geduldige Bemühungen zur Erreichung des notwendigen gegenseitigen Verständnisses sowie einer allgemeinen Besserung der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR.

Leider kann jedoch der augenblickliche Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD nicht als befriedigend angesehen werden. Es ist bekannt, daß die verantwortlichen Vertreter der Regierung der Bundesrepublik in ihren öffentlichen Erklärungen mehrfach versucht haben, die Tatsache der Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern überhaupt anzuzweifeln, und behauptet haben, daß eine Normalisierung unter den augenblicklichen Bedingungen angeblich unmöglich sei. Eine solche Stellung der Frage beweist nicht gerade das Bestreben der Regierung der BRD, ungelösten und beide Seiten interessierenden Fragen auf der Grundlage des gegenseitigen Verständnisses zu lösen, und widersprechen offensichtlich den zwischen unseren Regierungen während der Moskauer Verhandlungen im Jahre 1955 getroffenen Vereinbarungen. Bekanntlich sind die Parteien in dem gemeinsamen Kommuniqué über die Ergebnisse dieser Besprechungen übereingekommen, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa dienen würden. Es kann nicht gelehnet werden, daß vieles getan werden muß, um das

von beiden Regierungen vor einem Jahr getroffene Abkommen zu verwirklichen. Dieses bezieht sich in erster Linie auf die Fragen, über die während der Moskauer Verhandlungen endgültiges Einverständnis erzielt wurde.

Obwohl die Regierungsdelegationen der UdSSR und der BRD in der Frage der Entwicklung des Handels zwischen unseren Ländern in Moskau feste Vereinbarungen getroffen hatten, fanden Verhandlungen über diese Fragen bisher nicht statt. Auch die Frage der Rückkehr der sowjetischen verschleppten Personen aus Westdeutschland ist nicht befriedigend gelöst worden.

Auch wäre es nützlich, wenn Maßnahmen zur allseitigen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern auf dem Gebiet der Kultur, Wissenschaft und Technik getroffen würden. Die Entwicklung solcher Beziehungen ist um so notwendiger, als die Verbindungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland lange Jahre unterbrochen waren und das gegenseitige Kennenlernen der Lebensweise und der kulturellen Errungenschaften der Bundesrepublik und der Sowjetunion die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern unserer Länder fördern würde.

Im Zusammenhang mit den obigen Ausführungen hält die sowjetische Regierung einen weiteren Meinungsaustausch zwischen den Regierungen der BRD und der UdSSR über die Frage der Beziehungen zwischen den beiden Ländern für wünschenswert.

Dabei vertritt die sowjetische Regierung weiterhin die Meinung, daß die Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD auch der Lösung des Problems der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands förderlich sein wird.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Mitteilung an die Presse* Nr. 1225 vom 23. Oktober 1956.

Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 26. Oktober 1956

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezeugt der Regierung Frankreichs ihre Achtung und beehrt sich, bezugnehmend auf ihre Note vom 10. Oktober dieses Jahres, beiliegend ihre Antwort auf das Memorandum der Regierung der Bundesrepublik Deutschland abschriftlich zu übermitteln.

In ihrer Antwort an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestätigt die Sowjetregierung erneut, daß sie konsequenter Anhänger der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat ist und daß die Bemühungen der Sowjetunion bei der Suche nach einer Lösung des Deutschlandproblems gerade auf dieses Ziel gerichtet sind. Gleichzeitig erachtete es die Sowjetregierung für notwendig, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß die wichtigsten Viermächteabkommen betreffs Deutschland durch einseitige Handlungen der Regierungen der USA, Englands und Frankreichs verletzt worden sind, die die Spaltung Deutschlands zur Folge hatten.

Was den in der Note erwähnten Vorschlag betrifft, den die Westmächte auf der Außenministerkonferenz im Herbst 1955 eingebracht haben, so hatte die Sowjetregierung bereits Gelegenheit, ihren Standpunkt in dieser Frage darzulegen und überzeugend zu beweisen, daß der von den drei Mächten auf dieser Konferenz zur Deutsch-

landfrage eingebrachte Vorschlag der in Deutschland bestehenden realen Lage nicht entspricht und mit den Interessen der europäischen Sicherheit nicht übereinstimmt.

Während in den internationalen Beziehungen immer mehr die Tendenz zutage tritt, Zusammenarbeit zu pflegen und nach einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen, nach einer weiteren Minderung der internationalen Spannung zu suchen, stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in beschleunigtem Tempo das in Westeuropa größte reguläre Heer auf und lehnt es ab, über Vorschläge zu einer Einschränkung der Streitkräfte zu beraten. Dabei werden in Westdeutschland die elementaren demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung unterdrückt. Unter diesen Umständen erachtet es die Sowjetregierung als notwendig, die Regierung Frankreichs aufs neue darauf aufmerksam zu machen, daß die Wiederherstellung des Militarismus in Westdeutschland eine ernste Gefahr für Europa und ein Hindernis für die Schaffung eines einheitlichen Deutschland als friedliebender und demokratischer Staat ist.

Die Sowjetregierung weist auf die gefährlichen Folgen des politischen Kurses der derzeitigen Regierung der Bundesrepublik hin und stellt zugleich in ihrer Note an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland fest, daß solche Vorschläge, die der Tatsache, daß zwei selbständige

deutsche Staaten bestehen, nicht Rechnung tragen, nicht etwa zur Lösung des deutschen Problems führen noch führen können, da es unter den heutigen Umständen keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands gibt als den Weg einer Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten, der Verständigung und der Verhandlungen zwischen ihnen.

Die Sowjetregierung nimmt die Gelegenheit wahr, zu bekräftigen, daß sie bereit ist, auf die Herstellung eines Kontakts zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Inter-

esse der Wiedervereinigung Deutschlands hinzuwirken, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung Frankreichs wie auch der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens ihrerseits es für notwendig erkennen werden, auf eine Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten hinzuwirken, was wesentlich zur Wiedervereinigung Deutschlands beitragen würde.

Noten vom gleichen Inhalt wurden auch an die Regierungen der USA und Großbritanniens gerichtet.

Quelle: *Nachrichten aus der Sowjetunion* (sowjetische Botschaft, Bonn) vom 29. Oktober 1956.

Erklärung der Sowjetregierung vom 17. November 1956 zur Frage der Abrüstung und der Minderung der internationalen Spannung

Der bewaffnete Angriff Englands, Frankreichs und Israels auf Ägypten hat eine für den Frieden bedrohliche Lage geschaffen und vor den Völkern mit aller Schärfe die Gefahr eines dritten Weltkriegs aufkommen lassen. Es ist bekannt, daß in den genannten Ländern umfassende Maßnahmen zur Mobilisierung der Land-, See- und Luftstreitkräfte, zur Einberufung der Reservisten, zur Mobilmachung der Industrie, des Verkehrswesens, der Kommunikationslinien für militärische Bedürfnisse getroffen worden sind. In diesen Ländern ist somit im Grunde genommen eine der Kriegszeit entsprechende Lage geschaffen worden, insbesondere, wenn in Betracht gezogen wird, daß in den Staaten des Nordatlantischen Blocks (NATO) eine tolle Kriegspropaganda entfaltet ist. Die aggressiven Akte Englands, Frankreichs und Israels gegen Ägypten, die von ihnen getroffenen Maßnahmen und die Atmosphäre der Kriegshysterie haben die Ausweitung des Konflikts bei Einsatz der zerstörenden Mittel der neuesten Kriegstechnik zu einer realen Gefahr gemacht.

Die nicht provozierte Aggression gegen Ägypten hat naturgemäß zu einer Bewegung der Völker des Ostens geführt, die sich zum Schutze Ägyptens, das für seine tiefsten nationalen Interessen, für seine selbständige nationale Existenz kämpft und mithin zum Schutze auch ihrer eigenen nationalen Unabhängigkeit erhoben haben.

Infolge des heroischen Widerstandes des ägyptischen Volkes und angesichts der anschwellenden Empörung in der ganzen Welt gegen das Kriegsabenteuer im Nahen Osten, das von der Organisation der Vereinten Nationen verurteilt worden ist, waren die Organisatoren des Aggressionskriegs genötigt, die militärischen Operationen gegen Ägypten einzustellen. Nichtsdestoweniger kann man damit rechnen, daß die Kriegsgefahr gebannt ist, daß der Kriegsbrand nicht mit noch größerer Kraft auflodern kann. Grund für die Völker, auf der Hut zu sein, ist das Faktum, daß zur Zeit eine Verstärkung der Streitkräfte und des Waffengeräts auf Zypern sowie in Port Said im Gange ist, das von den anglo-französischen Truppen okkupiert wurde, und dies nach der Erklärung Englands und Frankreichs über die Feuereinstellung, also unter Verletzung der von ihnen vor der ganzen Welt übernommenen Verpflichtungen.

Zur Durchführung ihrer militärischen Pläne im Nahen Osten haben England und Frankreich in den Raum der

Kriegshandlungen starke militärische Verbände geworfen, darunter auch solche, die sich auf dem Territorium Westdeutschlands befanden. Die Französische Regierung hat überdies einen beträchtlichen Teil ihrer Armee in den nordafrikanischen Raum zur Erstickung der nationalen Befreiungsbewegung in Algerien gefordert.

Infolge der Kriegshandlungen gegen Ägypten ist der Suezkanal für längere Zeit außer Betrieb gesetzt, sind Oelleitungen, die sich durch das Gebiet arabischer Länder ziehen, zerstört, sind Kommunikationen Englands, Frankreichs und anderer Länder Europas, die für sie lebenswichtige Bedeutung haben, ernsthaft gestört, insbesondere in Anbetracht dessen, daß all dies zur Einstellung des Transports von Erdöl durch das Mittelmeer nach Europa geführt hat. Für England, Frankreich und die anderen westeuropäischen Länder sind somit große Schwierigkeiten in dem Bezug von flüssigem Brennstoff entstanden, der für die Industrie dieser Länder so notwendig ist und entscheidende militärische Bedeutung hat, da ohne flüssigen Brennstoff unter den heutigen Verhältnissen die technischen Kampfmittel erstarben und die Armeen kampfunfähig sind.

Das Kriegsabenteuer gegen Ägypten hat somit zu einer beträchtlichen Schwächung nicht nur der politischen, sondern auch der militärstrategischen Positionen Englands und Frankreichs in Europa, zu einer beträchtlichen Schwächung aller militärischen Kräfte des Nordatlantischen Blocks auf dem europäischen Kontinent geführt. Nicht zufällig wird in den amtlichen Kreisen und in der Presse der Westmächte mit Unruhe vermerkt, daß für die Organisatoren der Aggression gegen Ägypten eine sehr heikle Lage entstanden ist, im Zusammenhang damit, daß ihre Hauptstreitkräfte im Nahostraum und in Nordafrika konzentriert sind, während jene Kräfte, die es in Europa gibt, ohne genügend gesicherte Belieferung geblieben sind.

Beachtung zieht auf sich der Umstand, daß jene Kreise der Westmächte, die für die Aggression gegen Ägypten verantwortlich sind, den Versuch machen, jetzt durch Fabeleien vor aggressiven Ansichten der Sowjetunion im Nahen Osten und in Europa die Aufmerksamkeit sowohl von dem Faktum der offenen Aggression gegen Ägypten abzulenken als auch das Fiasko, das dieses Abenteuer erlitten hat, zu verschleiern.

Es werden Versuche gemacht, die Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Fiasko des konterrevolutionären militärischen Komplotts gegen Volksgarn zu entfachen, das, wie jetzt völlig klar geworden ist, das Teilstück eines allgemeinen Komplotts der Imperialisten gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker sowohl im Nahen Osten als auch in Europa darstellt. Verbreitet werden ferner allerlei Erdichtungen von einer angeblichen Konzentration der Sowjettruppen in verschiedenen Ländern Osteuropas, von ungewöhnlichen Bewegungen der Sowjettruppen an den westlichen und südlichen Grenzen der UdSSR usw.

All dies wird von bestimmten Kreisen im Westen zur Erneuerung des „Kalten Kriegs“ benutzt, zur noch stärkeren Verschärfung der forcierten Aufrüstung in den Ländern der NATO, dieser aggressiven Hauptgruppierung, die in letzter Zeit unverhohlen zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des schmachvollen Systems der kolonialen Unterjochung verwendet wird.

Die Schaffung der gespannten Lage und dabei die Verschärfung der forcierten Aufrüstung gereichen in erster Linie den Monopolherren der USA, Englands und Frankreichs zum Vorteil, die märchenhafte Profite aus den Rüstungsaufträgen ziehen. Diese Lage ermöglicht ihnen auch, auf hohem Stand die Besteuerung der Werktätigen zu halten, deren Schultern die Hauptlast der Aufwendungen für die Aufrüstung, für die Vorbereitung des Krieges zu Lande, zur See und in der Luft aufgebürdet ist.

Es wird mithin einerseits anerkannt, daß die englisch-französisch-israelische Aggression gegen Ägypten eine schwierige Lage für Westeuropa und für die NATO als Ganzes geschaffen hat. Andererseits werden der Sowjetunion alle möglichen unsinnigen Absichten gegenüber Westeuropa, dem Nahen Osten usw. zugeschrieben und wird in jeder Weise Kriegshysterie entfacht.

Diejenigen, die zu solchen Maßnahmen greifen, sind jedoch völlig durcheinander gekommen. Würde sich die Sowjetunion tatsächlich von irgendwelchen Konjunkturerwägungen leiten lassen, etwa von solchen, wie die Lage für sie vom Standpunkt des Kräfteverhältnisses zwischen den Mächten sich gestaltet, und hätte sie die aggressiven Absichten, die man ihr zuschreibt, so könnte es scheinen, daß die Sowjetunion die jetzt entstandene Lage zu einem Vorgehen gegen die Streitkräfte des Atlantischen Blocks ausnutzen und die ihr zugeschriebenen militärischen Ziele in Hinsicht auf Westeuropa, sogar ohne Einsatz der modernen Kern- und Raketenwaffen, verwirklichen könnte. Man kann ohne weiteres sagen, daß gegenwärtig in Westeuropa die strategische Lage sich in noch stärkerem Maße zugunsten der Streitkräfte der Sowjetunion gestaltet hat, als dies am Ende des zweiten Weltkriegs der Fall war, wo die mobilisierte und bewaffnete Sowjetarmee sich in ganz Westeuropa festsetzen konnte, wenn die UdSSR sich derartige Ziele gestellt hätte.

Doch wie am Ende des Zweiten Weltkriegs, so verfolgte und verfolgt auch jetzt die UdSSR keine anderen Ziele als die Wahrung und Festigung des Friedens, den die Völker aller Länder ersehnen.

Die Sowjetunion hat allein schon im letzten Jahr von sich aus eine bedeutende Reduzierung ihrer Streitkräfte, und zwar um 1 840 000 Mann, vorgenommen, ihr Militärbudget um nahezu 10 Milliarden Rubel verringert und ihre militärischen Stützpunkte in Port Arthur und in Porkkala Udd aufgelassen. Sie nimmt, entgegen der Lügen-

propaganda der Westmächte, keinerlei Mobilisierung und keine Truppenverschiebungen an den Grenzen vor. Ihre Truppen befassen sich mit ihren militärischen Angelegenheiten und befinden sich dort, wo sie gewöhnlich stationiert sind. Das Sowjetvolk ist mit friedlicher Aufbauarbeit auf den weiten Flächen des neuerschlossenen jungfräulichen Bodens, bei den gigantischen Bauvorhaben des VI. Fünfjahrplans, in den Laboratorien und wissenschaftlichen Instituten, in den verschiedenen Bereichen der Kultur, Kunst und Wissenschaft beschäftigt.

Die Sowjetregierung erklärt, daß die UdSSR stets Gegner der Lösung von Streitigkeiten und Differenzen zwischen den Staaten mittels Krieg war und bleibt. Sie ließ sich stets und läßt sich weiterhin von der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz der Staaten ganz gleich welcher Gesellschafts- und Staatsordnung leiten. In ihren Beziehungen mit den anderen Staaten läßt sich die Sowjetregierung von den Beschlüssen des historischen XX. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion leiten, in denen für alle Welt offen die ablehnende Einstellung der UdSSR zum Krieg als Mittel zur Regelung internationaler Streitfragen ausgesprochen und ihr klarer Standpunkt zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Länder mit den kapitalistischen dargelegt ist.

Der Sowjetstaat stand und wird auch weiterhin auf diesen prinzipiellen Positionen unabänderlich stehen, wie dies dem Charakter des sozialistischen Staates selbst entspringt, dessen Hauptaufgabe die Hebung des Lebensniveaus seines Volkes, die Entwicklung der von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse freien Produktivkräfte der Gesellschaft ist. Dies kann man nicht unter den Verhältnissen des Krieges, sondern unter den Verhältnissen der friedlichen Entwicklung gewährleisten, die es gestattet, die unerschöpflichen Möglichkeiten des Aufstiegs der sozialistischen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu nutzen.

In der Sowjetunion gibt es keine sozialen Gruppen und Klassen, die sich an einem Krieg und an einer Rüstungskonjunktur bereichern würden und die an forcierter Aufrüstung, an Okkupation fremder Territorien, an Entfesselung von Aggressionskriegen interessiert wären.

Es ist gut bekannt, daß Rußland aus einem rückständigen Agrarland in historisch kurzer Frist zu einem mächtigen Industriestaat geworden ist, der über alle Bedingungen und Ressourcen für den weiteren raschen Aufstieg seiner Wirtschaft, für die Hebung des materiellen Wohlstands und Kulturniveaus des Sowjetvolks verfügt. Von dem einzig dastehenden Wachstumstempo der Wirtschaft der Sowjetunion zeugt der Umstand, daß das Volumen der industriellen Produktion der UdSSR in den letzten 25 Jahren um mehr als das 20fache zugenommen hat, während das Volumen der Industrieproduktion aller kapitalistischen Länder in dem gleichen Zeitabschnitt sich noch nicht ganz verdoppelt hat.

Die Sowjetunion verfügt über ein riesiges Territorium, über kolossale Vorkommen an Kohle, Erdöl, Eisenerz, Buntmetallen, über unerschöpfliche energetische Ressourcen einschließlich der neuesten Verfahren der Kraftstomerzeugung unter Verwendung von Atomrohstoff. Die Planwirtschaft der Sowjetunion gewährleistet den normalen Absatz der produzierten Waren, und deshalb steht vor der UdSSR nicht die Frage einer Eroberung von Absatzmärkten für ihre Waren. Ihre wirtschaftlichen Be-

ziehungen mit den anderen Staaten gründet die UdSSR auf der Gleichberechtigung und auf dem gegenseitigen Vorteil, was die Möglichkeit normalen Warenaustausches im Interesse des weiteren Aufstiegs der Volkswirtschaft gewährleistet.

Die Völker der Sowjetunion, die den sozialistischen Weg genommen und nie dagewesene Erfolge in der Entwicklung ihrer Volkswirtschaft und Kultur errungen haben, konnten sich auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen überzeugen, daß das sozialistische System das fortschrittlichste ist und die Möglichkeit einer Entwicklung der Volkswirtschaft in der UdSSR und ebenso in den anderen sozialistischen Staaten gewährleistet, die in friedlichem wirtschaftlichem Wettbewerb mit dem Kapitalismus unvermeidlich den Sieg des Sozialismus verbürgt. Das Sowjetvolk befaßt sich mit der Lösung der Aufgabe, die meist entwickelten kapitalistischen Länder im Niveau der industriellen Produktion pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen. Die Sowjetmenschen sind gewiß, daß sie, auf die hochleistungsfähige Technik, auf die großen Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems gestützt, in historisch kurzer Frist jene allseitige Entwicklung der materiellen und geistigen Kräfte des Menschen und jene Harmonie des gesellschaftlichen Lebens erreichen können, die der Aufbau des Kommunismus mit sich bringt.

Die Sowjetregierung ist fest überzeugt, daß die Interessen des Sowjetvolks an der Wahrung und Festigung des Friedens sich mit den Interessen aller anderen Völker in West und Ost voll und ganz decken. Sie brauchen weder Atombomben noch Panzer noch Geschütze, sie brauchen Kleidung, Lebensmittel, Wohnungen, Schulen für die Kinder, eine ruhige und gesicherte Zukunft. Die Völker der schwachentwickelten Länder wollen der jahrhundertalten Rückständigkeit, dem Elend, der schweren Hinterlassenschaft der kolonialen Unterjochung ein Ende machen.

Die Ereignisse der letzten Zeit im Nahen Osten haben anschaulich die Größe der Kräfte vor Augen geführt, die an der Wahrung des Friedens interessiert und mit aller Entschiedenheit gewillt sind, die Aggressoren zu bändigen. Diese Ereignisse haben zugleich gezeigt, daß die aggressiven Kreise bestimmter Mächte bereit sind, um ihrer engherzigen Interessen willen, den Erdball in den Abgrund eines neuen Weltkriegs zu stürzen, indem sie über die Völker die Gefahr neuer Kriegskonflikte heraufbeschwören, die schwere Folgen für die Menschheit in sich bergen.

Deshalb erhebt in diesem verantwortlichen Augenblick die Sowjetunion aufs neue ihre Stimme für die Einstellung des Wetttrübens, für das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffe, für das Verbot der Versuche mit dieser Waffe.

Zur praktischen und raschesten Realisierung dieser Forderungen, an deren Verwirklichung alle Völker Lebensinteresse haben, schlägt die Sowjetregierung vor:

I. Im Laufe von zwei Jahren die Streitkräfte der Sowjetunion, der USA und China auf je 1 Million bis 1 500 000 Mann, die Streitkräfte Englands und Frankreichs auf je 650 000 Mann und die Streitkräfte der übrigen Staaten auf je 150 000 bis 200 000 Mann einzuschränken.

Als erster Schritt dazu im Laufe des ersten Jahres die Streitkräfte der UdSSR, der USA und Chinas auf je

2 500 000 und die Streitkräfte Englands und Frankreichs auf je 750 000 Mann zu reduzieren.

Entsprechend sollen die angeführten Länder ihre Rüstungen einschränken.

II. Im Laufe der oben genannten Frist das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffe samt der Einstellung der Erzeugung von Kernwaffen, dem Verbot ihres Einsatzes, der völligen Vernichtung der Vorräte an dieser Waffe und ihre Ausschaltung aus den Rüstungen der Staaten vorzunehmen.

Als erster Schritt dazu: die Atom- und Wasserstoffwaffenversuche unverzüglich einzustellen.

III. Im Laufe des Jahres 1957 die auf dem Territorium Deutschlands stationierten Streitkräfte der USA, der UdSSR, Englands und Frankreichs um ein Drittel zu verringern unter Errichtung einer entsprechenden Kontrolle über diese Verringerung.

IV. Im Laufe des Jahres 1957 ist eine beträchtliche Einschränkung der auf dem Territorium der Teilnehmerländer der NATO stationierten Streitkräfte der USA, Englands und Frankreichs und der auf dem Territorium der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrags stationierten Streitkräfte der UdSSR durchzuführen.

V. Binnen zwei Jahren die ausländischen Land-, See- und Luftstützpunkte auf dem Territorium anderer Staaten aufzulassen.

VI. Die militärischen Ausgaben der Staaten im Laufe von zwei Jahren entsprechend der durchzuführenden Einschränkung der Streitkräfte, der Rüstungen, dem Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und der Auflassung der ausländischen Kriegsstützpunkte auf dem Territorium anderer Staaten zu kürzen.

VII. Zur Aufsicht über die Erfüllung der von den Staaten übernommenen Abrüstungsverpflichtungen eine strenge und wirksame internationale Kontrolle einzusetzen, die über alle zu diesem Zweck erforderlichen Rechte und Funktionen verfügt.

Um einem überraschenden Ueberfall eines Staates auf einen anderen vorzubeugen, auf dem Territorium der Staaten auf Gegenseitigkeit beruhende Kontrollposten in großen Häfen, Eisenbahnknotenpunkten, auf Autostraßen, Flugplätzen zu errichten, die darauf achten werden, daß keine gefährliche Konzentrierung von Streitkräften und Rüstungen erfolgt.

Die Sowjetregierung hat sich bereits wiederholt zu dem Vorschlag, betreffs des sogenannten Luftaufnahmepplans geäußert und erklärt, daß dieser Vorschlag weder das Problem der Abrüstungskontrolle noch der Verhütung einer Aggression löst.

Doch in Anbetracht dessen, daß der Luftaufnahmepvorschlag als Bedingung für den Abschluß eines Abrüstungsabkommens vorgebracht wird, wodurch ernste Hindernisse für die Herbeiführung eines solchen Abkommens entstehen, ist die Sowjetregierung, um zur schnellsten Herbeiführung eines Abkommens beizutragen, bereit, die Frage zu prüfen, daß Luftaufnahmen im Dislozierungsbereich der Hauptstreitkräfte des Nordatlantikblocks und der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrags in Europa vorgenommen werden, berechnet für eine Tiefe bis zu 800 km östlich und westlich der Abgrenzungslinie zwischen den oben genannten Streitkräften, vorausgesetzt, daß die entsprechenden Staaten ihr Einverständnis geben.

Die Sowjetregierung, die die Durchführung der oben genannten Maßnahmen vorschlägt, ist der Auffassung, daß man nach ihrer Verwirklichung die Frage der völligen Beseitigung der Streitkräfte und Rüstungen aller Typen stellen müsse, wobei den Staaten nur solche Kontingente der Miliz (Polizei) verbleiben, die für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und für den Grenzschutz erforderlich sind.

Getreu ihrer Politik der Sicherung des Friedens und aus dem Wunsche heraus, den Völkern die Gewißheit zu geben, daß niemals Waffen für die Lösung von Streitfragen zwischen den Staaten eingesetzt werden, schlägt die Sowjetregierung erneut vor, einen Nichtangriffspakt zwischen den Ländern der Nordatlantunion und den Teilnehmerländern des Warschauer Vertrags zu schließen. Ein solcher Pakt würde in Anbetracht dessen, daß zu seinen Teilnehmern die Sowjetunion und die USA, d. h. Staaten gehören würden, die über die mächtigsten Streitkräfte verfügen, die internationale Gesamtlage radikal verändern und zur Minderung der internationalen Spannung und zur Schaffung von Vertrauen zwischen den Staaten beitragen.

Da die Behandlung der Abrüstungsfragen in den Körperschaften der UN bisher keinerlei reale Resultate bei der Lösung der Aufgabe der Rüstungseinschränkung und des Atomwaffenverbots zu erreichen ermöglichte, hält es die Sowjetregierung für notwendig, zugleich mit ihren weiteren Bemühungen in dieser Richtung in den Organen der UN effektivere Wege zur Lösung dieses Problems zu suchen.

In Anbetracht dessen, daß die entstandene internationale Lage unverzügliche Maßnahmen zur Verhütung eines Krieges und zur Einstellung des Wettrüstens notwendig macht, erachtet es die Sowjetregierung für zweckmäßig, eine Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Englands, Frankreichs und Indiens einzuberufen, wie dies vom Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgeschlagen wurde. Eine solche Konferenz könnte die Herbeiführung von Abkommen über das Abrüstungsproblem betreffende Fragen erleichtern. Eine erfolgreiche Konferenz der Regierungschefs der fünf Staaten könnte die Einberufung einer breiteren Konferenz zur Behandlung dieser Fragen vorbereiten, an der die Regierungschefs aller Teilnehmerländer der NATO und des Warschauer Vertrags teilnehmen könnten. Die Sowjetregierung hält es für wünschenswert, daß an einer solchen Konferenz auch die Regierungschefs einer Reihe anderer

Länder teilnehmen, vor allem der Volksrepublik China, Indiens, Jugoslawiens, Indonesiens und Burmas, die weder Teilnehmer des Warschauer Vertrags noch solcher militärischer Gruppierungen, wie die NATO, die SEATO und der Bagdadpakt, sind.

Würden der Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der fünf Mächte Schwierigkeiten begegnen, so würde, nach Meinung der Sowjetregierung, die Einberufung der erwähnten breiteren Konferenz den Interessen einer Minderung der internationalen Spannung und der Gesundung der internationalen Lage entsprechen.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, allen Ernstes die Tatsache zu unterstreichen, daß die Welt heute zwei Wege hat: den Weg der Einstellung des „Kalten Krieges“, des Verzichts auf die „Politik der Stärke“, der Abrüstung und der Schaffung aller Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichem wirtschaftlichem und sozialem System, oder die Fortsetzung des Wettrüstens, die Fortsetzung des „Kalten Krieges“ — der Weg, der zu einem unerhört schweren und zerstörenden Krieg führt, der der ganzen Welt unermessliches Unheil und Leid bringen würde.

Die Sowjetregierung vertrat und vertritt den Standpunkt, daß es in der Welt keine strittigen Probleme gibt, die nicht auf friedlichem Wege unter Berücksichtigung der rechtmäßigen Interessen der entsprechenden Staaten gelöst werden könnten. Was die bestehenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten betrifft, so können sie nicht als Grund für eine Verschärfung der zwischenstaatlichen Beziehungen, für die Propaganda des Krieges, um so weniger für Gewaltanwendung durch einen Staat gegen einen anderen Staat dienen. Diese Meinungsverschiedenheiten können und müssen im ideologischen Kampf entschieden werden, in dem die Vorzüge dieser oder jeder Ideologie wie auch dieses oder jenes Wirtschaftssystems durch den Gang der geschichtlichen Entwicklung selbst bewiesen werden.

Die Sowjetregierung, die ihre von den Interessen der Erhaltung und Festigung des Völkerfriedens diktierten Abrüstungsvorschläge unterbreitet, verleiht der Gewißheit Ausdruck, daß sie bei allen Unterstützung finden werden, die nicht in Worten, sondern in der Tat die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges, die Festigung des Weltfriedens anstreben.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Heft Nr. 28 vom 1. Dezember 1956.

Stellungnahme des Ständigen Rates der NATO vom 28. September 1956 zur Festsetzung der Wehrdienstzeit in der Bundesrepublik auf 12 Monate*

Der Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, gibt bekannt, daß er heute den Nordatlantikrat zusammengerufen hat, um als eine dringende Angelegenheit die Folgen der Entscheidung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu prüfen, die Wehrdienstzeit auf zwölf Monate zu kürzen.

Der Rat ist beunruhigt über die Wirkungen, die diese Entscheidung auf die Fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland haben könnte, ihren übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, und auf die Wirksamkeit des Bündnisses als Ganzem. Die Kompliziertheit der modernen Waffen und die vorauszusehende Geschwindigkeit

*) Am 27. September 1956 beschloß die Bundesregierung, daß die Zeit des aktiven Wehrdienstes im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht statt 18 nur 12 Monate betragen soll. Zum Ausgleich, so hieß es in einem Kommuniqué, werde man den Prozentsatz der freiwillig länger dienenden Soldaten erhöhen. Der Bundesverteidigungsminister hatte eine längere

Dienstzeit für die Ausbildung an den modernen Waffen für erforderlich gehalten. Es setzte sich jedoch die Ansicht des Bundeskanzlers durch, daß in Anbetracht der Presseberichte über Umrüstungspläne der amerikanischen Armee nicht mehr mit einer Bundestagsmehrheit für eine 18monatige Wehrdienstpflicht zu rechnen sei.

des modernen Krieges erfordern ausgebildete Streitkräfte, die ständig bereit sind, einen Angriff abzuwehren. Die maßgebenden militärischen Persönlichkeiten der NATO haben die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit klargemacht, dieses Ziel durch eine Dienstzeit von nur zwölf Monaten zu erreichen. In dieser Angelegenheit ist der Rat immer mit den auf dem Gebiet maßgebenden militärischen Persönlichkeiten einig gewesen.

Der deutsche Vertreter hat dem Rat gegenüber die Entschlossenheit seiner Regierung unterstrichen, die militärischen Verpflichtungen gegenüber der NATO nach Zahl und Qualität zu erfüllen. Er erklärte, daß es u. a. beabsichtigt sei, zum Ausgleich für die verminderte Wirksamkeit, die durch eine Dienstzeit von nur 12 Monaten hervorgerufen wird, die Zahl der länger dienenden Soldaten der Streitkräfte von 230 000 auf 300 000 Mann zu erhöhen.

Der Rat stellte fest, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland des Problems bewußt ist, und nahm Kenntnis von den Maßnahmen, mit welchen sie ihm begegnen will. Er nahm außerdem Kenntnis von der Erklärung der Bundesrepublik, nach welcher sie beabsichtigt, die in bezug auf den zu leistenden Beitrag zu den NATO-Streitkräften eingegangenen Verpflichtungen quantitativ und qualitativ zu erfüllen. Der Rat nimmt daher an, daß die Bundesrepublik alle zusätzlichen Maßnahmen ergreifen wird, die für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen erforderlich sind, und daß sie den Rat über ihre Pläne ständig unterrichten wird. Nichtsdestoweniger bleibt der Rat beunruhigt über die möglichen Folgen der Aktion der Bundesrepublik. Der Rat ersucht den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik, seine Regierung unverzüglich über die Beunruhigung des Rates zu unterrichten.

Quelle: NATO, Information Division, Press Release (56)17 vom 28. September 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Der Abzug der britisch-französischen Streitkräfte aus Aegypten

Verbalnote des Ständigen Vertreters Großbritanniens bei den Vereinten Nationen an den Generalsekretär vom 3. Dezember 1956¹

Der Ständige Vertreter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den Vereinten Nationen versichert den Generalsekretär seiner Hochachtung und hat die Ehre, im Namen der Regierung Ihrer Majestät und der französischen Regierung folgende Mitteilung zu machen:

Die Regierung Ihrer Majestät und die französische Regierung nehmen zur Kenntnis, daß

- a) in Aegypten jetzt eine einsatzfähige Streitmacht der Vereinten Nationen ankommt, die mit der Wahrnehmung der ihr durch die Entschließungen der Vollversammlung vom 2., 5. und 7. November² übertragenen Aufgaben betraut ist;
- b) der Generalsekretär die Verantwortung für die Inangriffnahme der schnellstmöglichen Freilegung des Suezkanals übernimmt;
- c) im Einklang mit der Resolution der Vollversammlung vom 2. November die Freiheit und Sicherheit der Schifffahrt im Kanal nach seiner Freilegung wiederhergestellt wird;
- d) der Generalsekretär so schnell wie möglich Verhandlungen über das künftige Regime des Kanals auf der Grundlage der sechs in der Resolution des Sicherheitsrats vom 13. Oktober³ aufgestellten Prinzipien einleiten wird.

Die Regierung Ihrer Majestät und die französische Regierung bestätigen ihren Beschluß, den unverzüglichen Rückzug ihrer jetzt im Gebiet von Port Said befindlichen Streitkräfte fortzusetzen. Sie haben dementsprechend den Alliierten Oberbefehlshaber, General Keightley, angewiesen, mit dem Befehlshaber der Streitkräfte der Ver-

einten Nationen, General Burns, eine Uebereinkunft über einen Zeitplan für den vollständigen Abzug zu treffen, wobei die damit zusammenhängenden militärischen und praktischen Fragen zu berücksichtigen sind. Dieser Zeitplan soll so schnell wie möglich dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitgeteilt werden. Bei der Ausarbeitung dieser Uebereinkommen wird der Alliierte Oberbefehlshaber sicherstellen, daß

- a) die Verschiffung von Personal und Material in wirksamer und geordneter Weise vor sich geht;
- b) geeignete Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in dem jetzt unter alliierter Kontrolle stehenden Gebiet getroffen werden;
- c) der Befehlshaber der Streitkräfte der Vereinten Nationen die Verantwortung für die Sicherheit allen für die Freilegung des Kanals bestimmten britischen und französischen Materials, das dem mit der Freilegung beauftragten Organ der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt wird, übernimmt.

Bei der Mitteilung dieser Beschlüsse erinnern die Regierung Ihrer Majestät und die französische Regierung an die energischen Vorstellungen, die sie hinsichtlich der Behandlung ihrer Staatsbürger in Aegypten erhoben haben. Sie machen auf die humane Behandlung aufmerksam, die den ägyptischen Staatsbürgern im Vereinigten Königreich und in Frankreich zuteil wurde. Sie fühlen sich berechtigt, zu fordern, daß die Lage der britischen und französischen Staatsbürger in Aegypten durch eine vollständige Garantie gesichert wird.

Quelle: Information Centre, European Office of the United Nations, Genf, Press Release GA/XI Nr. 36 vom 4. Dezember 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

¹) Der Ständige Vertreter Frankreichs bei den Vereinten Nationen übermittelte dem Generalsekretär eine gleichlautende Verbalnote.

²) Vgl. den Wortlaut der Resolutionen vom 2. und 7. November in Europa-Archiv 24/1956, S. 9443 und 9448.

³) Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 24/1956, S. 9442.

Informationen und Berichte

Sterling-Dollar-Diplomatie*

Die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Welt und insbesondere die Gestaltung des Welthandels und der internationalen Währungssituation wird weitgehend von den beiden größten Handelsnationen, den Vereinigten Staaten und Großbritannien, bestimmt. Für die Vereinigten Staaten ist dies unbestritten: sie sind zu der dominierenden Wirtschaftsmacht im Westen geworden, ihre Währung ist im internationalen Verkehr die stärkste der Welt, und sie könnten als Nachfrage- und Angebotsmonopolist auf vielen Warenmärkten sowie als großer Kapitalgeber weit mehr politischen und wirtschaftlichen Druck ausüben, als sie es tatsächlich tun. Für Großbritannien mag es strittig sein, inwieweit es dem weltwirtschaftlichen Geschehen noch seinen Stempel aufzudrücken vermag. Man sollte sich jedoch hüten, die Bedeutung dieses Landes zu unterschätzen. Sie resultiert nicht nur als Residuum aus seiner ehemals dominierenden Stellung, die zweifellos weit stärker war als die gegenwärtige der Vereinigten Staaten. Sie beruht ebenso sehr auf der Führungsrolle für das gesamte Sterlinggebiet, innerhalb dessen sich immerhin rund 12 vH des Welthandels vollziehen, das mit dem gleichen Prozentsatz am Welthandel der übrigen Gebiete beteiligt ist und in dessen Währung wohl mehr als ein Drittel des internationalen Zahlungsverkehrs abgewickelt wird. Der amerikanische Dollar und das englische Pfund sind — wie häufig mit Recht gesagt wird — gegenwärtig zu „Schlüsselwährungen“ für die Weltwirtschaft geworden.

Durch autonom getroffene politische und wirtschaftliche Entscheidungen der Regierungen dieser beiden dominierenden Handelsländer wird das weltwirtschaftliche Geschehen ständig beeinflusst, teils bewußt und gezielt, teils auch ganz unbeabsichtigt. Daß eine Koordinierung zwischen den Regierungen beider Länder zweckmäßig und für eine gewisse Ordnung der Weltwirtschaft sogar unerläßlich ist, sollte eigentlich allgemein anerkannt werden. Soweit es bestritten wird, ist dafür wohl nur die — allerdings berechtigte — Furcht vor einer „Diktatur“ der beiden „Großen“ maßgebend.

Auf diesem Hintergrund muß das soeben erschienene Buch von Richard N. Gardner gesehen werden, das sich mit der sehr wichtigen Epoche der weltwirtschaftlichen Entwicklung befaßt, in der erstmals eine großangelegte außenwirtschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens praktiziert wurde. Gerade diese Zusammenarbeit, die in jener Epoche vornehmlich mit dem Ziel erfolgte, eine gewisse Ordnung der Weltwirtschaft herbeizuführen, bildet den Gegenstand der Untersuchung von Gardner. Diese ist so klar und spannend geschrieben, daß sie auch ohne besondere nationalökonomische Kenntnisse mit großem Genuß und Nutzen gelesen werden kann. Der Verfasser ist ein amerikanischer Rechtsanwalt, der mehrere Jahre

in Oxford Nationalökonomie studierte und insbesondere bei Roy F. Harrod gearbeitet hat, der dem Werk eine kurze Einführung beisteuerte.

Die Schrift beginnt mit der Analyse der ersten Planungsarbeiten für die Gestaltung der Weltwirtschaft nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, die sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien bereits lange vor Kriegsende einsetzte. Sie endet mit dem Zeitpunkt, in dem eine neue Ära amerikanischer Außenwirtschaftspolitik eingeleitet wurde, die durch den Marshall-Plan, die Förderung der Europäischen Zahlungsunion und die aktive Mitarbeit im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) charakterisiert ist.

Die Veröffentlichung deckt demnach nur ein knappes Jahrzehnt von 1941 bis 1949/50, das jedoch für die Entwicklung der Weltwirtschaft von weit größerer Bedeutung war als etwa die vergleichbaren Jahre von 1916 bis 1925 und dessen Kenntnis nicht nur für die Würdigung der vorausgegangenen Zeit wichtig ist, sondern mehr noch für eine zutreffende Interpretation der anschließenden Epoche, in der wir gegenwärtig noch leben.

Die Studie verdient — insbesondere auch für den deutschen Leser — unter vielen Aspekten Beachtung. Hier seien einige dieser Gesichtspunkte einfach aufgezählt:

Die Darstellung Gardners zeigt besonders eindrucksvoll die großen politischen, psychologischen und technischen Schwierigkeiten, die sich, ganz unabhängig von der Kompliziertheit der sachlichen Aufgabe, allein schon der administrativen Durchführung einer langfristigen Planung für die gesamte Weltwirtschaft entgegenstellen. Zum Teil ergaben sie sich seinerzeit daraus, daß die Planung getrennt in den jeweiligen Hauptstädten erfolgte, ein Hindernis, das heute durch das Vorhandensein zahlreicher internationaler Organisationen wesentlich geringer geworden ist. Auch die mangelnde Kenntnis der grundlegenden empirischen Daten, die sich in den amerikanisch-britischen Vereinbarungen verhängnisvoll ausgewirkt hat, konnte inzwischen weitgehend überwunden werden. Ein viel wichtigerer Punkt war jedoch die allzu große Divergenz zwischen der an sich beabsichtigten langfristigen Ordnungsplanung und den sich aus der Not des Tages ergebenden kurzfristigen wirtschaftspolitischen Erfordernissen. An dem mangelnden Ausgleich zwischen diesen beiden Zielen sind manche guten Absichten der damaligen Planer gescheitert. Dazu kamen die echten Interessengegensätze zwischen beiden Ländern, die sich meist hinter den anderen Schwierigkeiten verbargen und deshalb nicht offen ausdiskutiert und ausgeglichen werden konnten. Die Registrierung all dieser Probleme, die mehr oder minder bei jeder internationalen Zusammenarbeit aufzutauchen pflegen, sowie die Kenntnis der seinerzeit gemachten praktischen Erfahrungen sind für die künftige Arbeit in den internationalen Wirtschaftsorganisationen von großem Wert.

Die Schrift vermittelt ein sehr anschauliches Bild von der Entstehung der großen und heute noch bestehenden internationalen Wirtschaftsorganisationen, wie Weltwährungsfonds, Weltbank und GATT (auf der Grundlage der

* Bemerkungen zu Richard N. Gardner: „Sterling-Dollar Diplomacy, Anglo-American Collaboration in the Reconstruction of Multilateral Trade“, Oxford: At the Clarendon Press, 1956.

Welthandels-Charta), das gerade für den deutschen Leser, der in der entscheidenden Epoche von Informationen aus dem Ausland vollständig abgeschlossen war, sehr aufschlußreich ist. Die Veröffentlichung erhellt das Zustandekommen entscheidender Artikel in den Konventionen über diese Organisationen und zeigt, auf Grund welcher Vorstellungen und Wünsche der heute noch gültige Wortlaut ausgehandelt wurde. Die Kenntnis dieser Vorgänge ist auch heute noch wichtig für das Verständnis der seinerzeit getroffenen Bestimmungen, obwohl in Rechnung zu stellen ist, daß die Interpretation von Texten internationaler Abkommen im Wege der gegenseitigen Uebereinkunft der Vertragspartner weit flexibler ist als die Auslegung von innerstaatlichen Gesetzen, so daß die ursprünglichen Motive bei der Abfassung der Konventionen durch Zeitablauf an Bedeutung verlieren.

Darüber hinaus wird jedoch auch deutlich, warum die Bemühungen um eine Welthandels-Charta scheiterten und aus welchen Gründen Währungsfonds, Weltbank und GATT die ihnen zugedachten Funktionen nicht erfüllen konnten, so daß sie zum Gegenstand allgemeiner Kritik wurden und sich ihr Einfluß als Kristallisationspunkt internationaler Zusammenarbeit zunächst jahrelang verminderte.

Ferner läßt die Untersuchung erkennen, in welchem Ausmaß sich wirtschaftliche und politische Probleme gegenseitig durchdringen und überlagern, so daß mit Hilfe einer isolierten Betrachtung weder die wirtschaftliche noch die politische Entwicklung verständlich gemacht werden kann. Gardner löst die sich daraus für seine Untersuchung ergebenden methodischen Probleme meisterhaft. Bei der Behandlung der entscheidenden Punkte gelingt es ihm, wirtschaftstheoretische Analyse, wirtschaftspolitische Beurteilung, Abschätzung der Position der Regierungen im nationalen und internationalen Kräftespiel, Charakterisierung der „öffentlichen Meinung“ und Deutung der psychologischen Triebkräfte der Hauptakteure zu einem harmonischen Gesamtbild zusammenzufügen. Dabei bewegt er sich auf streng wissenschaftlichen Bahnen und entgeht der Gefahr, ins Feuilletonistische abzugleiten. Seine Schrift ist keineswegs als rein wirtschaftlich zu kennzeichnen. Sie ist weitgehend politischer Natur und bildet eine Fundgrube für die politische Geschichte des Uebergangs vom Krieg zum Frieden, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, sowie für die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen den beiden großen angelsächsischen Mächten. In diesem Zusammenhang beleuchtet Gardner auch die politische und wirtschaftspolitische Rolle, die Männer wie Cordell Hull, Harry Dexter White, Henry Morgenthau Jr., James F. Byrnes, Clayton, Vinson, J. M. Keynes, Hugh Dalton gespielt haben.

Angesichts der zahlreichen interessanten Aspekte, die die Schrift Gardners gerade auch für deutsche Leser und Forscher eröffnet, ist ihr eine möglichst weite Verbreitung zu wünschen. Auf diese Weise könnte sie bis zu einem gewissen Grade Vorbild für eine neue Art wissenschaftlicher Forschung werden, die wir künftig mehr und mehr brauchen werden, um die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu verfolgen und verständlich zu machen. Unter diesen Gesichtspunkten wäre eine Uebersetzung der Schrift sehr zu begrüßen.

Hans Möller

Die Elfte Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds

Die 11. Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds¹, die vom 24. bis zum 27. September 1956 in Washington stattfand, erhielt für Europa insofern eine außergewöhnliche Bedeutung, als der britische Schatzkanzler, Harold Macmillan, gerade dieses Forum wählte, um in der Form eines „Diskussionsbeitrages“ zu den Jahresberichten der Bretton Woods-Institute den inzwischen nach ihm benannten Plan zu unterbreiten, der auf die Schaffung einer Freihandelszone zwischen den europäischen Ländern und dem Sterlingblock abzielt.

Es ist deshalb auch nicht überraschend, daß sich das Interesse der europäischen Tagungsteilnehmer in einem sehr starken Maße den Besprechungen zuwandte, die Macmillan während der Washingtoner Tagung mit den Finanzministern der Commonwealthländer führte, über deren Verlauf jedoch in Washington selbst nicht viel bekannt wurde. Erst am 3. Oktober lüftete Macmillan ein wenig den Schleier, der über diese Washingtoner Gespräche gelegt worden war, indem er erklärte, er habe die Finanzminister der Commonwealthländer aufgefordert, den Plan zur Schaffung einer Freihandelszone mit Westeuropa zu erwägen².

Das Problem der unterentwickelten Länder

An der Eröffnungssitzung der Tagung, der die Jahresberichte von Weltbank und Währungsfonds unterbreitet wurden, nahmen über 350 Delegierte aus 60 Ländern teil. Im Mittelpunkt der Ansprachen standen Erörterungen über die wirtschaftliche Unterstützung der unterentwickelten Länder sowie die Frage nach der Behandlung ausländischen Investitionskapitals durch die Regierungen der unterstützten Staaten. Vor dem Hintergrund wachsender Prosperität der Industriestaaten wurde vor allem die Frage erörtert, wie die Rohstoffländer an dem wirtschaftlichen Aufstieg beteiligt werden können.

Schon der Präsident der Tagung, der mexikanische Finanzminister Antonio Carillo Flores, wies auf die Kluft zwischen dem wirtschaftlichen Wachstum in den Industrie- und den Rohstoffländern hin, die im Interesse beider Länderkategorien eingeengt werden müsse.

Ivar Rooth, der nach fünfjähriger Tätigkeit aus seinem Amt scheidende Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds³, forderte die Bretton Woods-Institute auf, den Rohstoffländern in Fällen starker Preisfluktuationen eine liberale Unterstützung zu gewähren.

Der amerikanische Finanzminister, George Humphrey, wies auf die in verschiedenen Ländern in Erscheinung getretenen inflationistischen Tendenzen hin und bezeichnete es als eine wichtige Aufgabe der Gegenwart, die Erfordernisse des steigenden Verbrauchs, des weiteren industriellen Aufbaus und der hohen Verteidigungsaufwendungen mit den vorhandenen Hilfsquellen in Einklang zu bringen, ohne eine inflationistische Entwicklung auszulösen.

¹) Vgl. den Bericht über die 10. Jahresversammlung in EA 21/1955, S. 8363.

²) Vgl. den Wortlaut der Rede Macmillans vom 3. Oktober 1956 in EA 21/1956, S. 9295.

³) Neuer Generaldirektor wurde Per Jacobsson (Schweden) von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel.

Weltbankpräsident Eugene R. Black verband die Vorlage des Jahresberichtes der Weltbank mit einem eindringlichen Appell an die Regierungen der unterentwickelten Länder, in ihren Völkern keine nationalen Leidenschaften und gefährlichen Mythen zu entfachen, weil dadurch nur die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder nachteilig beeinträchtigt würde. Gleichzeitig ersuchte Black die verantwortlichen Staatsmänner dieser Länder, sich nicht der Erkenntnis zu verschließen, daß das freie Unternehmertum der beste Garant einer erfolgversprechenden wirtschaftlichen Entwicklung sei. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß in der heutigen Zeit nur die Regierungen die wirtschaftliche Entwicklung richtig fördern könnten. Wenn ein Entwicklungsprogramm erfolgreich sein solle, müßten der Einzelpersonlichkeit genügend Möglichkeiten zur Entfaltung der eigenen Initiative gewährt werden. Außerst verhängnisvoll sei auch die weitverbreitete Ansicht, daß der ausländische Kapitalgeber von heute nur eine moderne Auflage des alten Kolonialherrn sei. Es bestehe heute weniger die Gefahr, daß der ausländische Geldgeber für die Förderung der Entwicklung eines Landes einen zu hohen Preis fordere, sondern daß die Entwicklungsländer zuwenig tun, um dem Geldgeber den für Investitionen notwendigen Anreiz zu bieten.

Für die deutsche Bundesregierung erklärte Ministerialdirektor Dr. Joachim von Spindler, die Bundesrepublik sei bereit, die unterentwickelten Staaten zu unterstützen. Allerdings seien die Möglichkeiten des westdeutschen Kapitalexportes noch nicht so groß, wie es auf Grund des westdeutschen Außenhandelsvolumens den Anschein habe. Die Wirtschaft der Bundesrepublik sei in den Nachkriegsjahren noch nicht in der Lage gewesen, ausreichende Kapitalreserven zu schaffen. Die beschränkt vorhandenen Geldmittel würden noch für die notwendige industrielle Modernisierung und die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Flüchtlinge aus der Sowjetzone Deutschlands voll beansprucht. Aus diesem Grunde bereite der Kapitalexport noch große Schwierigkeiten.

Die beiden Jahresberichte

Im Rechenschaftsbericht für 1955/56 beurteilt der Internationale Währungsfonds die Entwicklung der Weltwirtschaft optimistisch. Die Industrieproduktion der Welt (ohne den kommunistischen Staatenblock) sei im Berichtsjahr um weitere 10 Prozent gestiegen. Es bestehe Hoffnung, daß eine stärkere Depression vermieden werden kann. Die Zahlungsposition der Welt habe sich gebessert, die Beschränkungen des Handels- und Zahlungsverkehrs seien weiter gelockert worden, und auf dem Wege zum multilateralen Zahlungs- und Handelsverkehr seien weitere Fortschritte gemacht worden. Auch der Ost-West-Handel habe eine Ausweitung erfahren.

Dem Jahresbericht der Weltbank ist zu entnehmen, daß im Finanzjahr 1955/56 weitere 26 Anleihen im Gesamtbetrag von 396 Millionen Dollar an 20 Staaten und abhängige Gebiete vergeben wurden. Damit erhöhte sich der Betrag der von der Weltbank in den 10 Jahren ihres Bestehens gewährten Anleihen auf insgesamt 2,720 Milliarden Dollar, die in 150 Einzeldarlehen an 42 Länder gegeben wurden.

Alle diese Anleihen dienen der Finanzierung wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme.

Erste Generalversammlung der IFC

Gleichzeitig mit der Jahrestagung der Weltbank fand auch die erste Generalversammlung der Internationalen Finanzierungsgesellschaft (IFC) statt, die eine Tochtergesellschaft der Weltbank ist und der bis jetzt 32 Staaten beigetreten sind. Der Präsident der IFC, Robert Garner, der noch einmal die Ziele dieser Institution umriß, verwies mit Nachdruck darauf, daß ausländisches Investitionskapital für die unterentwickelten Gebiete nur mobilisiert werden könne, wenn die Geldgeber Vertrauen in die Politik der Regierungen dieser Länder besitzen.

Die IFC, die Ende Juli ihre Geschäftstätigkeit aufnahm, will die Anleihepolitik der Weltbank dadurch ergänzen, daß sie unter maßgeblicher Beteiligung von Privatkapital Industrieunternehmen in den unterentwickelten Ländern finanziert. Wie Garner mitteilte, liegen der IFC bereits zahlreiche Finanzierungsprojekte vor, über die jedoch noch nicht entschieden sei.

E. W.

Die Fünfte Tagung des Ministerrats der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister

Der Ministerrat der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (CEMT) hielt am 17. Oktober 1956 in München seine 5. Tagung ab*. Dies war — abgesehen vom materiellen Inhalt und Ergebnis der Beratungen — auch in politischer Hinsicht ein nicht unbedeutendes Ereignis; denn damit waren erstmals höchste Regierungsvertreter von 17 Ländern des freien Europa auf deutschem Boden versammelt, um die Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit für ihren Verantwortungsbereich zu fördern.

Die Präsidentschaft der Konferenz ging von dem Schweizer Bundesrat Lepori auf den bisherigen 1. Vizepräsidenten, Bundesverkehrsminister Seeböhm, über, der die Tagung des Ministerrats leitete und dieses Amt für ein Jahr ausüben wird. Erster Vizepräsident wurde der italienische Verkehrsminister, Angelini; zum zweiten Vizepräsidenten wählte der Ministerrat den britischen Minister für Verkehr und Zivilluftfahrt, Watkinson.

Minister Seeböhm unterstrich in seiner Eröffnungssprache die Bedeutung, die dem Verkehr als Element der Verbindung und Annäherung in Europa zukomme. Er betonte die Notwendigkeit, die bereits gut entwickelte Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen, die sich mit Fragen des Verkehrs befassen, weiter zu vertiefen. Besonderen Wert sollte die Konferenz in Zukunft darauf legen, im Rahmen ihrer Arbeiten den Sektor der sozialen Fragen stärker zu berücksichtigen, da man über der Behandlung wichtiger materieller Fragen nicht die Sorge um die im Verkehr tätigen Menschen vernachlässigen dürfe. Ihre soziale Sicherheit hänge allerdings wesentlich von der Sicherung der wirtschaftlichen Betätigung der verschiedenen Verkehrsträger ab; eine möglichst rationelle, wirtschaftliche und sichere Erfüllung der Aufgaben des Verkehrs werde daher am besten zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes der Völker beitragen.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Ministerrats standen aktuelle Probleme des europäischen Transportwesens, die in dem Arbeitsprogramm der Konferenz den

*) Vgl. die Berichte über frühere Tagungen in EA 18/1955, S. 8212, und 23—24/1955, S. 8449.

ersten Platz einnehmen. Dieses Programm, das auf der 4. Tagung des Rates am 22. März 1956 beschlossen worden war, enthält 20 Punkte, darunter 12 vordringliche Fragen, von denen 5 eine besondere Priorität erhalten haben:

Untersuchung des Werkverkehrs auf der Straße und in der Binnenschifffahrt;
Finanzlage der Eisenbahnen;
Problem der Achslasten, Gesamtgewichte und Abmessungen der Straßenfahrzeuge;
Harmonisierung der nationalen und internationalen Binnenschiffsfrachten;
Vorschläge für eine bessere technische Koordinierung der Zivilluftfahrt mit dem „Oberflächenverkehr“.

Der Stellvertreter-Ausschuß der Konferenz, der sich aus den Staatssekretären oder anderen hohen Regierungsbeamten der Verkehrsministerien der Mitgliedsländer zusammensetzt, legte dem Ministerrat einen umfassenden Bericht über die von ihm seit der letzten Ratstagung geleisteten Arbeiten vor.

Die wichtigsten Beratungsergebnisse der Minister stellen sich wie folgt dar:

1. Finanzlage der Eisenbahnen:

Grundlage dieses besonders bedeutsamen Themas, das auch gewisse Aspekte des Programmpunktes „Werkverkehr“ umfaßt, ist ein Bericht über „Das Problem der Finanzlage der Eisenbahnen“, der auf Ersuchen der Konferenz von der Union Internationale des Chemins de fer (UIC) Anfang 1956 erstattet worden ist. Diese eingehende Untersuchung enthält eine Analyse der finanziellen Situation der wichtigsten europäischen Eisenbahnverwaltungen und spricht Empfehlungen zu ihrer Verbesserung aus, die sich auch auf das Gebiet der Verkehrskoordinierung erstrecken.

Die Bemühungen der CEMT waren zunächst darauf gerichtet, das Gutachten der UIC vom Standpunkt der Regierungen aus zu prüfen und zu den Koordinierungsvorschlägen alle interessierten internationalen Organisationen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, zu hören. Besonders erfreulich ist hierbei die Tatsache, daß dieses Verfahren den Kontakt zwischen der Konferenz und den internationalen Organisationen, dessen Pflege zu den im Brüsseler Gründungsprotokoll vom 17. Oktober 1953 festgelegten Zielen der CEMT gehört, weiter vertiefen und festigen konnte.

Der Ministerrat hat von dem Ergebnis der bisherigen Arbeiten Kenntnis genommen und nach einem allgemeinen Gedankenaustausch beschlossen, daß ihm in einer Frist von vier Monaten ein abschließender Bericht durch den Stellvertreter-Ausschuß vorgelegt werden soll. Als Präsident der Konferenz schlug Bundesverkehrsminister Seeborn vor, diesen Bericht im Frühjahr 1957 auf einer Sondertagung des Ministerrats zu behandeln. Inzwischen ist eine Arbeitsgruppe, welcher die besonders interessierten Länder — darunter auch die Bundesrepublik Deutschland — angehören, mit der Vorbereitung der gewünschten Stellungnahme befaßt. Damit wird auch ein dringliches Anliegen der UIC erfüllt, die durch ihren Vizepräsidenten, den Ersten Präsidenten der Deutschen Bundesbahn, Prof. Frohne, den Wunsch auf eine baldige Meinungsäußerung der Verkehrsminister-Konferenz zum Ausdruck brachte.

2. Abmessungen, Achslasten und Gesamtgewichte von Kraftfahrzeugen:

Der deutsche Bundesminister für Verkehr hatte das Studium dieser Frage, die bekanntlich auch in der verkehrspolitischen Diskussion der Bundesrepublik eine Rolle spielt, schon auf der 3. Tagung des Ministerrats im Oktober 1955 angeregt. Nach Festlegung des Arbeitsprogramms der Konferenz am 22. März dieses Jahres wurde die Behandlung des Problems unverzüglich aufgenommen und ein ad hoc-Ausschuß mit seiner Untersuchung beauftragt. Hierbei handelte es sich zunächst um die Frage der Notwendigkeit einer Revision des Genfer Abkommens über den Straßenverkehr vom 19. September 1949, dessen Anhang 7 die Normen für die Abmessungen, Achslasten und Gesamtgewichte von Straßenfahrzeugen enthält. Diese Beratungen haben ergeben, daß eine einheitliche Auffassung nicht erzielt werden konnte. Neben Gegnern und Befürwortern einer solchen Revision hat sich eine dritte Gruppe für einen Kompromiß in der Weise ausgesprochen, daß sie zwar den Anhang 7 formell nicht zu ändern wünscht, jedoch jede Regelung unterstützt, der sich möglichst viele Länder anschließen können. Die Vertreter dieser Auffassung machen geltend, daß die Zahl der Länder, die das Genfer Abkommen in der Praxis anwenden, nicht sehr groß ist; hieraus resultiere eine Aufspaltung in verschiedenartige nationale Regelungen, die auf Grund des Genfer Abkommens ausdrücklich den Vorrang besitzen,

Nach einer eingehenden Erörterung der Problematik beauftragte der Ministerrat den Stellvertreter-Ausschuß, „mit Unterstützung der Transportabteilung der ECE in der Frage der Achslasten, Maße und Gesamtgewichte der Nutzkraftfahrzeuge alle verfügbaren Dokumente und Informationen über die Faktoren technischer Art und ihre eventuellen wirtschaftlichen Rückwirkungen zusammenzufassen, den Einfluß der obengenannten Faktoren auf die Abnutzung und Wertminderung der Straßen zu untersuchen und ferner Mittel und Wege zu suchen, die auf dem internationalen Gebiete zu ergreifen wären, um die beste Ausnutzung des bestehenden Straßennetzes zu sichern und den Verkehr und die Sicherheit auf den Straßen zu verbessern“.

3. Frachtenharmonisierung in der Binnenschifffahrt:

Bei dieser schwierigen Frage handelt es sich um die Harmonisierung der nationalen und internationalen Binnenschiffsfrachten, d. h. um die Beseitigung der Disparitäten, die zwischen den im allgemeinen mehr oder weniger geregelten nationalen und den freien internationalen Frachten auftreten. Der Ministerrat billigte in einer Resolution die bisher erzielten Ergebnisse und stimmte den Grundsätzen zu, die der weiteren Förderung der Arbeiten dienen sollen. Als nächste Etappe wird der Abschluß einer Konvention aller westeuropäischen Binnenschifffahrt-Länder angestrebt, welche die Ordnung des internationalen Verkehrs im gesamten Wasserstraßengebiet westlich des Rheins zum Ziele hat. Für das Rheingebiet sollen die Empfehlungen der Rheinschifffahrt-Konferenz von 1952 mit Unterstützung der Regierungen der Uferstaaten und Belgiens in noch stärkerem Umfange verwirklicht werden. In den beiden genannten Gebieten besteht auch ein Interesse der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, daß die Frage der Harmonisierung der nationalen und internationalen Frachten —

soweit sie Kohle und Stahl betreffen — eine Lösung findet.

4. Koordinierung der Investitionen:

Der Ministerrat nahm ferner Berichte entgegen, die sich mit der Koordinierung der Investitionen auf dem Gebiete der Eisenbahnen, Straßen und Wasserstraßen befassen. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die jährliche Weiterentwicklung der Investitionsprogramme. Bei den Eisenbahnen sind die Vorhaben vor allem auf eine Fortsetzung der Elektrifizierung gerichtet, die zur Zeit 51 vH der europäischen Hauptverkehrslinien umfaßt und bis Ende 1960 65 vH erreichen soll. Nicht minder wichtig ist der Ausbau großer internationaler Straßenverbindungen. Während man aus verschiedenen Gründen, die auch von der OEEC geteilt werden, von der Schaffung eines europäischen Straßenbau-Fonds abgesehen hat, kommt den im regionalen Rahmen arbeitenden „Besonderen Gruppen“ erhöhte Bedeutung zu. Hier sind vor allem die zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und Belgien, den Niederlanden und der Schweiz andererseits bestehenden Gruppen zu nennen, die den Bau wichtiger Grenzabschnitte fördern sollen.

Die bisherigen Arbeiten berechtigen zu der Feststellung, daß die Konferenz mit dieser elastischen und durchaus unbürokratischen Arbeitsmethode den richtigen Weg eingeschlagen hat, um die zeitliche und sachliche Koordinierung der Baudurchführung sicherzustellen.

Die Konferenz hat im Zusammenhang mit den Investitionen auch Überlegungen angestellt, ob und welche Maßnahmen für eine Anpassung der Kapazität des Verkehrs an die steigenden Anforderungen der Wirtschaft notwendig werden können.

5. Verkehrspolitischer Gedankenaustausch:

Besondere Hervorhebung verdient die Resolution des Ministerrats, über wichtige Änderungen, welche die Mitgliedstaaten in ihrer nationalen Verkehrspolitik beabsichtigen, einen Gedankenaustausch vorzunehmen. Dieses Verfahren wird geeignet sein, die Verkehrspolitik der einzelnen Länder in ihren Grundsätzen schrittweise einander anzunähern. Hier manifestiert sich deutlich das Bestreben der Verkehrsminister, die Europäisierung des Verkehrs unter Berücksichtigung berechtigter nationaler Belange der Mitgliedsländer wirksam zu fördern und damit einen realen und dauerhaften Beitrag für den europäischen Gedanken zu leisten.

Welches Interesse auch die politischen europäischen Institutionen an den Arbeiten der Verkehrsminister-Konferenz nehmen, zeigt die Tatsache, daß die jährlichen Tätigkeitsberichte der Konferenz schon mehrfach Gegenstand der Tagesordnung der Beratenden Versammlung des Europarats gewesen sind. Der 2. Tätigkeitsbericht, der am 19. April von Bundesverkehrsminister *Seehofer* vorgelegt worden war, stand am 26. Oktober 1956 zur Diskussion. Grundlage der Aussprache war eine Stellungnahme, welche die Wirtschaftskommission der Beratenden Versammlung zu den Arbeiten der Verkehrsminister-Konferenz vorbereitet hatte. In seiner Eigenschaft als Präsident der CEMT erhielt Minister *Seehofer* Gelegenheit, die Auffassung seiner 16 Kollegen zu den wichtigsten aktuellen Verkehrsproblemen vorzutragen und den Delegierten von den Ergebnissen der Münchener Ministertagung zu berichten.

Chr. Woelker

Stellungnahme der OEEC zur Konjunkturpolitik, zur Erdölversorgung und zur friedlichen Verwendung der Atomenergie

Am 15. November 1956 trat in Paris der ministerielle Arbeitsausschuß, der im Juli d. J. vom Ministerrat des Europäischen Wirtschaftsrates¹ mit der Untersuchung der Wirtschaftslage der Mitgliedstaaten und mit der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der inflationistischen Tendenzen in Westeuropa betraut worden war, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Tagung des ministeriellen Arbeitsausschusses kam angesichts der politischen Ereignisse im Nahen Osten, durch welche die westeuropäische Ölversorgung ernstlich gefährdet, die Kohleknappheit weiter verschärft und das Ansteigen der Seefrachten beschleunigt wurden, besondere Bedeutung zu.

In einer dem Ministerrat zugeleiteten Stellungnahme² wurden Vorschläge zu den Problemen der Produktionsausweitung, zur Preis- und Lohnpolitik sowie zu den Gleichgewichtsstörungen im zwischen europäischen Zahlungsverkehr unterbreitet. Der Ministerausschuß beschloß, seine Tätigkeit sowohl auf der ministeriellen Ebene als auch auf der Ebene der Minister-Stellvertreter fortzusetzen und nach einigen Monaten wieder zusammenzutreten.

Als ein besonders wichtiges Problem wurde von den Ministern anläßlich ihrer Zusammenkunft die Sicherung der westeuropäischen Erdölversorgung angesehen. Es wurde beschlossen, in dieser Frage gemeinsam vorzugehen. In einer Mitteilung vom 30. November wurde vom Generalsekretariat der OEEC über die inzwischen eingeleiteten Schritte auf dem Oelsektor berichtet³. Danach haben sich alle Mitgliedstaaten der OEEC gegenüber verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um den Ölverbrauch um 20 vH zu senken. Darüber hinaus haben sich alle Mitgliedstaaten zu einer engen Zusammenarbeit bereit erklärt, um gemeinsam mit der Ölindustrie die bestmögliche Ausnützung der vorhandenen Ölreserven und der Tankertonnage zu gewährleisten. Mit der Lenkung dieser Maßnahmen wurde das Ölkomitee der OEEC betraut. Ihm zur Seite steht ein beratendes Gremium aus Kreisen der europäischen Ölgesellschaften (Petroleum Industry Emergency Group — OPEG) mit Sitz in London.

Auf nationaler Ebene wurden ebenfalls Ausschüsse gebildet, in denen die Ölverteilungsgesellschaften zusammengefaßt sind und deren Aufgabe es ist, über die betreffenden Regierungen die Arbeit der zuständigen OEEC-Organen auf dem Oelsektor zu unterstützen. Die bisherigen Einzelheiten des Ölversorgungsplanes der OEEC lassen erkennen, daß seitens der OEEC der Versuch gemacht wird, die europäische Versorgungslage mit marktwirtschaftlichen Mitteln sicherzustellen und nicht mit strengen Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Der im Juli 1956 gegründete Lenkungsausschuß für Atomenergie⁴ hat auf seiner Mitte November durchgeführten ersten Sitzung das Statut für die Studiengruppe ausgearbeitet, deren Aufgabe es sein soll, die Gründung des ersten Gemeinschaftsunternehmens der OEEC auf dem Atomsektor vorzubereiten. Dieser Studiengruppe ge-

¹) Vgl. EA 16/1956, S. 9116.

²) „The Economic Situation in Member Countries“, Paris, 15. Nov. 1956, Press/A (56)55.

³) „Oil Supplies for Europe“, Paris, 30. Nov. 1956, Press/A (56)57.

⁴) Vgl. EA 16/1956, S. 9114 ff.

hören außer den sechs Mitgliedstaaten der Montanunion auch Oesterreich, Dänemark, Norwegen, Portugal, Großbritannien, Schweden, die Schweiz und die Türkei an.

Eine besondere Arbeitsgruppe wurde mit der Ausarbeitung eines Statutenentwurfs für das geplante Kontrollorgan betraut, dessen Aufgabe es sein soll, die Verwendung von Kernenergie durch das Gemeinschaftsunternehmen für militärische Zwecke zu verhindern. Der Lenkungsausschuß hat ferner Vorbereitungen für eine gemeinsame Aktion der OEEC-Mitgliedstaaten zur Angleichung der Atomgesetzgebung auf dem Gebiet des Zivilschutzes und des Verkehrswesens getroffen. Wi.

Der Generalrat der Sozialistischen Internationale zur Weltsituation

Zum ersten Male seit der Märztagung in Zürich* hat der Generalrat der Sozialistischen Internationale vom 30. November bis zum 2. Dezember 1956 eine Konferenz in Kopenhagen abgehalten, um zu der durch die Wendung in Polen und Ungarn und das britisch-französische Eingreifen im Mittleren Osten geschaffene Lage Stellung zu nehmen. Die von Morgan Phillips (Großbritannien) geleitete Tagung nahm Berichte von Oscar Pollak (Oesterreich) sowie Anna Kethly und Imre Szelig (Ungarn) über den Verlauf der ungarischen Ereignisse, die in den Umsturztagen erfolgte Neugründung der ungarischen Sozialdemokratie und die Bemühungen entgegen, die ungarische Frage vor die Vereinten Nationen zu bringen. Uebrigens gab Zygmunt Zaremba (Polen) eine Analyse der in den letzten Wochen vor sich gegangenen Wandlungen in seinem Heimatland. In der Debatte, die sich an diese Berichte anknüpfte, kamen bei der Beurteilung der Beweggründe und Auswirkungen der Moskauer Politik die verschiedensten Schattierungen zum Ausdruck. (Den Standpunkt der SPD vertrat Herbert Wehner.) Aber obwohl die aufwühlenden Ereignisse in Ungarn und in Polen begreiflicherweise das Hauptinteresse der Tagung in Anspruch nahmen, ergab sich keinerlei Schwierigkeit in der Formulierung eines Standpunkts, der allen Mitgliedsparteien annehmbar war. Eine einstimmig angenommene Resolution „erhebt im Namen des freiheitlichen Sozialismus feierlich Protest gegen Rußlands Krieg gegen das ungarische Volk“. Die Sozialistische Internationale reklamiert das Recht der Selbstbestimmung für jede Nation und das Recht zur Bildung freier und demokratischer Parteien „in allen heute noch halb oder ganz kolonialen Ländern Osteuropas“; sie geht also hier über die in Zürich aufgestellte Forderung nach der Wiederherstellung von durch die Kommunisten unterdrückten sozialistischen Parteien hinaus. Weiter fordert die Resolution die Respektierung der Beschlüsse der Vereinten Nationen über Ungarn, insbesondere den Abzug der Sowjettruppen und die Zulassung von Beobachtern, und verlangt schließlich die Ermöglichung der Einreise dreier ihrer Vertreter nach Ungarn.

Bei der Besprechung der Lage im Mittleren Osten hingegen ergaben sich sofort große und unüberbrückbare Schwierigkeiten, was — als das wesentliche politische Ereignis der Tagung von Kopenhagen — zu einem in der langen Geschichte der Sozialistischen Internationale bisher immer vermiedenen Ergebnis führte: der Verurteilung

der Haltung einer Mitgliedspartei. Schon das Vorgehen Israels, von dem Evert Vermeer, der Vorsitzende der niederländischen Partei der Arbeit, sagte, es sei nichts anderes als Notwehr und höchstens ein Notwehrexzeß gewesen, fand keine einheitliche Beurteilung, doch war man sich insoweit einig, als man den Fall Israel nicht in die gleiche Kategorie einreichte wie die Aktion der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs.

Pierre Commin, Stellvertreter Guy Mollets in der Funktion des Generalsekretärs der französischen Sozialistischen Partei, verwies zur Rechtfertigung des französischen Vorgehens auf die Notwendigkeit, aus der Geschichte zu lernen und den Fehler des Nachgebens gegen die Diktatoren nicht wieder zu begehen, dessen sich die Westmächte in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg schuldig gemacht hatten. „Wir sind natürlich Vorkämpfer der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen“, sagte er, „aber wir wollen Vereinte Nationen haben, die gegen jeden Friedensbrecher die gleichen wirksamen Schritte ergreifen können und auch ergreifen.“ Man habe sich in New York darüber einigen können, eine internationale Polizeitruppe nach Ägypten zu schicken; aber die Vereinten Nationen wären nur dann eine wirksame Waffe im Kampf um Frieden und Freiheit, wenn sie auch willens und in der Lage wären, eine internationale Polizeitruppe nach Ungarn zu entsenden. Der Suezkanal dürfe weder in privatkapitalistischen Händen bleiben noch auch einseitig den Interessen eines einzigen Staates dienen.

Hugh Gaitskell als Hauptsprecher der gegenteiligen Auffassung begrüßte die Offenheit, mit der die französischen Sozialisten — im Gegensatz zur Regierung Eden — den Zusammenhang zwischen dem Nasserschen Nationalisierungsakt vom Juli 1956 und der britisch-französischen Aktion vom November zugeben. Der Vergleich mit 1938 sei verfehlt: die englischen „Appeaser“ von damals seien jetzt im allgemeinen Anhänger des Eingreifens in Ägypten. Als Vorkämpfer der Moral und Gerechtigkeit in internationalen Beziehungen müßten sich Sozialisten einem von den Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit gefällten Spruch beugen. Gaitskell warnte davor, einen Beschluß zu fassen, der die Gegensätze verwischen und eine Scheineinheit präsentieren würde. Ihm und seiner Partei, die in dieser Sache keine sehr populäre Haltung einnehme, gehe es nicht um den natürlichen Versuch einer Opposition, der eigenen Regierung Schwierigkeiten zu machen, oder gar darum, ein internationales Forum in den Dienst innerstaatlicher Auseinandersetzungen zu stellen. Es stehe viel mehr auf dem Spiele. Der demokratische Sozialismus müsse durch eine unmißverständliche Verurteilung der anglo-französischen Aktion in Ägypten vor den Völkern Asiens und Afrikas in Ehren bestehen können. Hier handle es sich um unabdingbare Grundsätze, deren genaue Einhaltung den demokratischen Sozialisten allein das Recht gebe, der kommunistischen Gewaltpolitik entgegenzutreten.

Die folgenden Debattenredner — darunter Herbert Wehner für die SPD, Alfred Mozer für die holländischen Sozialisten und Walter Bringolf für die schweizerischen Sozialdemokraten — unterstützten alle den Standpunkt Gaitskells. Nachdem Vermittlungsvorschläge der kanadischen und der belgischen Sozialisten zurückgezogen worden waren, gelangte ein von der Labour Party vor-

* Vgl. EA 8/1956, S. 8785

gelegter Resolutionsantrag zur Abstimmung, der — bei Anerkennung der Tatsache, daß Israel provoziert worden war — das Bedauern über die in Verletzung der Charta der Vereinten Nationen unternommene britisch-französische Aktion in Ägypten ausspricht und die bedingungslose Zurückziehung der britischen, französischen und israelischen Truppen verlangt. Der zweite Teil der Resolution enthält praktische Vorschläge für eine Lösung des Suezproblems auf Grundlage der sechs Punkte, auf die sich der Sicherheitsrat geeinigt hat, und für eine friedliche Lösung der Spannungen im Mittleren Osten (Beendigung des Kriegszustandes und der Blockierung Israels, freie Durchfahrt für israelische Schiffe, vereinbarte Grenzregulierungen, Vorkehrungen zugunsten der arabischen Flüchtlinge, Sicherungen sowohl für Israel als auch für die arabischen Staaten). Vor der Abstimmung über diesen Antrag verließ die französische Delegation unter Protest den Saal. Die Abstimmung wurde in zwei Teilen vorgenommen. Der erste Teil, der die britisch-französische Aktion verurteilt, wurde mit allen Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen, der zweite Teil mit allen Stimmen; in keinem Fall wurde eine Gegenstimme abgegeben.

Es war, wie schon gesagt, der erste Fall in der Geschichte der Internationale, in dem das Vorgehen einer Mitgliedspartei ausdrücklich, wenn auch in zurückhaltenden Wendungen, verurteilt wurde. (Das kann kaum mit Fällen verglichen werden, in denen eine einzelne Partei einen dem aller anderen Mitgliedsparteien entgegengesetzten Standpunkt vertrat, wie beispielsweise die SPD in der Frage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.) Das ist um so bedeutungsvoller, als dieser Beschluß auf Betreiben der Labour Party zustande kam, die seinerzeit als Vorbedingung zur Wiederaufrichtung der Internationale darauf bestanden hatte — entgegen der damaligen Haltung der französischen Sozialisten —, daß Beschlüsse der Internationale die Mitgliedsparteien nicht binden dürfen. Für die Zukunft ist das ein wichtiger Präzedenzfall, der die Labour Party auch im Falle einer Regierungsübernahme zu stärkerer Aktivität innerhalb der Sozialistischen Internationale und zu mehr Rücksicht auf ihre Haltung zwingen wird.

Angesichts der großen politischen Auseinandersetzung in Kopenhagen fanden andere Punkte der Tagesordnung einschließlich des Tätigkeitsberichtes des Sekretärs Bjarne Braatoy (Norwegen) kaum die Beachtung, die ihnen an sich zukommen würde. Jules Moch (Frankreich) gab einen wenig optimistischen Ueberblick über Stand und Aussichten der Abrüstungsverhandlungen. Eine zu dieser Frage angenommene Resolution sprach die Ansicht aus, daß ein Uebereinkommen zwischen den Großmächten über Abrüstung nicht an eine vorhergegangene Regelung der politischen Probleme gebunden sein sollte. Vereinbarungen über eine Begrenzung und Ueberwachung von Versuchen mit Kernwaffen als Vorstufe für ein Verbot sollten unverzüglich gesucht werden. Einseitige Abrüstungsmaßnahmen seien zwar zu begrüßen, wären aber kein Ersatz für ein internationales Uebereinkommen, das eine wirksame gegenseitige Ueberwachung vorsieht.

Nach einem einleitenden Referat von Hendrik Vos (Niederlande) und einer kurzen Debatte nahm der Generalrat eine Resolution über die Organisierung der Hilfe für unterentwickelte Gebiete im Rahmen der Ver-

einten Nationen an. SUNFED, das für diese Zwecke in Aussicht genommene Fachorgan der Vereinten Nationen, sollte grundsätzlich durch Beiträge der Mitgliedstaaten einschließlich der führenden Industrieländer finanziert werden. Der Beitrag würde in den ersten fünf Jahren etwa 1 vH des Volkseinkommens des betreffenden Landes entsprechen und später im Maße der Vergrößerung des Volkseinkommens steigen.

An die Tagung des Generalrates der Sozialistischen Internationale schloß sich eine zweitägige Konferenz der Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas an, in der die sozialistischen Exilparteien aus den baltischen Ländern, aus Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, der Tschechoslowakei, der Ukraine und Ungarn zusammengefaßt sind. Sie beschäftigte sich auf Grund von ausführlichen Referaten von Bruno Kalnins (Lettland), Zygmunt Zaremba (Polen), Vilem Bernard (Tschechoslowakei), Zivko Topalovitch (Jugoslawien) sowie Anna Kethly und Imre Szelig (Ungarn) mit der durch die letzten Ereignisse in Polen und Ungarn geschaffenen Lage. Eine von der Konferenz beschlossene Resolution verlangt volle nationale Unabhängigkeit, politische Freiheit und das Recht zur Bildung demokratischer politischer Parteien. Das Recht, seine eigene Regierung zu wählen, sollte „unter den gegebenen Umständen durch freie Wahlen unter internationaler Ueberwachung verwirklicht werden“. In einer deutlichen Anspielung auf das Gomulka-Regime in Polen wird gesagt, daß „jeder Fortschritt in dieser Richtung neue Aussichten für den Kampf um volle Unabhängigkeit eröffnet“. Die Resolution begrüßt schließlich die Osteuropa betreffenden Beschlüsse des Generalrates der Sozialistischen Internationale und spricht sich überdies dafür aus, daß dem Beschluß über die Bildung einer internationalen Polizeitruppe der Vereinten Nationen allgemeine Bedeutung gegeben werde; er solle auf Ungarn Anwendung finden.

J. W. Brügel

Zweiter Kongreß der Sozialisten Asiens

Die im Januar 1953 in Rangun (Burma) als Zusammenfassung der demokratisch-sozialistischen Parteien Asiens gegründete *Asiatische Sozialistische Konferenz* hielt in den Tagen vom 1. bis zum 10. November 1956 in Bombay ihren zweiten Kongreß ab*. Die Internationale der asiatischen Sozialisten besteht neben der Sozialistischen Internationale, aber nicht als eine Konkurrenzorganisation. Von allem Anfang an hat es zwischen den beiden Körperschaften ein starkes Maß der Zusammenarbeit mit gegenseitiger Beschickung von Tagungen gegeben. Beide Organisationen veranstalten gemeinsam alljährlich einen „Freiheitstag der abhängigen Völker“; verfolgen gemeinsame Richtlinien einer Politik der Hilfe für unterentwickelte Gebiete und bereiten jetzt ein gemeinsames Programm für eine zeitliche Begrenzung der noch bestehenden Kolonialregime vor. Einige Mitgliedsparteien der Asiatischen Sozialistischen Konferenz, wie die indische, israelische (Mapai) und japanische, haben der Sozialistischen Internationale schon vor 1953 angehört und sind nun in beiden Organisationen vertreten, andere, wie die sozialistischen Parteien Burmas und Indonesiens, haben ihre antikolonialen Ressentiments noch nicht überwunden

*) Vgl. den Bericht über die Gründungskonferenz in EA 3/1953, S. 5486.

und würden sich einem vollen Aufgehen in der Sozialistischen Internationale gemeinsam mit Parteien aus Ländern, die des Kolonialismus bezichtigt werden, vorläufig noch entgegenstellen. Trotz mancher auch wieder in Bombay geäußerten Kritik, vor allem an der Haltung der französischen Sozialisten, haben sich aber die Gegensätze hier in den letzten Jahren sehr verringert. Zwar hat die Asiatische Sozialistische Konferenz in ihrer in Rangun beschlossenen 14-Punkte-Erklärung über „Grundsätze und Ziele des Sozialismus“ alle wesentlichen Gedankengänge aus der vom Frankfurter Kongreß der Sozialistischen Internationale 1951 beschlossenen Deklaration über „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ übernommen, doch herrscht, was sicher nicht verwunderlich ist, in ideologischen Fragen noch nicht absolute Klarheit. Neben den Vertretern der Sozialistischen Internationale nahmen an den Beratungen des Kongresses von Bombay sowohl Vertreter der jugoslawischen Kommunisten als auch ein Sprecher der italienischen Nenni-Partei als Gastdelegierte teil. Die Vertreter der Sozialistischen Internationale waren deren Vizepräsident Erich Ollenhauer, der österreichische Vizekanzler, Dr. Adolf Schärf, und der frühere Sekretär der Internationale Julius Braunthal. Ollenhauer überbrachte die Grüße und Wünsche der Sozialistischen Internationale.

Der Kongreß tagte unter dem Vorsitz des burmesischen Regierungschefs *U Ba Swe*, der in seiner Funktion als Präsident für die nächsten zwei Jahre bestätigt wurde. *Wijono* (Indonesien), der bisherige Sekretär der Asiatischen Sozialistischen Konferenz, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. An der Konferenz nahmen Vertreter der Mitgliedsparteien aus Burma, Indien, Indonesien, Israel, Japan und Pakistan sowie Delegierte zweier vom Kongreß neu aufgenommener Mitgliedsparteien teil: der Shree-Lanka-Freiheitspartei Ceylons und der Sozialisten Nepals. Die gleichfalls neu aufgenommene Sozialistische Partei von Süd-Vietnam war nicht vertreten.

Als Diskussionsunterlage für den Kongreß von Bombay hatte die Sozialdemokratische Partei Japans ein ausführliches Memorandum vorbereitet, das sich um die Wertung der durch den Moskauer Parteitag von 1956 hervorgerufenen Änderungen in der internationalen Situation bemühte. Sein Inhalt war durch den Konflikt um den Suezkanal, die israelische sowie die britisch-französische Aktion gegen Ägypten, den Umsturz in Polen und die sowjetische Intervention in Ungarn in den Hintergrund gedrängt worden. Es ist bemerkenswert, daß der Kongreß einstimmig gegen die sowjetische Intervention in Ungarn

mit einer Entschiedenheit protestiert hat, die den verschiedenen Erklärungen *Nehrus* in der gleichen Sache abgeht. (Es verdient, in diesem Zusammenhang festgehalten zu werden, daß die indischen Sozialisten im Parlament ihres Landes gegen die Versuche der Regierungspartei aufgetreten sind, trotz aller an die Adresse Moskaus gerichteten Kritik bei der Beurteilung des anglo-französischen Vorgehens in Ägypten und des sowjetischen in Ungarn verschiedene Maßstäbe anzulegen.)

Wie erwartet werden konnte, hat der Kongreß von Bombay die britisch-französische Aktion gegen Ägypten scharf kritisiert; er hat sich damit der von der britischen Arbeiterpartei im Unterhaus eingenommenen Haltung angeschlossen. Hingegen kam es in Bombay zu Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die militärische Aktion Israels gegen Ägypten. 1953 hatte die Sozialistische Partei des Libanon den Beitritt zur Asiatischen Sozialistischen Konferenz wegen der Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Partei Israels abgelehnt. Inzwischen haben sich die Sozialisten Libanons — des einzigen Nachbarstaates von Israel, in dem es eine kleine sozialistische Bewegung gibt — mit der Mitgliedschaft der Mapai abgefunden; doch waren keine Vertreter Libanons in Bombay anwesend. Die von dem ehemaligen Außenminister Mosche *Sharett* geführte Delegation Israels — *Sharett* ist übrigens aus der Regierung ausgetreten, weil er ein Gegner der militanteren Haltung des Ministerpräsidenten *Ben-Gurion* ist — wies in der Diskussion in Bombay darauf hin, daß alle Versuche ihres Landes, mit den arabischen Nachbarn zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien; diese würden Israel nach wie vor mit einem Vernichtungskrieg bedrohen. Israel habe in Selbstverteidigung und völlig unabhängig von der britisch-französischen Aktion gehandelt, von der es keine vorherige Kenntnis hatte. Hingegen beschuldigte die Delegation der kleinen Sozialistischen Partei Pakistans Israel eines Angriffsaktes, der vom Kongreß unzweideutig verurteilt werden müsse. Interessanterweise bekannte sich der Kongreß zu der Ansicht, daß hier verschiedene Maßstäbe angelegt werden müßten. Die von ihm angenommene Resolution verurteilt das britisch-französische Eingreifen in Ägypten, spricht aber in bezug auf das Eindringen israelischer Streitkräfte in das Gebiet jenseits der Demarkationslinie nicht mehr als ernste Mißbilligung aus.

Eine Stellungnahme des Kongresses zur Frage von Kaschmir befürwortete eine friedliche Regelung, ohne sich über die Ansprüche auszusprechen, die sowohl Indien als auch Pakistan auf dieses strittige Gebiet erheben.

J. W. Brügel

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Dezember 1956

Die Ereignisse in Europa

Bulgarien

1. Ministerpräsident Anton *Jugoff* erklärt auf einer Jugendversammlung, daß durch feindliche Elemente Unruhe in die junge Generation hineingetragen worden sei. Bulgarien werde jedoch kein zweites Ungarn werden.

Deutschland

3. Das Auswärtige Amt erklärt, daß die Bundesregierung, obwohl der guatemalteische Nationalkongreß am 23. November 1956 die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland beschlossen habe, nicht gewillt sei, diplomatische Beziehungen zu Guatemala aufzunehmen, weil gleichzeitig alle deutschen Vermögenswerte endgültig und entschädigungslos verstaatlicht worden sind.
5. Der Bundestag verabschiedet in dritter Lesung gegen die Stimmen der SPD und zweier Mitglieder der Fraktion der FDP das Gesetz über die Dauer des Grundwehrdienstes (12 Monate) und die Gesamtdauer der Wehrübungen (für Mannschaften höchstens 9 Monate).
6. In Beantwortung einer Großen Anfrage der SPD erklärt der Bundesminister des Auswärtigen, Heinrich von *Brentano*, daß die Bundesregierung bezüglich des Osthandels keine Politik um der Wirtschaft willen treiben könne. Bei der Aufnahme von Handelsbeziehungen zu den Staaten Osteuropas müsse ein Verhalten vermieden werden, das zu einer weitgehenden Anerkennung der DDR führen könne. *Brentano* spricht sich gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion aus, weil ein solcher Vertrag ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion als das gegenwärtige voraussetze.
- 6.—10. Staatsbesuch des italienischen Präsidenten, Giovanni *Grondii*, der von Außenminister Gaetano *Martino* begleitet ist. In einem gemeinsamen Communiqué wird u. a. festgestellt, daß in Gesprächen mit dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler und dem Bundesminister des Auswärtigen die beiderseitige Ueberzeugung zum Ausdruck gekommen sei, im Interesse der Aufrechterhaltung und Sicherung des Weltfriedens sei ein einmütiges Zusammenwirken aller Mitgliedstaaten der NATO nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet durch eine ständige und umfassendere Konsultation notwendig. Die Gesprächspartner sprechen sich für ein beschleunigtes Fortschreiten im Sinne der Beschlüsse der Messina-Konferenz und für eine Stärkung der Westeuropäischen Union aus. Der Versammlung der WEU müßten echte Zuständigkeiten eingeräumt werden. Außerdem müsse die Regelung für die Willensbildung im Ministerrat der WEU in Richtung auf eine Erleichterung gemeinsamer Entscheidungen überprüft werden. Abschließend anerkennen die Staatsmänner die Zweck-

mäßigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den entwicklungsfähigen Ländern des Nahen Ostens, um ihnen einen schnelleren Fortschritt zu ermöglichen.

13. Der saarländische Landtag verabschiedet mit den Stimmen der CDU, CVP und SPD das Gesetz über den Beitritt des Saargebietes zur Bundesrepublik. Die Abgeordneten der DPS enthalten sich der Stimme, weil, wie der Parteivorsitzende, Heinrich *Schneider*, erklärt, die Wahrung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen des Landes durch die Bundesregierung noch nicht genügend zugesichert worden sei. Nach der Abstimmung erklären Landtagspräsident Dr. *Schneider* und die Minister *Schuster* und *Schwertner* (alle DPS) ihren Rücktritt.

Der Bundestag billigt in dritter Lesung einstimmig den deutsch-französischen Saarvertrag und die im Zusammenhang damit geschlossenen Verträge über die Moselkanalisierung, den Rheinseitenkanal und die Abänderung des Vertrages über die Errichtung der EGKS.

Der Bundesminister des Auswärtigen, Heinrich von *Brentano*, erklärt gegenüber einem Vertreter der Politisch-Sozialen Korrespondenz, die Bundesregierung halte den Gedanken eines europäischen Sicherheitssystems für fruchtbar und sei bereit, alle realen Möglichkeiten eines solchen Systems zu erörtern, alle möglichen Garantien zu geben und über eine etwaige entmilitarisierte Zone zu sprechen. Die Sicherheit der Bundesrepublik dürfe aber nicht verringert werden, und eine Anerkennung der Teilung Deutschlands sei zu vermeiden. Der Bundesminister gibt der Hoffnung Ausdruck, daß im Laufe der Zeit kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Staaten Osteuropas behutsam angebahnt werden könnten, wobei jedoch der Eindruck vermieden werden müsse, man wolle auf innenpolitische Entwicklungen dieser Staaten Einfluß nehmen.

Frankreich

3. Vor der Nationalversammlung gibt Außenminister Christian *Pineau* den unverzüglichen Rückzug der französischen Truppen aus Ägypten bekannt und bittet das Haus, die Sorgen der Regierung zu verstehen und ihr zu helfen, die Interessen des Landes bis zum Ende zu verteidigen. Die von Frankreich immer befürwortete Idee einer internationalen Streitmacht dürfe nicht durch einen Mißerfolg kompromittiert werden.
10. Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, führt in Paris nacheinander Besprechungen mit dem britischen Außenminister, Selwyn *Lloyd*, und dem französischen Außenminister, Christian *Pineau*, in denen neben der Vorbereitung der Tagung des Nordatlantikrates vor allem die Lage im Mittleren Osten

zur Sprache kommt. Einzelheiten werden nicht bekanntgegeben.

12. Die Nationalversammlung billigt mit 354 gegen 225 Stimmen den deutsch-französischen Saarvertrag und die im Zusammenhang damit geschlossenen Verträge über die Moselkanalisierung, den Rheinseitenkanal und die Abänderung des Vertrages über die Errichtung der EGKS.

Griechenland

14. Der britische Kolonialminister, Alan *Lennox-Boyd*, führt mit Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis* Besprechungen und trägt den im Auftrage der britischen Regierung von Lord *Radcliffe* erarbeiteten Plan für eine Selbstverwaltung für Cypern vor. In einer anschließenden Kabinettsitzung wird der Plan von der Regierung abgelehnt.

Großbritannien

2. Der französische Außenminister, Christian *Pineau*, erörtert mit Lordsiegelbewahrer Robert A. *Butler* und Außenminister Selwyn *Lloyd* die Lage in Ägypten und erzielt, wie es in einem Kommuniqué heißt, über die nächsten zu ergreifenden Schritte völlige Uebereinstimmung.
Der amtierende türkische Außenminister, Ethem *Menderes*, erklärt nach Abschluß mehrtägiger Besprechungen mit Außenminister Selwyn *Lloyd*, daß in allen besprochenen Fragen völlige Uebereinstimmung erzielt worden sei.
3. Außenminister Selwyn *Lloyd* gibt im Unterhaus bekannt, daß der Oberkommandierende der britisch-französischen Streitkräfte in Ägypten angewiesen worden sei, mit dem Chef des Kommandos der Internationalen Streitmacht der Vereinten Nationen, Generalmajor Louis M. *Burns*, einen Zeitplan für den kurzfristigen Abzug der britischen und französischen Truppen aus Ägypten zu vereinbaren. Nach einer zweitägigen Debatte über die Ereignisse im Mittleren Osten spricht das Unterhaus am 6. Dezember der Regierung mit 312 gegen 260 Stimmen bei 15 Enthaltungen für ihre Mittelostpolitik das Vertrauen aus.
12. Gruppen der „Irischen Republikanischen Armee“ beginnen mit zahlreichen Sprengstoffanschlägen und bewaffneten Ueberfällen auf militärische und öffentliche Gebäude und auf Verkehrseinrichtungen in Nordirland.
14. Premierminister Sir Anthony *Eden* kehrt von seinem Urlaub auf Jamaika zurück und übernimmt wieder seine Amtsgeschäfte.
15. Während einer Zwischenlandung in London hat der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, mit Premierminister Sir Anthony *Eden* eine Unterredung und erklärt vor seinem Weiterflug, er sei mit dem Gespräch sehr zufrieden.

Irland

14. Im Zusammenhang mit dem Wiederaufleben der Tätigkeit der „Irischen Republikanischen Armee“ in Nordirland (vgl. Großbritannien) ordnet die Regierung den Einsatz von Polizei und Armee an, um, wie es in einer Erklärung heißt, Verluste von Menschenleben und den Ausbruch eines Bürgerkriegs zu vermeiden.

Island

2. Auf ihrem Jahreskongreß wählt die Sozialdemokratische Partei Emil *Jonsson* zum Nachfolger des zurückgetretenen Vorsitzenden Haraldur *Gudmundsson* und bekennt sich in einer Resolution angesichts der kritischen Weltlage zur Notwendigkeit des Nordatlantikpakts und des Verbleibens amerikanischer Truppen in Island.

Italien

- 8.—14. Der 8. Parteitag der Kommunistischen Partei steht weitgehend im Zeichen scharfer Auseinandersetzungen mit einer oppositionellen Minderheit. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Palmiro *Togliatti*, bezeichnet als selbstverständliche Pflicht eines Kommunisten die Anerkennung der sowjetischen Oktoberrevolution als Vorbild; von Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetunion könne jedoch keine Rede sein. Bei den Ereignissen in Ungarn beklagt *Togliatti* gleichermaßen die Fehler des Rakosi-Regimes als auch die Tatsache, daß sich die ungarische Arbeiterschaft der Konterrevolution zur Verfügung gestellt habe. *Togliatti* legt Nachdruck auf die Einheit der Partei und wendet sich energisch gegen etwaige Abweichungen von der Parteilinie. In einer Schlußresolution sprechen sich die Teilnehmer für ein System selbständiger sozialistischer Staaten und für die Autonomie der kommunistischen Parteien aus. Bei den Wahlen zum Zentralkomitee werden 40 Mitglieder vor allem durch Angehörige der jüngeren Generation ersetzt.

Jugoslawien

- 4.—8. Staatsbesuch des griechischen Ministerpräsidenten, Konstantin *Karamanlis*. In einer nach Abschluß der Besprechungen mit Präsident *Tito* und Vizepräsident Edvard *Kardelj* veröffentlichten gemeinsamen Erklärung wird dem Vertrauen in die künftige Entwicklung und die Intensivierung der Freundschaft zwischen den beiden Ländern Ausdruck gegeben. Jugoslawien bringe der Bevölkerung von Cypern im Geiste des Selbstbestimmungsrechts aufrichtige Sympathie entgegen und sei bereit, eine gerechte Lösung moralisch und politisch zu unterstützen. Die beiden Regierungen seien sich einig, daß die Zusammenarbeit im Rahmen des Balkanpaktes verbessert werden müßte.
7. In einer Rede vor dem Parlament erklärt Vizepräsident Edvard *Kardelj*, die Ereignisse in Ungarn seien nicht durch einzelne Fehler des vergangenen Regimes, sondern durch das Vorhandensein eines bestimmten Systems verursacht worden, welches das Volk von der Macht trenne. Die Kardinalfrage des heutigen Ungarn liege in der Notwendigkeit einer gründlichen Aenderung des politischen Systems. Bei der sowjetischen Intervention in Ungarn habe nicht die Frage des Sozialismus, sondern das Kräfteverhältnis in den bestehenden internationalen Beziehungen die Hauptrolle gespielt. Nunmehr seien in Ungarn die Arbeiterkräfte die einzige wirklich sozialistische Kraft.
12. Das ehemalige Mitglied des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Milovan *Djilas* wird „wegen Tätigkeit gegen das Regime“ vom Belgrader Bezirks-

gericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. (Vgl. Zeittafel in EA 24/1956.)

Oesterreich

5. Das Innenministerium gibt bekannt, daß bis zum 4. Dezember insgesamt 111 000 Flüchtlinge aus Ungarn eingetroffen seien, von denen bisher 37 000 ins Ausland weiterbefördert wurden.

Polen

- 2.—3. In einer Plenarsitzung des Zentralkomitees der Demokratischen Partei wird Stanislaw *Kulcinski* zum Nachfolger des zurückgetretenen Vorsitzenden des Zentralkomitees, Waclaw *Barcikowski*, gewählt. Zahlreiche in der vergangenen Zeit verfolgte Mitglieder werden in das Zentralkomitee berufen. Generalsekretär Leon *Chajn* ruft zu einer verstärkten Aktivität der Partei und zur Festigung ihrer politischen Selbständigkeit auf und nennt folgende Postulate der Partei: Beziehungen zur Sowjetunion auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses, Festigung der sozialistischen Legalität sowie Förderung der Intelligenz, des Gewerbes, der Kleinindustrie und des privaten Handels.
4. Im Einvernehmen mit der Regierung ernennt der Heilige Stuhl vier polnische Weihbischöfe zu Generalvikaren der polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete unter der Jurisdiktion des Primas von Polen. Ein weiterer polnischer Weihbischof wird zum Coadjutor sedis datus für das Bistum Danzig ernannt.
7. Zum Nachfolger des zurückgetretenen Außenhandelsministers *Dabrowski* wird der Präsident der Nationalbank, Witold *Trampczynski*, ernannt.
9. Der Vorsitzende des Zentralen Exekutivkomitees der früheren Polnischen Sozialistischen Partei, Edward *Osubka-Morawski*, der 1948 die Teilnahme am Zusammenschluß zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei verweigert hatte, erhält vom Sekretariat des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die Parteimitgliedschaft zuerkannt.
11. Hermann *Matern*, Friedrich *Ebert* und Heinrich *Rau* führen im Namen des Politbüros der SED mit Mitgliedern des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, darunter Wladyslaw *Gomulka*, Besprechungen über Fragen von gemeinsamem Interesse für die beiden Parteien und erzielen, wie es in einer Bekanntmachung der SED heißt, eine grundsätzliche Uebereinstimmung in allen behandelten Fragen.

Schweiz

13. Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Bundesrat Dr. Hans *Streuli* mit 175 von 182 Stimmen zum Bundespräsidenten für das Jahr 1957. Bundesrat Thomas *Holenstein* wird zum Vizepräsidenten des

Bundesrates und Bundesrichter Wilhelm *Stauffer* zum Präsidenten des Bundesgerichtes gewählt.

Sowjetunion

3. Mit der Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung werden am 26. November begonnene Verhandlungen zwischen dem rumänischen Ministerpräsidenten, Chivu *Stoica*, und Ministerpräsident *Bulganin* abgeschlossen. Die Gesprächspartner halten angesichts der internationalen Lage einen zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte in Rumänien in Uebereinstimmung mit dem Warschauer Pakt für zweckmäßig. Entsprechend der weiteren internationalen Entwicklung wollen sich die beiden Parteien über die weitere Stationierung sowjetischer Truppen in Rumänien konsultieren. Die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der beiden Länder soll vertieft werden.

Tschechoslowakei

- 5.—6. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Der Erste Sekretär, Antonin *Novotny*, erklärt in einer Rede, daß einige der neuen Beschlüsse der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei richtig seien; andere, besonders auf dem Gebiete der Agrarpolitik, seien jedoch bedenklich. Die tschechoslowakische Kommunistische Partei habe in der polnischen Frage einen zurückhaltenden Standpunkt eingenommen. *Novotny* kritisiert die Haltung des Präsidenten *Tito* gegenüber der jüngsten Entwicklung in Osteuropa. Belgrad habe den festvereinbarten Besuch einer tschechoslowakischen Regierungsdelegation in Jugoslawien abgesagt. *Novotny* weist den Vergleich der Tschechoslowakei mit Ungarn zurück.
10. Nach zweitägigen Besprechungen einer Delegation des Zentralkomitees der SED unter Führung von Walter *Ulbricht* mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, Antonin *Novotny*, und Ministerpräsident *Vilam Siroky*, wird in einem von ADN verbreiteten Kommuniqué mitgeteilt, es seien Fragen der gegenwärtigen Lage in Europa, der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung und der weiteren Entwicklung der engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regierungen und den Parteien beider Länder im Geiste einer aufrichtigen und herzlichen Freundschaft behandelt worden.

Ungarn

9. Die Regierung verbietet alle überbetrieblichen Arbeiterräte. Der Zentrale Arbeiterrat ruft zu einem zweitägigen Generalstreik auf, der trotz der Verhängung des Standrechts am 11. November weitgehend durchgeführt wird. An verschiedenen Orten kommt es an den folgenden Tagen zu Demonstrationen und bewaffneten Kämpfen zwischen Freiheitskämpfern einerseits und sowjetischen Truppen und ungarischer Polizei andererseits.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

5. Die britischen und französischen Truppen beginnen ihren Rückzug aus Aegypten.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

3. Außenminister *Dulles* stellt in einer Erklärung zur Lage im Mittleren Osten fest, daß sich die Vereinten

Nationen nicht nur mit der Erhaltung des Friedens, sondern auch mit der Beseitigung der Ursachen von Konflikten beschäftigen sollten. Dazu gehörten die Durchführung der Aufgaben der Internationalen Streitmacht, die unverzügliche Freimachung des Suezkanals, die Sicherung des Kanalbetriebs im Sinne der am 13. Oktober 1956 vom Sicherheitsrat angenommenen sechs Grundsätze und die endgültige Regelung des Palästina-Konflikts.

8. Die Regierung gibt bekannt, daß der bisherige Staatssekretär im Außenministerium, Herbert Hoover jr., mit Wirkung vom 1. Februar 1957 zurücktritt und durch Christian A. Herter ersetzt wird.

ASIEN

Burma

10. Der chinesische Ministerpräsident, *Tschu En-lai*, trifft zu einem mehrtägigen Staatsbesuch ein und führt mit Ministerpräsident *U Ba Swe* Besprechungen, bei denen auch die Regelung der burmesisch-chinesischen Grenzstreitigkeiten erörtert wird.

Indien

10. Der chinesische Ministerpräsident *Tschu En-lai* beendet einen zwölftägigen Staatsbesuch. Auf einer Pressekonferenz in Kalkutta erklärt er, daß die

chinesisch-amerikanischen Beziehungen durch eine Außenministerkonferenz verbessert werden könnten.

Japan

14. *Ichiro Hatoyama* erklärt seinen Rücktritt als Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei und als Ministerpräsident. Der Parteikongreß wählt *Tanzan Ishibashi* zu seinem Nachfolger als Parteivorsitzender und nominiert ihn für die Ernennung zum Ministerpräsidenten.

Pakistan

2. Nach einem achtägigen Staatsbesuch des afghanischen Ministerpräsidenten, *Sardar Mohammed Daud*, wird in einem gemeinsamen Kommuniqué mitgeteilt, daß er mit Ministerpräsident *Hussein Subrawardy* u. a. Gespräche über die verschiedenen Ansichten bezüglich des Grenzgebiets Puschtunistan geführt habe.

Persien

9. Außenminister *Ali Gholi Ardalan* gibt vor dem Parlament bekannt, daß Persien an alle Staaten des Mittleren Ostens mit dem Vorschlag herangetreten sei, in Teheran eine Konferenz zur Ueberbrückung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den arabischen Staaten abzuhalten.

Internationale Organisationen*

Organisation der Vereinten Nationen

3. In einer gleichlautenden Note an den Generalsekretär erklären die britische und die französische Regierung ihre Bereitschaft, ihre Truppen unverzüglich aus Ägypten zurückzuziehen. In einer zweiten Note werden u. a. die vom Sicherheitsrat am 13. Oktober 1956 angenommenen sechs Grundsätze (vgl. EA 24/1956, S.9442) und die Vereinigung der Suezkanal-Benutzer als Verhandlungsgrundlage für eine zukünftige Regelung der Suezkanal-Frage empfohlen.
4. Mit 54 Stimmen bei 23 Enthaltungen nimmt die Vollversammlung eine Resolution an, in der sie einen Besuch des Generalsekretärs in Budapest vorschlägt. In einer zweiten, mit 54 gegen 10 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommenen Entschließung werden die Sowjetunion und Ungarn aufgefordert, bis zum 7. Dezember ihr Einverständnis mit der Einreise von Beobachtern nach Ungarn zu erklären.
5. Die ungarische Regierung verweist in einem Kommuniqué auf frühere Mitteilungen an den Generalsekretär, daß sie dessen Besuch nur zu einem späteren Zeitpunkt wünsche und die Einreise von Beobachtern ablehne.
7. Mit 51 Stimmen wählt die Vollversammlung die Philippinen für ein Jahr als Mitglied des Sicherheitsrats als Nachfolger von Jugoslawien.
10. Die Vollversammlung wählt Dr. August Lindt (Schweiz) einstimmig zum Hochkommissar für das Flüchtlingswesen.
12. Die Vollversammlung verurteilt in einer mit 55 gegen 8 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommenen Resolution die Handlungsweise der Sowjetunion in Ungarn. Die Sowjetunion wird beschuldigt, die Charta

der Vereinten Nationen verletzt, Ungarn seiner Freiheit und Unabhängigkeit und das ungarische Volk seiner fundamentalen Menschenrechte beraubt zu haben.

Der Sicherheitsrat empfiehlt einstimmig die Aufnahme Japans in die Organisation der Vereinten Nationen. Der Antrag auf Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik erhält mit 4 (Sowjetunion, Jugoslawien, Persien und Peru) gegen 2 Stimmen (Formosa und Kuba), bei Enthaltung der restlichen Ratsmitglieder nicht die erforderliche Mehrheit.

13. Die Vollversammlung nimmt mit 63 Stimmen bei 9 Enthaltungen eine Resolution an, welche die Treuhandschaft der Vereinten Nationen über den von Großbritannien verwalteten Teil von Togo mit dem Tage für erloschen erklärt, an dem das Land, mit der Goldküste vereinigt, die Unabhängigkeit erlangen wird.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

- 11.—14. Tagung des Nordatlantikrates in Paris. (Der Wortlaut des Schlußkommunikés wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben.)

Westeuropäische Union (WEU)

10. Sitzung des Rates der WEU. (Der Wortlaut des Schlußkommunikés wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben.)

Sozialistische Internationale

2. Abschluß einer dreitägigen Konferenz des Generalrats der Sozialistischen Internationale in Kopenhagen. (Vgl. den Bericht auf Seite 9528 dieser Folge.)

*) Vgl. hierzu auch die in einer der nächsten Folgen erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Dezember 1956.

Auf S. 9537—9542 dieser Folge erscheinen die Mitteilungen des Europarats für November 1956.

Bücher und Broschüren

Abs, Hermann J.: Der Schutz wohlverborener Rechte im internationalen Verkehr als europäische Aufgabe. Betrachtungen zur Entwicklung der Suezkrise. Heidelberg: Verlagsgesellschaft „Recht und Wirtschaft“ mbH. 1956. 20 S. Kart. DM 2,—.

Collective Defense in South East Asia. The Manila Treaty and its Implications. A Report by a Chatham House Study Group. London — New York: Royal Institute of International Affairs 1956. XIV, 197 S. £ —/12/6.

Europa. Internationale Karte von Europa. Maßstab 1:3,5 Mill. Format 130×180 cm. Aufgezogen als Wandkarte auf Leinen mit Stäben und mit Textheft. Berlin — Wiesbaden: Schaffmann, Kluge & Co. 1956. DM 60,—.

Die völlig neu geschaffene Uebersichts- und Verkehrskarte zeigt das gesamte europäische Gebiet zwischen dem Nordkap und Afrika, Portugal und dem Ural. Alle Länder sind in verschiedenfarbigem Flächenkolorit dargestellt. Die Karte enthält sämtliche dem europäischen Verkehr dienenden Eisenbahnlinien, unterschieden nach Transittrecken, Fern- und Nebenstrecken, ferner in unterschiedlicher Zeichnung die Autobahnen, Europastraßen, Haupt- und andere wichtige Straßen, bzw. Karawanenwege, ebenso alle Erdölleitungen. Schifffahrtslinien sind in kontinentale und interkontinentale Routen gegliedert, See- und Binnenhäfen sowie Flughäfen durch verschiedene Signaturen bezeichnet.

Das der Karte beigegebene Erläuterungsheft enthält eine kurze, alphabetisch geordnete Darstellung der einzelnen Staaten, die den Gebrauchswert der Karte für jeden Benutzer erhöht. Es gliedert sich in Regierungsform, Gebiet und Bevölkerung, politische Aufteilung, Großstädte mit Einwohnerzahl, Verkehrswesen, Grenzübergänge, See- und Umschlagshäfen, Flughäfen, Export- und Importgüter, Währung, Landessprache und Klima. Karte und Beiheft bringen die Schreibweise der Staaten, der Orts- und anderen Namen dem Titel entsprechend in der landesüblichen amtlichen Schreibweise; zum leichteren Auffinden wurden jedoch in der politischen Gliederung Europas die deutschen Bezeichnungen an die erste Stelle gesetzt. Die Beschriftung von Orten in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Gebieten ist an erster Stelle deutsch und an zweiter fremdsprachlich gehalten.

Gorter, Wytze: United States Shipping Policy. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brother 1956. XX, 230 S. \$ 5,—.

Hyman, Sidney: Mr. Präsident. Eine Studie über die amerikanische Präsidentschaft. (Titel d. amerik. Originalausgabe: The American President.) Uebersetzt von Erwin Schumacher. Frankfurt a. M.: Nest Verlag GmbH. 1956. 359 S. Lw. DM 12,80.

Leubuscher, Charlotte: Bulk Buying from the Colonies. A Study of the Bulk Purchase of Colonial Commodities by the United Kingdom Government. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1956. X, 206 S. 30 s.

On Limiting Atomic War. London — New York: Royal Institute of International Affairs 1956. 46 S. £ —/2/6.

Marcks, Otto: Die Bundeswehr im Aufbau. Ein Bildband. Bonn: Athenäum-Verlag 1957. 110 S. mit 143 Abb. Kart. DM 9,80.

The Moffat Papers. Selections from the Diplomatic Journals of Jay Pierrepont Moffat 1919—1943. Edited by

Nancy Harvison Hooker. With a Foreword by Sumner Welles. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press 1956. 408 S. \$ 7.50.

Rauschnig, Dietrich: Der Streit um den Suezkanal. Analyse — Materialien — Bibliographie. Hamburg 1956. XXVI, 187 S. (Hektographierte Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Nr. 27). DM 10,—.

Diese aktuelle Schrift analysiert die gesamte Rechtsentwicklung des Suezkanalproblems bis zum Erlaß des Verstaatlichungsgesetzes durch den ägyptischen Staatspräsidenten Nasser, gibt eine Darstellung der beiden ersten Londoner Suezkonferenzen und enthält schließlich eine Beurteilung von vier Lösungsmöglichkeiten: durch die Vereinten Nationen, durch den Internationalen Gerichtshof, durch militärische Gewalt und durch gütliche Vereinbarung. Dabei gelangt der Bearbeiter zu der Feststellung, daß die Anwendung von militärischer Gewalt nach der Satzung der Vereinten Nationen für die Lösung des vorliegenden Falles „absolut ausgeschlossen“ sei. Eine Lösung des Streitfalles ohne die Mitarbeit Ägyptens sei nicht möglich. Es dürfte daher den Interessen der Westmächte am besten dienen, mit Ägypten zu verhandeln und dabei zu versuchen, die Verpflichtungen Ägyptens objektiv bestimmbar in einem völkerrechtlichen Vertrag festzulegen. Es liege im eigenen wirtschaftlichen und politischen Interesse Ägyptens, derartige Bestimmungen einzuhalten. Würde Ägypten dann seine Verbindlichkeiten brechen, verstieße es gegen das Völkerrecht, und dann könnten Sanktionen rechtmäßig durchgeführt werden.

Die dieser Analyse beigegebenen dokumentarischen Materialien reichen von der ersten Konzession zum Bau und Betrieb des Suezkanals aus dem Jahre 1854 bis zu dem Menon-Plan vom 21. August 1956. Eine umfangreiche Bibliographie rundet die Materialsammlung ab. E. W.

Report on the Soviet Union in 1956. A Symposium of the Institute for the Study of the USSR. Conference at the Carnegie International Center, New York, April 28-29, 1956. München: Institute for the Study of the USSR 1956. V, 218 S.

Bei diesem Buche handelt es sich um eine Sammlung von Vorträgen, welche anläßlich eines Ende April 1956 in New York vom Münchener Institut für das Studium der UdSSR veranstalteten Konferenz gehalten wurden. Den in drei Abschnitte unterteilten acht Vorträgen folgen jeweils kürzere Kolloquien und am Ende jedes Abschnitts eine Schlußbemerkung. Nach einem einführenden Referat im ersten Abschnitt gibt N. S. Laskovsky eine Analyse des XX. Parteikongresses der KPdSU und V. P. Timoshenko eine solche über die sowjetische Agrarpolitik und das Nationalitätenproblem. Der zweite Abschnitt ist wissenschaftlichen Fragen gewidmet: M. O. Vetukhiv gibt einen Ueberblick über „Contemporary Soviet Science“, dem sich ein Kurzreferat über die Ausbildung der Ingenieure in der UdSSR von I. J. Moskvitinnoff und eines über Folgen der „Entthronung Stalins als Koryphäe der Wissenschaft“ von A. P. Philippov anschließen. Mit „Socialist Realism and Its Current Aspects“ (A. A. Adamovich) ist der zweite Vortrag betitelt, der ergänzt wird von Kurzreferaten über Fragen der Kunst und des Theaters. Vorwiegend politische und wirtschaftliche Themen behandeln schließlich die letzten drei Vorträge des dritten Abschnitts: „Soviet Asian Policy“ (Rusi Nasar), „Mongolia and Soviet Far Eastern Policy“ (Nicholas Poppe). Auch hier, wie nach dem letzten Referat über „Soviet Foreign Economic Policy: Trade and Assistance Programs“ (J. M. Letiche), sind mehrere „Panel-Reports“ angeschlossen. Prof. Philip E. Mosely widmet diesem dritten Abschnitt eine zusammenfassende Schlußbemerkung. In zwei Anhängen wird der Sammlung ein Kommentar zu dem Referat von V. P. Timoshenko über die sowjetische Agrarpolitik (durch

A. P. Philipov) und einige kurze biographische Angaben über die Konferenzteilnehmer hinzugefügt.

Dr. C. Gasteyer

Ritter, Gerhard: Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos. Mit erstmaliger Veröffentlichung der Texte und 6 Kartenskizzen. München: Verlag R. Oldenbourg 1956. 200 S.

Während im Zweiten Weltkrieg sich in fünf schicksalhaften Monaten das geistige Ringen um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive des Jahres 1940 vollzog, war ein solcher Feldzugsplan für den Ersten Weltkrieg das Werk jahrelanger Generalstabsreisen und fortgesetzt kritischer Generalstabsarbeit. Seit dem Jahre 1897 hatte der damalige Chef des Generalstabes, Graf Schlieffen, den Gedanken einer großen Umfassungsoperation mit starkem rechten Flügel (Kräfteverhältnis zum linken: 7:1) immer schärfer herausgearbeitet und schließlich im Dezember 1905 gültig formuliert. Freilich glaubte sein Nachfolger, der jüngere Moltke —, angesichts der veränderten militärpolitischen Lage —, diesen Plan nicht konsequent verwirklichen zu können. Als dann im Sommer 1914 an der Westfront nicht der erhoffte Erfolg eintrat, sahen später viele Militärkritiker den Grund hierzu vor allem in der Tatsache, daß die deutsche Oberste Heeresleitung das von Schlieffen vorgesehene Kräfteverhältnis zwischen beiden Angriffsflügeln abgeändert hatte.

Diesen „Schlieffen-Mythos“ hat G. Ritter einer scharfen, im wesentlichen berechtigten Kritik unterzogen. Er weist darauf hin, daß die bisherige Diskussion um den Schlieffenplan deshalb fehlgegangen sei, weil man mit ihm das sichere Siegesrezept im Falle einer militärischen Auseinandersetzung im Westen zu haben meinte. Demgegenüber zeigt der Verfasser, daß die geplante Umfassungsbewegung, die durch Süd holland, Belgien und möglicherweise westlich Paris vorbeiführen sollte, auf Grund des Mißverhältnisses zwischen dem deutschen Kampfziel — Vernichtung des französischen Heeres — und dem Ausmaß der dafür praktisch verfügbaren Kräfte ein höchst gewagtes Unternehmen gewesen sei; ja, für die Totalvernichtung des Gegners hätte das deutsche Wehrpotential nicht ausgereicht, zumal es dann im Osten immer noch das russische Heer zu schlagen galt. Hierbei übergeht der Verfasser allerdings Schlieffens Konzeption, wonach die Entscheidung im Westen schon in den Grenzschlachten angestrebt werden sollte; erst in zweiter Linie wollte Schlieffen Paris umfassen lassen. (Unverständlich bleibt, warum der Verfasser den Angriff auf eine befestigte Stadt eine „Terrormaßnahme“ nennt).

Ritter bezeichnet den Schlieffenplan geradezu als den „Anfang unseres Unglücks“. Ließ doch der unerhörte Zeitdruck, unter dem der ganze Westaufmarsch stand, im Jahre 1914 für das politische Kalkül viel zu wenig Spielraum. Dieser Plan zwang somit Deutschland, vor der Welt die Rolle des Angreifers zu übernehmen. Unzweifelhaft bleibt es die Schuld der Nachfolger Bismarcks, daß sie ohne Vorbehalt die Kriegsplanung als die Sache der Militärs betrachteten. Ueberzeugend ist auch Ritters These, daß der Schlieffenplan nicht als eine deutsche Präventivmaßnahme zur Zeit der Marokkokrise aufgefaßt werden kann.

Darüber hinaus ist es das Verdienst des Verfassers, den Originaltext (der aus politischen Gründen nach dem Ersten

Weltkrieg nicht veröffentlicht werden durfte, da hier auch die Verletzung der Neutralität Hollands gefordert wurde), die einzelnen Varianten und Vorentwürfe einschließlich der Denkschrift vom 28. Dezember 1912 in vollem Wortlaut ediert zu haben. Ritters Studie ist ein neuer, aufschlußreicher und überaus verdienstvoller Beitrag zum Problem von Kriegshandwerk und Staatskunst.

Dr. H. A. Jacobsen

Roeder, Bernhard: Der Katorgan. Traktat über die moderne Sklaverei. Köln — Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1956. 250 S. Lw. DM 12,80.

Der Autor, ein in der Sowjetunion während Jahren in Gefangenschaft gehaltener und erst vor wenigen Monaten freigelassener Deutscher, gibt in diesem Buch mehr als einen Erlebnisbericht, wie man ihn bereits aus manchen Büchern ähnlichen Inhalts kennt. Katorga, die russische Bezeichnung für Zuchthaus, steht zugleich als Symbol für das Schicksal von Millionen von Menschen aus allen Teilen der Welt. Der Versuch, in erster Linie diese Gefangenen mit ihren verschiedenartigsten Ansichten, ihren Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und ihr Urteil über das sie beherrschende Regime durch dieses Buch sprechen zu lassen, macht es zu einem erschütternden Dokument unserer Zeit. Es wird wertvoll einmal durch des Verfassers Bemühen, möglichst viele, sich oft widersprechende und manchmal in sich un abgeschlossene Meinungen der Gefangenen, Angehörige aller Schichten und Nationen, wiederzugeben, woraus ein Spiegelbild der geistigen Situation des Menschen im totalen Staat entsteht. Zum anderen dadurch, daß sich Roeder gewagter Prognosen über die Zukunft des Sowjetregimes enthält. Diese oder jene seiner eigenen Schlußfolgerungen mögen sich in der Zukunft als unrichtig erweisen, doch scheint uns, daß er mit seinem Buch einen wichtigen Beitrag dazu leistet, um solche möglichen Entwicklungen voraussehen zu können.

Dr. C. Gasteyer

The Year Book of World Affairs 1956. Published under the auspices of The London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons Ltd. 1956. XII, 420 S. £ 2/2/—.

Zu den in diesem jetzt im 10. Band vorliegenden Jahrbuch behandelten internationalen Problemen gehören in erster Linie eine Analyse der Bedeutung der Genfer Konferenzen des Jahres 1955, eine Untersuchung der Schwierigkeiten der NATO, eine Beurteilung der Bedeutung der Bandung-Konferenz für die unterentwickelten Staaten der Erde, eine Darstellung der Krisenherde im Nahen Osten und der Versuch einer Deutung der Kontroversen über Kolonialfragen vor dem Forum der Vereinten Nationen. Weitere, von bedeutenden Sachverständigen verfaßte Berichte sind der Entwicklung in Latein-Amerika, den Sicherheitsproblemen im pazifischen Raum, den Commonwealth-Konferenzen zwischen 1945 und 1955, den Problemen des Ost-West-Handels und schließlich dem GATT gewidmet.

In einem großen Abschnitt „Reports on World Affairs“ werden die wichtigsten internationalen Veröffentlichungen des vergangenen Jahres kritisch betrachtet.

Dem Band ist ein Sammel-Index für alle bisher erschienenen zehn Jahrbücher beigegeben, der die Nutzung dieser wertvollen Sammlung erleichtert.

E. W.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1957 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43,50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Dezember 1956

6. Jahrgang — Nr. 12

Die Tätigkeit des Europarats im November 1956

DER EUROPARAT UND DIE EREIGNISSE IN UNGARN

Die Revolution in Ungarn brach aus, während die Beratende Versammlung in Straßburg tagte.

Am 25. Oktober, zu Beginn der Vormittagssitzung, hielt die Versammlung eine Minute des Schweigens zum Ausdruck ihres Mitgefühls mit den Opfern der Ereignisse in Osteuropa. In der Nachmittagsitzung wurde einstimmig ein Dringlichkeitsantrag angenommen, einen Entschließungsentwurf von Sir James Hutchison (brit. Konservativer) zu behandeln. Der Sonderausschuß der Beratenden Versammlung zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen hatte diesen Entschließungsentwurf ausgearbeitet, der alsbald einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung ist sich bewußt, daß keine Tyrannei von Dauer sein kann, und betont, daß der menschliche Geist immer über die Unterdrückung triumphieren wird. Tief bewegt von der menschlichen Tragödie, die sich zur Zeit in Mittel- und Osteuropa abspielt, gibt sie am heutigen 25. Oktober 1956 ihrer Bewunderung und Sympathie für alle diejenigen Ausdruck, die in diesem Augenblick leiden und ihr Leben hingeben, damit die Fackel der Freiheit nicht erlösche.“

In einer weiteren Empfehlung über die Außenpolitik, welche an das Ministerkomitee gerichtet ist, begrüßte die Versammlung die mutigen und eindeutigen Beweise des Willens der Völker Mittel- und Osteuropas zur Unabhängigkeit und Freiheit. Die Versammlung drückt ihre Sympathie mit den Opfern der Unterdrückung aus und erklärt:

„Die wirtschaftliche und soziale Struktur dieser Länder ist ihre eigene Angelegenheit, jedoch können die westlichen Länder mit Recht verlangen, daß die Freiheit der demokratischen Entscheidung, gesichert durch freie Wahlen, in diesen Ländern wieder hergestellt wird. Jede andere Politik muß zu neuen Erhebungen führen, welche Sowjetrußland nicht immer im Blut ersticken können wird.“

Die Versammlung ist der Auffassung, daß nur das volle Selbstbestimmungsrecht der Völker einen dauerhaften Frieden in Mittel- und Osteuropa gewährleisten kann. Die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen daher an diesem Grundsatz festhalten und bei der Konferenz der Vereinten Nationen hierauf hinweisen. Vor allem müssen bei ersten Schwierigkeiten, welche den Frieden gefährden können, die europäischen Regierungen die Anrufung des Sicherheitsrates in Erwägung ziehen.“

Nach Aufhebung der Sitzung fanden offiziöse Besprechungen statt, sowohl auf Regierungsebene wie auch unter den europäischen Parlamentariern, um die Möglichkeiten für eine gemeinsame Aktion gegen die sowjetische Unterdrückung der Ungarn und für eine wirksame Hilfe für die Opfer zu finden. Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Fernand Dehousse, und

die Mitglieder des Präsidiums sowie der derzeitige Vorsitzende des Ausschusses der Stellvertreter der Minister, Herr Giorgio Bombassei *de Veto*, konferierten mit den ständigen Vertretern der Mitgliedsländer. In Übereinstimmung mit dem Präsidenten der Versammlung forderte der Sonderbeauftragte des Europarates für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herr Pierre Schneider, daß ein hoher Beamter des Sekretariats sich unverzüglich nach Wien begeben möge, um in Verbindung mit dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge die Durchführung praktischer Maßnahmen zu prüfen. Herr Schneider forderte die Stellvertreter der Minister auf, das Gesamtproblem der ungarischen Flüchtlinge auf ihrer kommenden Sitzung zu prüfen, insbesondere die Schaffung eines Sonderfonds, mit dem er Hilfsmaßnahmen durchführen könne.

Die Stellvertreter der Minister tagten am 6. November und gaben ihre Zustimmung zur Entsendung eines hohen Beamten nach Wien zur Berichterstattung. Sie stimmten grundsätzlich einer gemeinsamen finanziellen Hilfsaktion des Rates für die ungarischen Flüchtlinge zu.

Auf einer Sitzung, an der die Vertreter aller Mitgliedsstaaten des Rates, mit Ausnahme Österreichs, teilnahmen, nahm das Ministerkomitee einstimmig die folgende Entschließung an:

„Das Ministerkomitee des Europarates ist tief bewegt von dem tragischen Schicksal, welches über das ungarische Volk hereingebrochen ist. Es ist sich bewußt, daß enge Bande zwischen diesem heldenhaften Volke und der Gesamtheit der europäischen Nationen bestehen und daß der Angriff der sowjetischen Streitkräfte zum wohlüberlegten Ziel hat, den Unabhängigkeitswillen des ungarischen Volkes zu vernichten und ihm die Verwirklichung seiner nationalen Wünsche durch die freie Wahl seiner staatlichen Ordnung zu verwehren.“

Das Ministerkomitee bringt seine Entrüstung gegenüber der Unterdrückung dieses Volkes zum Ausdruck und betont die dringende Notwendigkeit einer Wiederherstellung und Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in Ungarn. Das Ministerkomitee erklärt sich mit der ungarischen Nation solidarisch und bringt sein tiefes Mitgefühl mit allen denen zum Ausdruck, die in Ungarn leiden und ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit gegeben haben. Recht und Gerechtigkeit werden über brutale Kraft triumphieren.“

Herr Jacques Chaban-Delmas, Staatsminister, Bürgermeister von Bordeaux und Vorsitzender des Ausschusses der Beratenden Versammlung für kommunale und regionale Angelegenheiten, erließ einen Aufruf an die Gemeinden Europas mit der Bitte, daß jede Stadt eine Gruppe von ungarischen Flüchtlingen aufnehmen möge und ihnen die moralische und materielle Unterstützung zuteil werden lasse, derer sie bedürfen.

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für Bevölkerung und Flüchtlinge begab sich auf Vorschlag seiner österreichischen Mitglieder und auf Einladung der österreichischen Regierung nach Wien, wo er eine Sondersitzung unter dem Vorsitz von Herrn George Jeger abhielt.

Der Ausschuß gab seinem Entsetzen und seiner Abscheu über die tragischen Ereignisse in Ungarn Ausdruck und beschloß, das Ministerkomitee dringend aufzufordern, einen Geldbetrag aus dem Haushaltsüberschuß des Europarates als Dringlichkeitsmaßnahme der österreichischen Regierung oder dem Hochkommissar der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen.

Der Sonderausschuß für die nicht vertretenen Nationen tagte in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *Wistrand* (Däne) und verabschiedete einen Entschließungsentwurf an den Ständigen Ausschuß. Der Ausschuß sandte ferner ein Telegramm an Präsident *Dehousse*, in dem eine schnelle und energische Aktion zugunsten Ungarns gefordert wird.

Der Ständige Ausschuß, welcher die Beratende Versammlung während der Sitzungspausen des Plenums vertritt, tagte am 19. November unter dem Vorsitz von Präsident *Dehousse* in Paris. Der Entschließungsantrag des Sonderausschusses wurde mit einigen Abänderungen angenommen. Ferner wurde angenommen eine Empfehlung, welche der Sonderausschuß und der Flüchtlingsausschuß vorgeschlagen haben:

„Die Versammlung ist tief bewegt von dem tragischen Hilferuf der ungarischen Freiheitskämpfer: Wir sterben für Ungarn und für Europa.“

Die Versammlung stellt fest, daß Ungarn wie auch die anderen Länder Zentral- und Mitteleuropas von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu Europa gehören und daß die im Europarat vertretenen freien Länder sich verantwortlich fühlen für die Zukunft der Mitglieder der europäischen Völkerfamilie, welche heute unter dem Joch der Sowjets sind.

Die Versammlung ist der Auffassung, daß den Gefühlen der Solidarität der freien Völker mit dem heldenhaften ungarischen Volk in seinem Kampf für Freiheit, nationale Existenz und seine christlichen Traditionen konkreter Ausdruck verliehen werden muß.

Mit Genugtuung stellt die Versammlung fest, daß die Völker der freien Welt spontan gegen die Einmischung der Sowjets in die Ausübung der Rechte und Freiheiten der Ungarn reagiert haben, und verurteilt die sowjetische Ablehnung, der Entschließung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, nach welcher sie ihre Truppen aus Ungarn zurückziehen sollten, Folge zu leisten.

Die Regierungen der Mitgliedsländer des Rates werden dringend aufgefodert:

- 1) festzustellen und eine gleiche Feststellung von den Vereinten Nationen zu verlangen, daß zur Zeit keine Regierung in Ungarn das Volk vertritt;
- 2) auf eine gemeinsame Aktion zur sofortigen Zurückziehung der sowjetischen Truppen aus Ungarn zu drängen und eine internationale Polizeitruppe der Vereinten Nationen dorthin zu entsenden;
- 3) energische Schritte bei der Regierung der Sowjetunion zu unternehmen, um
 - a) die Einstellung der Massendeportationen von Ungarn nach Rußland, welche das Gewissen der ganzen Menschheit verletzen, zu erreichen;

b) ferner zu erreichen, daß Verpflegung und Medikamente aus dem Westen ungehindert nach Ungarn gelangen können;

c) eine gerechte und unparteiliche Verteilung der Hilfeleistungen an Ungarn zu sichern.

Die Versammlung ist tief bewegt von den tragischen Ereignissen, die sich in Ungarn abspielen, und wiederholt den Ausdruck ihres Solidaritätsgefühls und der brüderlichen Teilnahme mit den Leiden des tapferen ungarischen Volkes.

Die Versammlung begrüßt die von den einzelnen Regierungen der Mitgliedstaaten erfolgten Hilfeleistungen und bittet das Ministerkomitee dringend, nicht zu verkennen, daß der Europarat als Vertreter der europäischen Gemeinschaft nicht nur eine moralische, sondern auch eine materielle Hilfe für die Opfer dieses Freiheitskampfes leisten muß.

Folgende Maßnahmen werden dem Ministerkomitee empfohlen:

1. Alle Mitgliedstaaten sollen, unabhängig von jeder Hilfe, die sie bereits für die ungarischen Flüchtlinge geleistet haben, im Namen der europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Spende an die österreichische Regierung überweisen.
2. Der Haushaltsüberschuß für das Jahr 1955 des Europarates soll der österreichischen Regierung zur Verfügung gestellt werden.
3. Jeder Mitgliedstaat soll aufgefordert werden, die größtmögliche Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen, ohne ein österreichisches Rückreisevisum zu verlangen. Alle arbeitsunfähigen Flüchtlinge sollen in den Genuß der Bestimmungen der Genfer Konvention über die Flüchtlinge von 1951 gesetzt werden. Die Mitgliedstaaten sollen vor allem den auf ihrem Gebiet befindlichen ungarischen Flüchtlingen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erteilen, mit einem Mindestaufwand von Verwaltung formalitäten, wie es bereits einige Staaten getan haben.
4. Die Mitgliedstaaten sollen Verhandlungen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Australiens und Kanadas sowie anderen überseeischen Regierungen, die sich zur Aufnahme von ungarischen Flüchtlingen bereit erklärt haben, aufnehmen, damit sichergestellt wird, daß diese Flüchtlinge, soweit sie in anderen europäischen Ländern als in Österreich um Asyl gebeten haben, nicht das Recht zur endgültigen Niederlassung in den genannten außereuropäischen Ländern verlieren.
5. Jeder Mitgliedstaat soll junge ungarische Flüchtlinge, welche ein Handwerk erlernen oder sich fortbilden wollen, zur Aufnahme in die entsprechenden Einrichtungen zulassen.
6. Der Generalsekretär des Europarates soll von den Mitgliedsregierungen über alle Hilfsmaßnahmen auf dem laufenden gehalten werden, damit die Versammlung und auch die öffentliche Meinung unterrichtet werden können.
7. Alle Mitgliedstaaten, welche ungarische Flüchtlinge aufnehmen, sollen sich bemühen, daß:
 - a) kein Unterschied bei der Auswahl der aufzunehmenden Flüchtlinge gemacht wird, welcher der österreichischen Regierung zusätzliche Lasten aufbürden würde;
 - b) die Flüchtlinge nicht lange in den Auffanglagern bleiben, sondern alsbald in das Wirtschaftsleben der Aufnahmeländer eingegliedert werden;
 - c) die Mitglieder einer Familie von Flüchtlingen nicht getrennt werden;

- d) die Flüchtlinge eine ihnen gemäße Beschäftigung finden;
- e) die Flüchtlinge nach Möglichkeit und ihren Wünschen entsprechend in Gebieten untergebracht werden, in welchen die gleiche Konfession wie die ihre vorherrscht.
8. Studienbeihilfen des Europarats sollen an solche ungarischen Flüchtlinge gegeben werden, die ihre Studien auf Grund der Ereignisse in Ungarn unterbrechen mußten. Die Flüchtlinge sollen in den Aufnahmeländern ihre Berufsausbildung oder Erziehung fortsetzen und beenden können.
9. Frauen, Kinder und Greise sollen im Aufnahmeland und auf dessen Kosten die soziale und ärztliche Fürsorge genießen, wie sie in den vorläufigen Abkommen der Sozialen Sicherheit des Europarats vorgesehen sind.
10. Der Zwischenstaatliche Ausschuß für Wanderungen (ICEM), und die zuständigen Stellen bestimmter überseeischer Länder sollen veranlaßt werden, Asyl und Arbeit für ungarische Flüchtlinge und ihre Familien zu gewähren.
11. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz soll mit Dringlichkeit geprüft werden, welche Möglichkeiten für eine materielle Hilfeleistung für die innerhalb Ungarns durch die Ereignisse notleidend gewordenen Menschen gesichert werden kann."

Die Stellvertreter der Minister werden am 3. Dezember in Paris zusammentreten und bei dieser Gelegenheit über die Form einer kollektiven Hilfe für Ungarn beschließen.

I. VERSAMMLUNG DES RATES

Stellvertreter der Minister

Unter dem Vorsitz des Ständigen Vertreters der italienischen Regierung beim Europarat, Herrn *Bombassei de Vettor*, tagten die Stellvertreter der Minister vom 6. bis 12. November in Straßburg. Die Prüfung der Lage in Ungarn wurde wegen ihrer Dringlichkeit an den Anfang der Tagesordnung gesetzt. (Vgl. oben.)

Die Arbeiten der Stellvertreter erstreckten sich ferner auf die Prüfung der von der Beratenden Versammlung während der Oktobersitzung verabschiedeten Empfehlungen und Entschlüsse. Es wurde beschlossen, den Generalsekretär zu beauftragen, die Empfehlungen 91 und 95 der Beratenden Versammlung sowie die Entschlüsse (56) 15 des Ministerkomitees über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas dem Europäischen Wirtschaftsrat in Paris zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Konsultativstatus B wurde der Société Belge d'Etude et d'Expansion verliehen.

Die nächste Sitzung der Stellvertreter findet am 3. und 4. Dezember in Paris statt.

Präsidium und Ständiger Ausschuß

Das Präsidium der Beratenden Versammlung tagte am 19. November in Paris. Die Arbeitsgruppe zur Sicherung der Beziehungen zwischen der Versammlung und den nationalen Parlamenten wurde endgültig konstituiert. Dieses Organ soll darüber wachen, daß die nationalen Parlamente die Entscheidungen der Versammlung rechtzeitig und gründlich bearbeiten (vgl. Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg., Nr. 11 — II).

Die Gruppe besteht aus drei sozialistischen, drei christlich-demokratischen und einem liberalen Vertreter: Karl Czernetz (Österreicher, Soz.), J. J. Fens (Holländer, Kath. Volksp.), Hermod Lannung (Däne, Soz. Lib.), Karl Mommer (Deutscher, Soz.), Lodovico Montini (Italiener, Christl. Dem.), Marius Moutet (Franzose, Soz.), James Ramsden (Engländer, Konserv.).

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe wird im Dezember stattfinden.

Der Ständige Ausschuß tagte ebenfalls am 19. November in Paris unter dem Vorsitz des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Fernand Dehousse. Nach einer Aussprache über die Ereignisse in Ungarn wurden eine Entschlüsselung und eine Empfehlung verabschiedet (vgl. oben). Ferner legte der Ständige Ausschuß das Arbeitsprogramm der Beratenden Versammlung für die Januarsitzung fest:

Dienstag, 8. Januar 1957:

- 10 Uhr Wiederaufnahme der Sitzungsperiode
- 10.15 Uhr Prüfung der Vollmachten — Arbeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses
- 10.30 Uhr Der Europarat und die Bestrebungen der europäischen Universitäten für eine europäische Solidarität (Dok. 561) — Abstimmung
- 15 Uhr Antwort der Versammlung auf den Bericht des Sonderbeauftragten für Flüchtlinge (Dok. 570) — Abstimmung
- 15.30 Uhr Allgemeine Politik des Europarats (Ungarn)

Mittwoch, 9. Januar 1957:

- 10 Uhr Auslieferungs-Abkommen (Dok. 556) — Abstimmung
Europäische Konvention über die Verantwortlichkeit der Hotelbesitzer (Dok. 585) — Abstimmung
- 11 Uhr Allgemeine Politik des Europarats (Fortsetzung der Debatte)
- 15 Uhr Allgemeine Politik des Europarats (Fortsetzung der Debatte)

Donnerstag, 10. Januar 1957:

- 10 Uhr Wiedereingliederung der landwirtschaftlichen Flüchtlinge (Dok. 566) — Abstimmung
Landwirtschaft (Dok. 574) — Abstimmung
Lokalbehörden
- 11 Uhr Antwort der Versammlung auf die Ausführungen des Europäischen Wirtschaftsrates in Paris über die Empfehlung 77 betr. die wirtschaftliche Integration Westeuropas (Dok. 575) — Abstimmung
- 15 Uhr Europäische Integration (Euratom und gemeinsamer Markt)

Freitag, 11. Januar 1957:

- 10 Uhr Gegenseitige Reiseerleichterungen für Kriegsversehrte und Invaliden — europäische Solidarität bei Katastrophenfällen — Gewährung des Konsultativ-Statuts an gewisse internationale private Organisationen.
- 15 Uhr Allgemeine Politik des Europarats (Abschluß der Debatte, Abstimmung)
Ende der achten Sitzungsperiode.

Gemischter Ausschuß und sein Arbeitsausschuß

Der Arbeitsausschuß des Gemischten Ausschusses tagte am 19. November in Paris und erreichte ein Übereinkommen über den Entwurf einer Verfahrensordnung bei der Bestellung der leitenden Beamten des Europarats.

Der Gemischte Ausschuß tagte am 20. November in Paris und erörterte die Ereignisse in Ungarn sowie die Lage der Flüchtlinge. Ferner wurden behandelt die Überschneidung von Zuständigkeiten bei den europäischen Organisationen, das Konsultationsverfahren zwischen europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen sowie der Entwurf der Europäischen Konvention über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten (Empf. 79).

II. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Menschenrechte

Der Unterausschuß der Menschenrechtskommission, der mit der Prüfung der griechischen Klage gegen die britische Regierung betreffend die Insel Cypern befaßt ist (vgl. Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg. Nr. 6, 8, 10, 11), tagte vom 14. bis 18. November unter dem Vorsitz von Herrn Paal Berg (Norwegen) in Straßburg. Bei dieser Gelegenheit trugen die Vertreter der Parteien und ihre Rechtsbeistände dem Unterausschuß ihre Plädoyers vor.

Für die griechische Regierung traten auf: Herr Nicolas Cambalouris, Ständiger Vertreter Griechenlands beim Europarat, Rechtsanwalt und Senator Henri Rolin, Stamatis Mercouris, politischer Berater.

Für die britische Regierung traten auf: Sir Harry Hylton-Foster M. P., Generalstaatsanwalt François Aimé Vallat, Herr Henry Darwin als Rechtsberater, Herr Gerald Meade, Ständiger Vertreter Großbritanniens beim Europarat.

Die Vertreter beider Parteien legten in mündlichen Ausführungen ihre Rechtsstandpunkte dar; während der Unterausschuß eine Reihe von Fragen zur sachlichen Aufklärung stellte. Nach Abschluß der Verhandlung wies der Präsident der Unterkommission darauf hin, daß nach den Bestimmungen der Menschenrechtskommission die Unterkommission ihre Dienste für eine friedliche Regelung der Angelegenheit zur Verfügung stelle.

Es ist die Aufgabe der Unterkommission, einen Tatbericht aufzustellen, welcher der Vollkommission vor-

gelegt wird. Falls nicht inzwischen eine friedliche Regelung erfolgt, wird die Kommission einen Bericht an das Ministerkomitee fertigstellen, in welchem sie feststellt, ob eine Verletzung der Bestimmungen der Konvention zum Schutze der Menschenrechte vorliegt.

III. SOZIALE FRAGEN

Öffentliches Gesundheitswesen

Der Sachverständigenausschuß des öffentlichen Gesundheitswesens hielt vom 6. bis 8. November seine 5. Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde Professor Papacostas (Grieche), zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Gratzler (Österreich) gewählt. Vertreter des europäischen Büros der Weltgesundheitsorganisation und der Westeuropäischen Union nahmen an den Beratungen teil. Die Schweiz war durch Dr. Sauter, Direktor des Eidgenössischen Amts für Gesundheitswesen, vertreten. Der Ausschuß prüfte einen Zwischenbericht über die Frage der Verkehrserleichterungen für Heilmittel menschlichen Ursprungs zwischen den Mitgliedsländern des Europarats. Ferner wurden die Ergebnisse einer Umfrage über die Bereitstellung von Klimakurorten, Heilanstalten und Sonderbehandlungen geprüft. Dreizehn Mitglieder des Europarats sowie die Schweiz beschlossen, eine eingehende Studie über die technischen und finanziellen Möglichkeiten der gemeinsamen Nutzung solcher Einrichtungen zu unternehmen. Weiterhin prüfte der Ausschuß das Programm für ärztliche Stipendien, die vom Europarat ab 1957 vergeben werden sollen. An Hand von Unterlagen, welche die Westeuropäische Union vorgelegt hat, hatten die Sachverständigen einen Gedankenaustausch über die Möglichkeit einer Ausdehnung der durch den Brüsseler Pakt geschaffenen sanitären Freizonen auf alle Mitgliedsländer des Europarates. Eine Reihe von Nichtmitgliedsländern der WEU sind bereit, sich an diesem Plan zu beteiligen.

IV. KULTURELLE FRAGEN

Europäische Ausstellung in Rom

Die dritte unter der Ägide des Europarates veranstaltete europäische Ausstellung wird am 1. Dezember im Ausstellungspalast in Rom eröffnet werden. Das Thema der Ausstellung ist die europäische Kunst im 17. Jahrhundert, und die bedeutendsten Werke der Künstler dieser Epoche aus allen europäischen Sammlungen werden zur Schau gestellt werden. Die Eröffnung erfolgt durch Herrn Werner von Schmieden, Direktor der Studienabteilung des Europarats. Die Ausstellung wird zwei Monate geöffnet sein.

Europapreis F.V.S.

Das Auswahlkomitee für den Europapreis der Beratenden Versammlung (Stiftung F.V.S.) hat als Nachfolger für den ausscheidenden Herrn Guido Colonna Herrn Smitt Ingebrechtsen, den Vorsitzenden des Kultur Ausschusses der Beratenden Versammlung, zum Präsidenten gewählt. Diese Neuwahl erfolgte auf Grund einer Bestimmung des Statuts der Stiftung, wonach alljährlich ein Mitglied des Ausschusses durch ein solches aus einem anderen Lande ersetzt werden muß.

V. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

Ausschuß der Berater des Sonderbeauftragten

Der Sonderbeauftragte des Europarates für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herr Pierre *Schneider*, hatte seine Berater am 12. November nach Paris zu einer Sitzung einberufen. Es waren ferner anwesend Beobachter des Europäischen Wirtschaftsrates, des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, des Zwischenstaatlichen Ausschusses für europäische Wanderung und des Internationalen Arbeitsamts. Das Thema der Beratungen waren die Berufsausbildung von Flüchtlingen und die Zweckmäßigkeit der Einschaltung von internationalen Gewerkschaftsorganisationen in bestimmte Projekte des Sonderbeauftragten.

Wiederansiedlungsfonds

Der Lenkungsausschuß des Wiederansiedlungsfonds des Europarates für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse tagte vom 15. bis 17. November unter dem Vorsitz von Herrn Pierre *Schneider* in Paris. (Vgl. Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg., Nr 7 V.) Unter anderem prüfte der Ausschuß den Erlaß von allgemeinen Richtlinien betreffend die Unterstützung des Wohnungsbaues für Wanderarbeiter.

Der Verwaltungsrat des Fonds tagte vom 19. bis 21. November unter dem Vorsitz von Herrn Werner *Middelmann* (Deutschland) in Paris. Der Verwaltungsrat genehmigte den vorläufigen Haushaltsplan für 1957 und arbeitete eine Reihe von Verfahrensvorschriften für die Ausarbeitung und Vorlage des Haushaltsplanes aus.

Flüchtlingsausschuß

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für Bevölkerung und Flüchtlinge tagte am 12. November unter dem Vorsitz von Herrn George *Jeger* (Engländer, Lab.) in Wien, um sich mit dem Problem der Anwesenheit großer Mengen ungarischer Flüchtlinge in Westeuropa zu befassen. (Vgl. oben.) Der Ausschuß besuchte eine Reihe von Flüchtlingslagern an der ungarischen Grenze.

VI. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Der Sonderausschuß der Beratenden Versammlung zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen Nationen tagte unter dem Vorsitz von Herrn Karl *Wistrand* (Schwede, Kons.) am 15. und 16. November in Paris.

Der Ausschuß nahm einen Bericht von Herrn F. J. *Goedhart* (Holländer, Soz.) über die Lage in Ungarn entgegen, auf Grund dessen Herr *Wistrand* im Namen des Ausschusses ein Telegramm an den Präsidenten der Beratenden Versammlung sandte, in dem eine sofortige Hilfsaktion der Regierungen des Europarates für die Flüchtlinge gefordert wird.

Gräfin *Finnenstein* (Deutsche, CDU) legte einen Bericht über die Möglichkeiten der Berufsausbübung für Flüchtlingsärzte und Zahnärzte in den Mitgliedsländern vor. In diesem Bericht wird festgestellt, daß für Flüchtlinge dieser Berufskategorie in den meisten Ländern, mit Ausnahme Norwegens und Griechenlands, keine

wesentlichen Schwierigkeiten für die Zulassung zur Berufsausübung bestehen.

Der Ausschuß nahm einstimmig einen Entschließungsentwurf über die Lage in Ungarn an (vgl. oben) und hörte einen Augenzeugenbericht über die Ereignisse in Budapest von Herrn Thomas *Pasztor*, Mitglied des Zentralen Revolutionskomitees der Arbeiter von Budapest.

VII. NATIONALE PARLAMENTE

Ereignisse in Ungarn

Frankreich

In der französischen Nationalversammlung erklärte der Abgeordnete Robert *Bichet* im Rahmen einer Anfrage über die Folgerungen, welche die Regierung aus den Ereignissen in Ungarn zu ziehen gedenke, sowie über die Maßnahmen, welche sie zu ergreifen gedenke, um zu erreichen, daß ein auf der Grundlage der Freiheit und der Menschenrechte errichtetes Regime in diesem Lande geschaffen werde:

„Alle freien Länder müssen sich zu gemeinsamem Handeln vereinigen. Sie müssen die Zwietracht hinter sich lassen, die sich in den letzten Tagen vielleicht noch verschärft hat, und die dem Weltfrieden abträglich ist. Alle freien Völker müssen sich unverzüglich auf eine gemeinsame Politik einigen. Darum erscheint es wünschenswert, daß Sie die Initiative ergreifen und eine außerordentliche Sitzung des Ministerkomitees des Europarates einberufen, damit die Regierungen bezüglich der Ereignisse in Budapest eine gemeinsame Einstellung zu bestimmten Punkten finden mögen.“

Niederlande

Der Abgeordnete *Goedhart* (Soz.), stellv. Vorsitzender des Sonderausschusses der Beratenden Versammlung für die nicht vertretenen Nationen sowie Mitglied des Flüchtlingsausschusses, äußerte sich in der Zweiten Kammer der Niederlande am 14. November zur Frage einer finanziellen Unterstützung der ungarischen Flüchtlinge durch den Europarat. Herr *Goedhart* stellte dem Außenminister die Frage, ob dieser bereit sei, seinen Ständigen Vertreter beim Europarat anzuweisen, alles zu tun, um zu erreichen, daß der Europarat der österreichischen Regierung den Überschuß des Haushaltsplanes 1955 des Rates zur Verfügung zu stellen.

Großbritannien

Während einer Debatte im britischen Unterhaus über das Problem der ungarischen Flüchtlinge sprach Herr George *Jeger* (Lab.) über die Sitzung des Flüchtlingsausschusses der Beratenden Versammlung und die Besuche in den Lagern an der ungarischen Grenze. Der Ausschuß, dessen Vizepräsident der Abgeordnete *Jeger* ist, empfahl eine finanzielle Hilfeleistung an die österreichische Regierung, welche durch den Flüchtlingsstrom schweren Belastungen ausgesetzt sei.

Der Ausschuß habe gefordert, daß ein Betrag von 100 Millionen Franken aus dem Haushalt des Europarates unverzüglich für Österreich bereitgestellt werde.

Hinsichtlich der Aufnahme der Flüchtlinge sei der Ausschuß der Auffassung, daß die jungen Flüchtlinge

in die Lage gesetzt werden müßten, ihre Ausbildung und ihr Studium in den Mitgliedsländern des Rates fortzusetzen. Abschließend erklärte Herr Jeger, daß er hoffe, die britische Regierung werde die Empfehlungen des Europarates beachten.

Der Abgeordnete Peter Kirk (Kons.), Mitglied des Ausschusses der Versammlung für nicht vertretene Nationen, erklärte vor dem Unterhaus sein Bedauern über die verzögerte Bereitstellung des Haushaltsüberschusses des Europarates für die Flüchtlinge. Er unterstrich die Tatsache, daß es sich hier um ein echtes und dringliches europäisches Problem handele, und forderte, daß die britischen Vertreter im Europarat unverzüglich die geeigneten Schritte ergreifen sollen.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenamt, Herr Douglas Dodds-Parker, erwiderte, daß eine Entscheidung über die Verwendung von Mitteln des Europarates am 3. Dezember fallen werde. Er erklärte sich ferner bereit, die Frage einer vorfristigen Erledigung der Angelegenheit zu unterstützen.

Menschenrechtskonvention

Bundesrepublik Deutschland

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 29. November in dritter Lesung das Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Norwegen

In seiner Sitzung vom 1. November hat das norwegische Parlament die Abschaffung der Bestimmung des Artikels 2 der norwegischen Verfassung vom 17. Mai 1814 betreffend die Nichtzulassung der Jesuiten in Norwegen beschlossen.

Mit dieser Entscheidung kann Norwegen seinen Vorbehalt bei der Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention betr. Art. 9 dieser Konvention zurückziehen. Dieser Artikel behandelt das Recht auf Freiheit von Gedanken, Gewissen und Religion.

VIII. VERSCHIEDENES

Brüsseler Ausstellung 1958

Die Generalkommissare der 58 Teilnehmer an der Ausstellung von 1958 tagten unter dem Vorsitz des belgischen Generalkommissars Baron Moens de Fernig, am 21. und 22. November in Brüssel. Der Europarat war durch Herrn Paul M. G. Lévy, Stellvertretender Generalkommissar, sowie die Herren Jean Fosty, Karl Schwanzer und Enzo Baccino vertreten.

Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris, der mit dem Europarat zusammen ein gemeinsames Gebäude auführt, war durch seinen stellvertretenden Generalkommissar, Marquis Cittadini-Cesi, vertreten.

Die Generalkommissare wählten Herrn von Salis, den Generalkommissar der Schweiz, zu ihrem Vorsitzenden.

Plan des Bundeskanzlers Adenauer für eine europäische Föderation

Anläßlich eines Vortrages vor der Christlich-Demokratischen Presse in Bad Godesberg am 17. November

rief Bundeskanzler Adenauer erneut zur Einigung Europas auf. Ein uneiniges Europa werde zwischen den großen Machtblöcken zermalmt werden, während ein einiges Europa von 200 Millionen Menschen der UdSSR wirtschaftlich überlegen sein werde. Vor allem sei es von besonderer Bedeutung, daß Großbritannien sich der Gemeinschaft anschließe.

Bundeskanzler Adenauer erklärte, daß er die nächste Gelegenheit einer internationalen Konferenz zur Darlegung seines europäischen Einigungsplanes benutzen werde.

Ständiger Vertreter

Die isländische Regierung hat Herrn Petur Eggertz, Botschaftsrat an der isländischen Botschaft in Bonn, zum Ständigen Vertreter beim Europarat ernannt.

VORLÄUFIGER TERMINKALENDER

- | | |
|----------------------|---|
| 3. u. 4. Dezember: | 43. Sitzung der Stellvertreter der Minister (Paris) |
| 12. Dezember: | Unterausschuß des Ausschusses für kommunalpolitische Angelegenheiten (Paris) |
| 12. u. 13. Dezember: | Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge (Paris) |
| 13. Dezember: | Ausschuß für kommunalpolitische Angelegenheiten (Paris) |
| 14. u. 15. Dezember: | Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten (Paris) |
| 15. Dezember: | Unterausschuß Nr. 2 (Auslieferung) des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen (Paris) |
| 15. u. 16. Dezember: | 19. Sitzung des Ministerkomitees (Paris) |
| 16. Dezember: | Gemischter Ausschuß (Paris) |
| 17. Dezember: | Unterausschuß der Menschenrechtskommission (Straßburg) |
| 17. u. 18. Dezember: | Sitzung der Berichterstatter der Studiengruppe des Runden Tisches (Paris) |
| 17. u. 18. Dezember: | Sonderausschuß für nicht vertretene Nationen (Paris) |
| 20. Dezember: | Arbeitsgruppe des Kultur-Sachverständigenausschusses (Europareise einer Jugendgruppe) (Paris) |
| 8. bis 11. Januar: | Beratende Versammlung (Straßburg) |
| 12. bis 14. Januar: | Europäische Konferenz der Lokalbehörden (Straßburg) |
| 14. Januar: | Gemischter Kultur-Ausschuß (Paris) |
| 15. bis 17. Januar: | Präsidium der Kultursachverständigen (Paris) |